

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementpreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. für ein Jahr, 50 Mk. für ein Vierteljahr, 10 Mk. für ein Monatsabonnement. Die Preise sind für den Postweg zu verstehen. In der Postzeitung sind die Preise für den Postweg zu verstehen. In der Postzeitung sind die Preise für den Postweg zu verstehen.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Sammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pfg. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Briefe über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

## Japans Wandlung.

Der Mikado Nutsuhito, den die Sagenjahre den 121. Kaiser von Japan nennt, ist zu seinen Ahnen abgerufen worden. Das Schicksal ließ ihn am 3. November 1852, an der Schwelle einer neuen, der wichtigsten Epoche, die die japanische Geschichte kennt, das Licht der Welt erblicken. Kurz nach seiner Geburt brach in Japan ein wilde Säugung los, von der damals niemand sagen konnte, mit welchem Resultat sie endigen werde. Am allerwenigsten konnte das Haupt der Mikadodynastie, der Vater Nutsuhitos, ahnen, daß der rasende Sturm, der das morische Gebäude des asiatischen Feudalstaates durchstieß, derartig durchgreifende Umwälzungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zeitigen, das Mikadotum von seinem Schattendasein erlösen und es zu neuer Macht und Ansehen bringen würde.

Als der jetzt verstorbene Mikado geboren wurde, spielte sein Vater, der Gottsohn Komei, noch ergeben und geduldig die klägliche Rolle, die ihm die Gründer des Schogunats (Militärkaiserium), Hidetschi und Jeyasu, um die Wende des sechzehnten Jahrhunderts zu spielen vorgeschrieben hatten. Die Verfassung, die diese beiden Nationalhelden Japans diesem gegeben hatten, sollte 250 Jahre unverändert in Kraft bleiben. Sie hatten das Schogunat, die Dynastie der Militärkaiser, geschaffen, die gestützt auf des Schwertes Kraus die eigentlichen Machthaber Japans waren. Sie waren klug und gnädig genug gewesen, dem Mikadotum das Lebenslicht nicht gänzlich auszulassen, immerhin schraubten sie es so tief, daß seine Existenz kaum noch wo anders als in den Religionsbüchern bemerkt werden konnte. Neben dem Schogunat war der Gottsohn Mikado zu einem weifenlosen Schatten reduziert worden. Er lebte in der alten Kaiserstadt Kyoto in göttlicher Ohnmacht, „hinter einem Bettschirm, ohne jemals den Fuß auf den Erdboden zu setzen, und von dem, was sich draußen in der Welt zutrug, drang nichts an seine geheiligten Ohren“; er brütete über seine himmlische Abstammung nach und behielt dabei aber noch Verstand genug, sie dem Schogun gegenüber nicht geltend zu machen.

Die Macht der Schoguns war unbeschränkt. Zu ihrer Erhaltung standen eine Million Samurai (Soldaten) und eine gefüllte Kriegskasse bereit. Einen etwa aufbegehrenden Mikado hätten sie schnell zur Ruhe gebracht; sie hielten die blutigen Scharmügel stets bereit 270 Daimios (Feudalherren) in Schach und sicherten dem Lande den äußeren Frieden. Aber zu einem waren auch sie nicht imstande: den Feudalstaat mit seiner Krönung, dem Schogunat, vor Verfall zu bewahren. Als erste Vorbedingung für die Erhaltung ihrer Macht und des äußeren Friedens galt den Gründern des Militärkaiseriums die Ausweisung und Fernhaltung der Fremden, besonders der „weißen Barbaren“. Dadurch wurde allerdings das erwartete Resultat erzielt, der Friede gesichert, aber aus dem „langen Frieden“ wurde ein „tiefer Schlaf“. Kraft und Geist des Volkes entwickelten sich nicht weiter, schlummerten ein; das Wirtschaftsleben stagnierte, verfallene; die faulenzenden Kriegerkassen wurden übermäßig und drangsalieren das gemeine Volk; die Bureaucratie war unfähig und korrupt geworden. Das feudale Staatswesen war innerlich schon zerfallen, als der amerikanische Admiral Perry im Hafen von Yokohama (1853) erschien und ihm den Gnadenstoß versetzte.

Die durch eine starke Kriegsflotte unterstützte Forderung Amerikas, das Land dem Handel und Verkehr zu öffnen, schied die herrschenden Cliquen in zwei Parteien. Der eine unterstützte das die Abweisung der Fremden verfestende Schogunat, der andere forderte eine den Weißen entgegenkommendere Politik. Und wenn die letztere Richtung schließlich nach vieljährigem, oft blutigem Kampfe über die andere Richtung siegte, so hatte sie es nicht wenig der Furcht zuzuschreiben, daß ein weiteres Festhalten an dem Ausschluß der Weißen die Unabhängigkeit des Landes ernstlich gefährden könne. Dieser drohenden Möglichkeit, die durch einen Blick auf China oder Indien wahrscheinlich wurde, verdankte die Partei des Fortschritts eine Zunahme an numerischer und innerer Stärke und nicht zum wenigsten den Sieg über die Partei des Schogunats. Dieser Sieg fand seine äußerliche Dokumentierung durch die Krönung des verstorbenen Mikados als alleinigen Herrscher des Inselreiches im Jahre 1868.

Ein Jahr vorher hatte Nutsuhito, kaum vierzehn Jahre alt, das Erbe seiner Vorfahren angetreten. Sein Schattendasein wurde durch die Krönung beendet. Im Jahre 1869 zog er mit seinem Hof nach Tokio, in die Residenz der bis dahin allmächtigen Schoguns. Die Auflösung deren Dynastie wurde ein Jahr nach der Ueberfiedelung noch in aller Form vorgenommen.

An der Gestaltung der neuen Ordnung der Dinge konnte der Anabe, der in einer hermetisch abgeschlossenen Atmosphäre aufgewachsen war, wo man vom Weltgetriebe noch weniger wußte, als der Christ vom Jenseits, naturgemäß vorderhand keinerlei Anteil haben. Die Reformierung des Feudalstaates wie die Regierung überhaupt lag praktisch in der Hand einer aus Prinzen und abgelösten Daimios (Feudalherren) gebildeten Kamarilla, die nur dann einen Schritt auf der Bahn

des Fortschritts vorwärts tat, wenn sie sicher war, daß dadurch ihr Kasteninteresse nicht zu kurz kam. An Stelle des mittelalterlichen Feudalstaates mit dem Schogun an der Spitze war eine Autokratie mit dem Mikado als Haupt getreten. Daß diese später ein konstitutionelles Gepräge erhalten sollte, hatte man dem jungen Mikado bei seiner Krönung versprochen lassen. Wäre dieser Gottsohn nicht wiederholt und recht deutlich von den vorwärtsdrängenden Volksteilen an sein Versprechen gemahnt worden, es wäre auch 1889 noch nicht einmal zu jener Verfassung preußisch-asiatischen Kalibers gekommen, wie sie heute in Japan existiert.

Die Regierungszeit des verstorbenen Mikados ist „Meiji“, die „Epoche der Erleuchtung“ getauft worden. Diese Bezeichnung wird der Politiker nur im bedingten Sinn, der Volkswirtschaftler und Techniker rüchhaltslos unterschreiben können. Denn Japan hat in dieser Zeit eine so tiefgreifende und vielseitige Umwandlung seines Wirtschafts- und Geisteslebens erfahren, wie sie bis jetzt kein Staat auf dem Erdenrund aufzuweisen hat. In den 45 Jahren der Regierung Nutsuhitos wurden 15 000 Fabriken für eine Million Arbeiter gebaut, 5300 Meilen Bahn gelegt, 38 000 Meilen Telegraphen errichtet, eine bedeutende Handelsflotte geschaffen, das Rechtswesen der Höhe der Zeit nahegebracht, die mittelalterliche Quackalberei wird in steigendem Maße von der medizinischen Wissenschaft verdrängt und die gesamte Geistes- und Gedankenwelt des Asienstaates wird von der modernen Wissenschaft durchleuchtet und befruchtet. Dazu hat Japan zwei blutige Kriege geführt, sich eine Kriegskristung angeeignet, die für ein reicheres Land zu schwer sein würde und eine Staatsschuld erhalten, die das Volk zu erdrücken droht.

Zurzeit läßt sich nicht sagen, wie groß der Teil an den Umwandlungen ist, der auf die ureigenste Initiative der herrschenden Klasse Japans zurückzuführen ist. Jedenfalls sind der eiserne Zwang der Notwendigkeit und die Furcht vor fremden Mächten unvergleichlich mächtiger treibende Faktoren der Umwälzung gewesen als die Weitsicht, Klugheit und Liebe zum Fortschritt der herrschenden Klasse.

In welchem Maße der verstorbene Mikado die Aufgabe erfüllt hat, die ihm die Geschichte gestellt, ist vorderhand noch nicht zu beurteilen. Der Öffentlichkeit ist nicht bekannt, ob er dem eiserne Gang der Dinge gleichgültig oder verständnisvoll zugehört, ob er sich ihm widersteht oder ihn gefördert hat. Das Maß und die Art seiner Mitwirkung an der ungeheuren Umgestaltung des geistigen und wirtschaftlichen Lebens seines Landes werden sich erst dann in annähernder Richtigkeit beurteilen lassen, wenn der dichte, von Byzantinismus, Mystik und Nummenhaftigkeit gewobene Schleier von seiner Person und ihrem Werk und ihren Fähigkeiten genommen ist, wenn der Mikado des Charakters eines Halb-gottes entkleidet und als Mensch vor der Geschichtsforschung steht und von ihr als solcher behandelt wird. Doch dazu wird es sobald nicht kommen können. Die herrschende Klasse wird auch wohl verstandenem Eigeninteresse auch weiterhin darauf bringen, daß er in seiner Isolierung beharrt, daß er sich dem Volke so wenig wie nur immer möglich, weder als guter Vater noch als strenger Herrscher zeigt, daß sein Tun und Denken in mystisches Dunkel gehüllt bleibt, damit sie, die Klasse allein, das einzige Bindeglied zwischen Thron und Volk bildet.

Die herrschende Klasse wußte sehr wohl, was sie tat, als sie den unumgänglichen, hilflosen Sohn Komeis zum Alleinherrscher Japans ausrief; sie hat auch heute ihre guten Gründe, wenn sie den Kaiser — die Bezeichnung Mikado wird in Japan nur in der Poesie und bei besonders feierlichen Gelegenheiten gebraucht — auch in unserer aufgeklärten Zeit noch als Tenso, d. i. Sohn des Himmels oder Tenno, d. i. göttlicher Kaiser, fortbestehen läßt; wenn sie den 50 000 Volksschullehrern ihre Hauptaufgabe darin erblicken heißt, den Kindern die Ueberlegenheit und Auserlesenheit der Japaner an allen möglichen und unmöglichen Weisheiten darzutun und ihnen eine neue Religion mit dem Mikado als einzigen Gott einzupflanzen; wenn sie an den höheren Schulen und in offiziellen Lehrbüchern lehren läßt, „das japanische Volk hat die Ehre, von seinem Kaiser abzustammen, und der Kaiser ist von Göttern geboren“; wenn ein Professor (Naito) in der Akademie behaupten darf, „die Japaner allein haben das Recht auf den Titel menschliche Wesen; die anderen Völker sind, wenn auch keine Tiere, so doch immerhin Wilde“. Eine jahrzehntelange systematisch betriebene Einrichtung solcher Ideen in die Köpfe der Jugend muß zu einem Ueberpatriotismus führen, der im Fremdenhass ausmündet und die Ueberhöhung, die Vergöttlichung des Herrschers zeitigen. So konnte es kommen, daß das japanische Volk den Mikado mit den Scheuklappen religiöser Ehrfurcht betrachtet. Die vielen Millionen bigotten, rückständigen, im Glend dahin vegetierenden Bauern sind geneigt, in ihrem Herrscher ein übernatürliches Geschöpf mit den Kräften eines Mammut und den Fähigkeiten eines Genies zu erblicken, in jeden Fortschritt glauben sie das Wollen des göttlichen Kaisers, in den aus dem Ausland kommenden Maschinen das Produkt des Sohnes des Himmels zu sehen. Und es ist noch nicht abzusehen, wenn diese systematisch erzeugte Verkrüppelung des japanischen Volksgenies beseitigt und das Volk zum Verwirklichen seiner selbst und zur nüchternen Beurteilung der Rolle, Fähigkeiten und Taten seines Herrschers gebracht werden kann.

Erst wenn der Mikado seiner Göttlichkeit entkleidet, er aus dem Dunsfleid der Mystik heraus und in den Nicht-Regel der vorurteilsfreien Kritik gestellt ist, kurz, wenn er wie ein gewöhnlicher Sterblicher behandelt werden kann, ist eine gerechte und richtige Beurteilung seiner Person und ihres Lebenswertes möglich. Solange dies nicht gegeben ist, muß jeder Versuch einer Kritik zu falschen oder halbrichtigen, jedenfalls unsicheren Schlüssen führen. Was jetzt bei seinem Tode über den Mensch und Regent Nutsuhito geschrieben werden mag, kann aus tausend und einem Grund nicht viel mehr sein als das, was Byzantinismus und die interessierte höfische Umgebung über ihn mitzuteilen für gut findet.

## Die Beisetzungseremonien.

Tokio, 30. Juli. Der Landtag ist zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden, um der kaiserlichen Familie sein Beileid auszusprechen und die Ausgaben für die Beisetzung des Kaisers zu bewilligen. Der neue Kaiser hat sich in den Nakama-Palast zurückgezogen, wo er morgen die Minister, Räte und anderen Würdenträger empfangen wird.

Der Geheimrat macht den Vorschlag, die neue Era Tai-sei oder die große Recklichkeit zu nennen. Die Beisetzung des Kaisers wird in Tokio erfolgen, gemäß einem Befehl, das allerdings von dem Kaiser Nutsuhito nicht mehr unterzeichnet worden ist. Unmittelbar nach der Ceremonie der Thronbesteigung des neuen Kaisers wurde der kaiserliche Ahnentempel nach dem Shinto-Ritus ausgeschmückt und Opfergaben an Lebensmitteln wurden auf den Altar niedergelegt.

## Hand- und Spanndienste im 20. Jahrhundert in Ostpreußen.

Es ist allgemein bekannt, daß in den meisten ländlichen Gemeinden die Landarbeiter und kleinen Besitzer zu verhältnismäßig höheren Abgaben herangezogen werden, als die größeren Bauern und Großgrundbesitzer. Das trifft ganz besonders auf die Gemeinden zu, wo der Kleinbesitz vorherrscht und die wenigen Großen Besitzer durch mangelnde Ueberlieferung Vergünstigungen Steuerfreiheiten genießen oder durch allerhand Nebenlüste bei der Selbsteinschätzung eine niedrige Veranlagung zur Steuer erreichen. Solche Gemeinden sind arm und bleiben arm. Viel bares Geld ist durch die Steuern nicht einzutreiben. Das Gehalt des Lehrers besteht zum Beispiel in solchen Gemeinden zum größten Teil aus von der Gemeinde zu liefernden Naturalien. Für die von der Gemeinde zu unterhaltenden Wege, Brücken, Schulen, Armenhäuser und dergleichen ist erst recht kein Geld da, es befindet sich das alles auch meist in einem trostlosen Zustande. Da helfen sich denn solche Gemeinden mit einem auch noch aus dem Mittelalter stammenden Gesetz, wonach die Gemeindeglieder anstatt zur Zahlung der Steuern und Abgaben in bar zur Leistung von Hand- und Spanndiensten herangezogen werden können. Solche Hand- und Spanndienste müssen heute noch in Gemeinden der Kreise Sensburg, Ortelsburg, Heidekrug, Labiau und anderen von den ärmsten Käufern und Landarbeitern, ja sogar von Witwen geleistet werden, von den sonst auch nicht ein Pfennig Steuer in bar herauszuquetschen wäre. Vor mehreren Jahren passierte es sogar im Dorfe Pannangen, Kreis Labiau, daß drei armen Witwen, weil sie ihrem Proletenwerk nachgehen mußten und infolgedessen die ihnen aufgelegten, unentgeltlich zu leistenden Handdienste nicht verrichten konnten, ihre Stubenmöhren gepfändet wurden. Eine andere arme Frau mußte dem Dorfschullehrer unentgeltlich 10 Räden Kartoffeln behäufeln. Andere Freiarbeiter mußten dem Lehrer Handdienste nach Belieben leisten. In Bräbinnen, Kr. Sensburg, müssen die kleinen Besitzer, die nur ein Pferdchen haben, mit dem sie zur Rot kaum ihr Viehchen Ferkelarbeit verrichten können, für die Gemeinde unentgeltlich Kies zur Wegeausbesserung fahren, außerdem an gewissen Tagen ihre eigene Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Landarbeiter, die anderwärts pro Tag 1,50 Mk. verdienen und diese Arbeit nicht verlieren wollten, leisteten die 3 Tage Handdienste für die Gemeinde nicht. Sie wurden mit je 6 Mark dafür bestraft. Beschwerden wegen ungerechter Handhabung dieser mittelalterlichen Gesetze wurden bis an das Ministerium gerichtet, sie sind aber nicht mal einer Antwort gewürdigt worden.

Neuerdings ist nun eine verschärfte Verordnung über die Leistung von Hand- und Spanndiensten im Dorfe Wittkallen, Kreis Labiau, datiert vom 10. Juli 1912, erlassen worden. Das amtliche Schriftstück lautet:

„Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 17. Juni 1912 wird auf Grund des § 68 des R. V. G. vom 14. Juli 1893 und des § 102 des L. G. D. vom 3. Juli 1891 folgende Natural-Dienstordnung erlassen:

§ 1. Die nach öffentlichem Rechte der Gemeinde obliegenden, insbesondere aber für den Bau und die Unterhaltung der Gemeindebezirk gelagerten Wege und Brücken, für die Anfuhr und das Zerklüftern des Brennholzes für die Schule und für Armenzwecke erforderlichen Hand- und Spanndienste sind, insoweit nicht für den einzelnen Fall ein abweichender Beschluß zustande kommt, von den Steuerpflichtigen der hiesigen Gemeinde in Natur zu leisten. Zu den Diensten sind sämtliche Steuerpflichtigen, also auch die Jorensen, juristischen Personen verpflichtet.

§ 2. Spanndienste sind von den Spann haltenden Grundbesitzern nach dem Verhältnis der Anzahl Zugtiere (Pferde), welche die Bewirtschaftung ihres im Gemeindebezirk belagerten Grundstücks erfordert, Handdienste von sämtlichen Steuerpflichtigen gleichmäßig zu leisten. Als zur Bewirtschaftung des im hiesigen Gemeindebezirk belagerten Grundstücks erforderlich



werden angesehen: für Grundstücke bis zu 20 Morgen Größe 1 Pferd, für Grundstücke bis zu 40 Morgen Größe 2 Pferde, für größere Grundstücke für je 20 Morgen 1 Pferd mehr.

Ausnahmen bei Verteilung bzw. Heranziehung einzelner Diensten kann der Gemeindevorsteher nach seinem Ermessen, wenn sie gerechtfertigt erscheinen, machen.

§ 3. Auf rechtzeitig zu stellenden Antrag kann ein Leistungspflichtiger, wenn die Umstände solche rechtfertigen, durch den Gemeindevorsteher von der persönlichen Leistung gegen Zahlung eines Geldbeitrages von 4 M. für jeden Tag der Handdienstleistung von dem Handdienst entbunden werden.

§ 4. Führt bei den Naturaldiensten der Gemeindevorsteher oder ein Schöffe die Aufsicht, so wird das als Naturaldienst gerechnet.

§ 5. Werden Hand- und Spanndienste erforderlich, so werden die Pflichten nach der Reihenfolge des Verzeichnisses dazu herangezogen. Stellt sich ein Dienstpflichtiger zu dem bestimmten Zeitpunkt nicht ein und schickt er auch keinen tauglichen Stellvertreter, so ist der Gemeindevorsteher berechtigt, den Dienst durch einen Dritten auf seine Kosten leisten zu lassen.

Darüber, ob ein Stellvertreter tauglich ist, entscheidet der Gemeindevorsteher.

§ 6. Die Handdienstpflichtigen haben die zur Leistung der geforderten Dienste nötigen Geräte mitzubringen. Die Spanndienstpflichtigen haben mit den Zugtieren die dazu gehörigen Wagen und Geschirre zu stellen, zu jedem Wagen ein Führer sein.

Vorstehender Gemeindevorsteher wird hiermit bekanntgemacht. Wittkallen, den 10. Juli 1912.

Der Gemeindevorsteher.  
Schulz.

Derartige Gemeindeverordnungen stellen die Ortsangehörigen unter Leibeigenschaft der Gemeinden. Für die ärmere Bevölkerung wirken sie aber noch ganz besonders drückend, weil die Handhabung des ohnehin nicht mehr zeitgemäßen Gemeindebeschlusses in das Ermessen des Gemeindevorstehers gestellt ist. Der Gemeindevorsteher wird, da er meistens selbst größerer Besitzer ist und mit seinen Klaffengeldern verbandelt oder befreundet ist, nicht immer unparteiisch bei der Heranziehung zu den Hand- und Spanndiensten verfahren. Aber auch sonst sind diese eine Last, die mit einer Ueberschuldung zur allgemeinen Landflucht ist.

Unsere sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtag würden sich ein großes Verdienst um das Wohl der arbeitenden Landbevölkerung erwerben, wenn sie bei der nächsten passenden Gelegenheit für die Beseitigung dieser, aus der Zeit der Leibeigenschaft überlieferten Steuerhandhabung eintreten würden.

## Der Krieg.

### Der Zustand in Albanien.

Man schreibt uns aus Belgrad:

Die Regierung Said-Paschas, die die Bewegung in Albanien als einen kleinlichen Akt der Unzufriedenheit einiger Staatslieferanten darzustellen versuchte, ist hauptsächlich unter dem Druck dieser Bewegung gefallen. Eine Reihe glänzender Siege haben die Arnauten davongetragen. Wo sie immer mit den Soldaten einen Zusammenstoß gehabt haben, haben sie diese regelmäßig geschlagen. Mehrere Hunderte von Toten und Verwundeten blieben auf den Kampfplätzen liegen. Tausende wurden entwaffnet, die großen Magazine mit Waffen und Munition fielen in die Hände der Rebellen. Dazu kam die Empörung bei den türkischen Truppen selbst. Anfangs nahmen daran nur die Offiziere und Soldaten albanischer Herkunft teil, nachher aber auch die übrigen Truppen. Achtundsechzig Bataillone, ungefähr die ganze in Albanien konzentrierte Armee, erklärten ihrem Kommando, daß sie gegen Arnauten nicht kämpfen wollen. Vergebens versuchten die jungtürkischen Komiteeleute ihre bisherige Macht aufrechtzuerhalten. Sie konnten nicht in den entscheidenden Momenten ihre Anhänger in der Armee zusammenhalten. Als ihre Befehle nicht mehr beachtet wurden, als eine ganze Reihe der Widerstand leistenden Beamten gehängt wurde, flog ein Kommando, ein Wali, ein Pascha, ein Kommandostab nach dem anderen von seinem Posten weg. In diesem Augenblick befindet sich über die Hälfte Albaniens außerhalb der türkischen Staatsmacht. Die Rebellen beherrschen vollständig die ganze Fläche von der montenegrinischen, bosnischen, serbischen Grenze über Pestrowitsch bis Skadar. Erst nachdem Albanien dem türkischen Reich tatsächlich verloren gegangen war, zeigte man sich in Konstantinopel bereit, mit den Arnauten über ihre Forderungen ernst zu verhandeln. Dem Sturze des mächtigen Schewket-Pascha folgte der Sturz der Herrschaft der Zentrale des jungtürkischen Komitees am Hofe und auf der Pforte. Der erste Akt der neuen Regierung war: bedingungslos alle Feindseligkeiten mit den Arnauten einzustellen und eine Kommission zur Führung der Friedensverhandlungen zu ernennen.

Man kann sich der jungtürkischen Herrschaft gegenüber stellen wie man will, man kann es bedauern, daß sie jetzt beinahe in die Brüche geraten ist, man kann es aber nicht leugnen, daß ein Ausgleich mit den Arnauten das vernünftigste sei, was überhaupt geschehen kann. Er ist der einzige Weg, nicht nur Albanien dem türkischen Reich zu retten, sondern das Reich selbst nicht in eine bedrohliche Lage zu versetzen. Für die Herbstmanöver sind in Serbien und Bulgarien die ganzen Reservekorps einberufen. Diese Manöver werden einer Mobilisation ähneln. In Bosnien, genau wie vor der Annesionskrisis, führt man langsam und geheim eine militärische Konzentration durch. In allen umliegenden Staaten hat sich die Ueberzeugung, daß die Arnauten sicher siegen können und siegen werden, Bahn gebrochen, und man unterstützt sie von allen Seiten, man liefert ihnen die Waffen und die Munition, man bietet ihnen Bündnisse aller Art, man rechnet ganz offen mit der Möglichkeit der Auflösung der Türkei.

Der Krieg in Tripolis, der Zustand in Jemen und auf Areta, die Heinde auf allen Grenzen Kriegsbereit, und die besten und tapfersten Soldaten im Aufbruch. Gibt es da einen anderen Ausweg, als die Ruhe in dem Hause selbst, gewonnen durch die Bewahrung der administrativen Selbstständigkeit Albaniens, die dessen Kulturentwicklung nur fördern kann?

Die Jungtürken scheitern an einem ihrer Grundprinzipien, das nur von den Leuten mit einer Kaiserbildung so fanatisch verfolgt werden konnte. Das ist das Prinzip des strengsten staatlichen Zentralismus. In dieselben Staats- und Verwaltungsformen, unter dieselben militärischen und Steuerpflichtigen sollen alle Teile des breiten Reiches gepreßt werden, die sich nach ihren Kulturstufen um zirka tausend Jahre unterscheiden. In Mazedonien ist der Kapitalismus im vollen Gange, in Albanien herrscht noch immer sehr stark die Gentilorganisation, und in Kleinasien in vielen Gegenden gibt es überhaupt keine lebhaft

Bevölkerung. Die Reformen, die die übrigen Reichsteile nötig haben, braucht Mazedonien seit langem nicht mehr; die Lasten, die Mazedonien mit Leichtigkeit tragen kann, können die anderen Provinzen nicht tragen. Im Gegenteil. Es gibt albanische Stämme, die durch ihre Wirtschaftsweise nicht imstande sind, die notwendigen Lebensmittel zu gewinnen. Da ist die Erwartung durch die Besteuerung oder der Raub an benachbarten friedlichen Bauern und Reisenden eine regelmäßige Einnahmequelle, eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Durch die Kanonen ist da nichts zu erreichen. Nur durch eine Kulturpolitik, die die Veränderung der Wirtschaftsweise der betreffenden Stämme zum Zweck hätte, wäre es möglich, in die Schadel den Begriff der Unverletzlichkeit des Privateigentums einzuprägen. Alle türkischen Regierungen, selbst die jungtürkischen, haben für eine solche Politik kein Verständnis gehabt. Statt dessen haben gerade die Jungtürken die bis da unbekannte Gleichheit eingeführt: beim Steuerzahlen und Rekrutenstellen. Es ist deshalb ganz erklärlich, wenn gerade mit der jungtürkischen Herrschaft die Zeit der gefährlichen Revolten der Arnauten einsetzte.

Die jungtürkische Revolution nahm ihren Anfang in der entwickelten Landesprovinz Mazedonien und in ihrer blühenden Hauptstadt Saloniki. Die Teilnahme der Masse der mazedonischen Bevölkerung an der militärischen Revolte gab der jungtürkischen Bewegung einen sozialen, revolutionären Charakter. Sie war die Empörung Mazedoniens gegen das Parasitentum der anderen Provinzen. Die Jungtürken fanden keine andere Lösung des Problems als die Unterjochung, die Vergewaltigung der Zurückgebliebenen. Dieser Fehler, begangen nur wegen der oligarchischen Herrschaft der Offiziere in den Komitees, rief den jähen Widerstand der Grenzprovinzen aus, der jetzt der durch den Krieg mit Italien geschwächten Macht der Jungtürken den Untergang gebracht hat.

Der Föderalismus in der Organisation des Staates, die Selbstverwaltung der einzelnen Provinzen, ist eine in dem Wirtschaftswesen der Türkei begründete Notwendigkeit. Diese Notwendigkeit konnte nicht abgeschafft werden, sie legt sich jetzt mit Gewalt durch. So ist das wahrscheinliche Resultat der jetzt in Albanien geführten Unterhandlungen die Autonomie Albaniens, das wäre aber nicht nur die Garantie der Erhaltung des türkischen Reiches, des Friedens auf dem Balkan und in Europa, sondern auch ein wichtiger Kulturfortschritt. Es bleibt abzumachen, ob die neuen Machthaber in Konstantinopel das Verständnis dafür haben werden, oder ob es nicht schon zu spät ist.

### Der albanische Aufstand.

Konstantinopel, 31. Juli. Ueber den Einmarsch des Iffa-Boletinas in Nitrowiza wird gemeldet, daß der Kommandant von Nitrowiza anfangs das Einrücken der Albanesen nur unter der Bedingung erlauben wollte, daß sie ihre Waffen ablegten. Iffa bestand jedoch nicht nur auf dem Einmarsch seiner bewaffneten Leute, sondern verlangte auch die Entfernung der Geschütze, welche auf den die Stadt beherrschenden Höhen aufgestellt waren. Der Kommandant gab dem Verlangen Folge, worauf Iffa mit 8000 Albanesen in die Stadt einzog.

Bei Napfa unweit der Wallquelle hat ein Kampf zwischen Truppen und Kalfisoren stattgefunden. Die Truppen hatten 30 Tote.

Künftigen Nachrichten zufolge beträgt die Zahl der bereits in der Ebene von Koffowa versammelten Albanesen 5000.

### Die Vorgänge in Konstantinopel.

Konstantinopel, 31. Juli. (Meldung des Wiener L. L. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die Regierung ergreift erste Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Parouillen sind verstärkt worden und ein Regiment Kavallerie wird in der Kaiserne Dand-Pascha in Bereitschaft gehalten. Die Regierung hat, wie es heißt, der jungtürkischen Partei und der Leitung der Entente Liberale mitgeteilt, daß sie für ihr Programm Propaganda machen dürfen, die Regierung werde aber jeden streng bestrafen, der versuchen sollte, die Ordnung zu stören.

„Islam“ erfährt, zahlreiche albanesische Rebellen aus Alessio hätten die Straße Stutori-Uranga besetzt und verlangten die Auflösung der Kammer.

### Die Regierung und die Kammer.

Konstantinopel, 31. Juli. Gegen 4 Uhr erschien das gesamte Kabinett mit Ausnahme von Kiamil und Kazim Pascha und übergab dem Präsidenten einen Dringlichkeitsantrag auf Aenderung des Artikels 7 der Verfassung, betreffend das Recht des Sultans zur Auflösung der Kammer. Die Regierung verlangt darin, dem Sultan das Recht zu geben, die Kammer, falls ungewöhnliche Umstände vorliegen, aufzulösen, nachdem der Senat sich gleichfalls dafür ausgesprochen hat.

### Die Dardanellenfahrt.

Rom, 31. Juli. In einem amtlichen Bericht, den der Kommandant Misio über den Angriff der italienischen Torpedoboote gegen die Dardanellen ein sandte, wird mitgeteilt, daß auf der Rückfahrt aus den Dardanellen das Torpedoboot „Epica“ von zwei türkischen Geschossen getroffen wurde. Das Torpedoboot „Chimone“ erhielt von den türkischen Festungswerken sechs Kugeln, die erheblichen Schaden anrichteten. Auf den Torpedobooten „Perico“ und „Astora“ wurden durch einen Schuß keine Beschädigungen verursacht. Der „Epica“ trug ferner noch eine Kontusion des Weißbaumes und einen Schraubenbruch davon.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Juli 1912.

### Nochmals die Taktik des Wahlrechtskampfes.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ sucht Genosse Eisner durch einen zweiten Artikel Stimmung für seinen samosen Vorschlag zu machen, bei den Landtagswahlen im Jahre 1913 durch Unterstüßung der Nationalliberalen ein — demokratisches Wahlrecht zu erringen. Auch dieser Artikel enthält so wenig Tatsächliches, daß sich ein näheres Eingehen darauf nicht verlohnt. Sein leitender Gedanke ist, daß, wenn sich in Bayern ein Zusammengelen von Sozialdemokraten und Liberalen, auch Rechtsliberalen, habe ermöglichen lassen, das auch in Preußen möglich sein müsse. Zumal gerade in Preußen die Bourgeoisie ein weit größeres Klasseninteresse habe, den Liberalismus durchzusetzen, als in Bayern.

Es tut uns aufrichtig leid, uns auch diesen wortreichen Versicherungen Eisners verschließen zu müssen. Aber wir sind nun einmal der altmodischen Ansicht, daß unsere preussischen Rechts- oder Nationalliberalen wohl selbst am besten wissen, wie sie ihr Klasseninteresse wahrzunehmen haben, ein Klasseninteresse, das in der Hauptsache mit dem Interesse des rheinisch-westfälischen Großunternehmertums identisch ist. Und die Wahrnehmung dieses

Interesses hat sich bisher durch eine Politik bestätigt, die von derjenigen der preussischen Freikonserverativen, der berühmtesten Jedlig-Garde kaum zu unterscheiden ist. Speziell in der Wahlrechtsfrage waren die preussischen Nationalliberalen auf dem Sprunge, sich für das Jedligsche Kompromiß einlassen zu lassen. Und wenn schließlich die freikonserverative Wahlreform nicht zustande kam, so lag das nicht an der Mannhaftigkeit der Nationalliberalen, sondern am glatten Rein des Blauschwarzen Blocks. Und von der Unterstützung dieses Liberalismus durch die Sozialdemokratie soll nach Eisner das Schicksal der preussischen Wahlreform abhängig sein! Es bleibt also schon dabei, daß eine geradezu abenteuerliche Phantastik und eine aller politischen Realitäten spottende Projektionemacherei dazu gehören, die Unterstützung der Nationalliberalen als Mittel zur Erringung eines freiheitlichen Wahlrechts zu empfehlen.

In einem Postskriptum zu seinem Artikel wendet sich Eisner noch besonders gegen den „Vorwärts“, obwohl er eine Auseinandersetzung mit ihm gewissermaßen grundsätzlich ablehnt. Ein solches Prinzip hat schon seinen guten Sinn: es erspart dem ihm Guldigenden geistige Strapazen, das Weibringen von Gegenargumenten. Eisners Entgegnung besteht denn auch — obwohl das dem „Vorwärts“ gewidmete Postskriptum annähernd achtzig Druckzeilen umfaßt — ausschließlich in einer Gegenfrage, und diese Gegenfrage lautet: Wenn der „Vorwärts“ die Unterstützung der Nationalliberalen von vornherein und die des Fortschritts wenigstens schon bei den Urwahlen ablehnt, wie will er denn dann die Junker- und Geldadefeste brechen? Durch den Ansturm der Massen von außen? Ja, worin soll denn dieser Ansturm bestehen?!

Diese lamose Frage ist charakteristisch für den Genossen Eisner, wenn auch freilich nicht neu. Denn schon bei der Debatte über den politischen Massenstreik stellte er die Alternative: entweder Revisionismus oder Putzschismus.

Leider können wir dem Genossen Eisner auch diesmal nicht den Gefallen tun, die Partei auf bestimmte äußerste Aktionen festzulegen. Trotzdem aber entspricht es sicherlich unendlich mehr der sozialdemokratischen Auffassung, durch intensive Massenaufklärung und Massenaufreißung, durch Stärkung unserer agitatorischen und organisatorischen Macht einen Druck auf die Regierung auszuüben, als von der Verstärkung des Freisinn und der Nationalliberalen um ein oder zwei Duzend Mandats eine demokratische Wahlreform zu erbitten!

Und wenn wir auch daran verzweifeln, das dem Genossen Eisner klar machen zu können, so sind wir um so fester davon überzeugt, daß sich in Preußen auch nicht einmal eine kleine Minderheit für seine Plänesen erwärmen könnte.

### Tod des Kardinals Fischer.

Kardinal-Erzbischof D. Antonius Fischer, der am 30. Juli in Neuenahr verstarb, wurde im Jahre 1810 als der Sohn eines Volksschullehrers in Jülich im Rheinland geboren, war 26 Jahre lang Religionslehrer am Gymnasium in Essen, und wurde vor 25 Jahren Weihbischof, vor 10 Jahren Erzbischof von Köln. Seine vor 9 Jahren erfolgte Ernennung zum Kardinal verdankt er der Königlich-preussischen Kardinal-Bezeichnung. Er pflegte Wilhelm II. in geradezu byzantinischer Form in seinen Festreden zu feiern. Einmal behauptete Kardinal Fischer, Wilhelm II. habe etwas von dem Geiste Karls des Großen, und er nannte Wilhelm II. und den Papst die „beiden größten Herrscher der Gegenwart“. Auch sprach Kardinal Fischer von Wilhelm II. meistens als von „unserem erhabenen“ oder „unserem herrlichen“ Kaiser; „einem solchen Herrscher zu dienen, sei eine freudige Herzensangelegenheit“.

Den Beschlüssen gegenüber sprach der Kardinal in seinem ersten Hirtenbrief als von den „Geringen, die durch Gottes weise Vorsehung ein Leben der Armut, der Niedrigkeit, der Entfagung und der demütigen Arbeit führen“. Er sprach von den Tugenden der Armut und dem Laster der Habgucht; aber niemals richtete er seine Worte an die millionenschweren Männer Barmen, Trimborn, Wittens usw., bei denen er häufig zu Tische saß.

Kardinal Fischers politische Anschauungen waren konservativ, ja beinahe feudal, trotz seiner proletarischen Herkunft. Seine Stellung der Wissenschaft gegenüber wird charakterisiert durch den Ausspruch, den er anlässlich des Katholikentages in Düsseldorf tat: „So weit der Himmel über der Erde steht, so hoch steht der Glaube über der Wissenschaft.“ Kardinal Fischer wurzelte vollständig in den religiösen Anschauungen des Mittelalters; er förderte die Heiligenverehrung und den Reliquienkult und vollzog unter großem Krampf die feierliche Krönung einer eigentlich für den Kölner Dom beschafften riesigen Mutter-Gottes-Statue. Er betrieb auch die Seligsprechung der Christina von Stommeln, einer an Halluzinationen leidenden Frau aus dem 13. Jahrhundert, von der die Legende behauptet, mit ihrem Leib seien nicht weniger als sechsundachtzigtausend Teufel in die Hölle gefahren.

Dieser Geistesbeschaffenheit des Kardinals entsprach die Erziehung, die er dem Alerus zuteil werden ließ. Das zu der Universität Bonn gehörende Konvikt wurde durch Kardinal Fischer von der Universität fast völlig getrennt; die Studenten wurden gleich Gefangenen behandelt und ihre Lektüre usw. wurde aufs schärfste überwacht. Auch wurden die Studenten völlig im Geiste des tiefsten Mittelalters erzogen. Ueber die Weisheiten übte der Kardinal eine förmliche Zwangsherrschaft aus; er bevormundete sie wie Schulbuben. Bei Kirchentagen gebot er, daß man ihn mit fürstlichem Pomp empfangt, und einmal hat er es den Bonner Theologie-Professoren sehr übel bemerkt, daß sie nicht gleich dem sonstigen Alerus an der Stadigränze von Bonn zu seinem Empfang empfangen waren.

Nichts ist bezeichnender, als daß ein Mann von solcher Geistesbeschaffenheit beim Vatikan im Geruch der Modernität stand und daß der andere deutsche Kardinal Kopp mit deutlichem Hinblick auf Fischer das Wort vom „verfeuchten Westen“ gesprochen hat. Fischer war eben klug genug, um einzusehen, daß die Barmeniten mit ihren christlichen Gewerksvereinen ein viel besseres Werkzeug der Herrschaft des Episkopats abgeben, als ihre gerade aufs Ziel losgehenden Gegner. Daher sein Gegenfah gegen den Dresdener Kardinal und den Bischof Korum von Trier. Er hielt eben nicht viel von den katholischen Arbeitervereinen und sah in der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die christlichen Gewerkschaften ein viel geeigneteres Mittel, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Dem Kampf gegen unsere Partei und die freien Gewerkschaften galt aber sein ganzes Streben und in diesem Kampfe schreckte er nicht vor Waffen zurück, die auch der Reichsverband hätte führen können. Es sei daran erinnert, daß, als vor einer Reihe von Jahren Genosse Weber in Köln gesprochen hatte, Kardinal Fischer bald nachher in einem Hirtenbriefe von einem „bekannten, von außen gekommenen Parteiführer“ sprach, dem er Verurteilung maßlosen Kergermisses und frecher Gotteslästerung vortwarf.

Fischers Tod bedeutet in dem jetzigen Moment für die Barmeniten, deren Schützer er war, einen schweren Verlust. Um seine Nachfolge wird ein geheimer aber um so schärferer Kampf zwischen der opportunistischen und der intransigenten Richtung im Katholizismus geführt werden. Der neue Erzbischof ist innerhalb drei Monaten von dem Domkapitel zu wählen.



### Wie die Behörden den Alkoholimßbrauch „bekämpfen“.

In Ostelbien wird viel Alkohol getrunken; besonders auf dem Lande und in den kleinen Städten ist der Verbrauch von Trankbranntwein enorm, was schon vor Jahren die Behörden und frommen Vereine veranlaßt hat, den Alkoholimßbrauch zu bekämpfen. Man gründete Vereine, Alkoholfürsorgestellen usw. Trotzdem ist von einer wesentlichen Abnahme des Verbrauchs von Alkohol in den Junkerdomänen wenig zu spüren.

Da hat nun die sozialdemokratische Partei in Wehlau ein Gartenlokal erworben, und sie ersuchte um die Konzession zum Ausschank — alkoholfreier Getränke. Doch der Kreisaußschuß, in dem die „staatsverhaltenden“ Agrarier natürlich die Majorität haben, lehnte das Gesuch ab, so daß die Partei nicht in der Lage ist, Selter und Sprudel dort auszuschenken. Die Versammlungsbesucher können also nichts trinken. Dabei ist in Wehlau der Schnapsgegnuß weit verbreitet. Abends und Sonntags sind die Kneipen gefüllt, was den Bürgermeister wiederholt veranlaßt hat, seine Mißbilligung darüber auszusprechen. Könnte die Partei in ihrem Lokal alkoholfreie Getränke auszuschenken, so würde sie damit erfolgreich auf die Arbeiter einwirken und sie bald aus den Schnapskneipen herausziehen können. Das würde der Stadt und der Umgebung nur zum Segen gereichen. Aber der Kreisaußschuß hat es anders beschlossen. Die Sozialdemokratie könnte vielleicht einen Nutzen haben, wenn in dem Lokal alkoholfreie Getränke verkauft werden, und deshalb darf es nicht sein.

### Sozialdemokraten werden nicht bestätigt.

Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag haben die Vertreter der Regierung hoch und heilig versichert, daß die politische Gesinnung eines Kassenbeamten keinen Nachteil für ihn bedeuten solle. Von sozialdemokratischer Seite war mit Recht betont worden, daß solche Versprechungen absolut wertlos sind, denn in der Praxis kommt es immer anders. Die Besetzung der Kassenstellen bei der B o c h u m e r Ortskrankenkasse mit einem Obersteuermann war der erste Streich. Der zweite hat sich nunmehr das oldenburgische Versicherungsamt Vudjadingen geleistet. Die Mehrheit des Vorstandes der Ortskrankenkasse in Nordenham hatte den Buchhalter der Ortskrankenkasse in Nordenham als Kandidaten, Adolf Heller, zum Rechnungsführer gewählt.

Das Versicherungsamt hat dem Gewählten die Bestätigung verweigert, mit folgender Begründung:

„Nach den Ermittlungen des Amtes ist der Gewählte mit Bureauarbeiten nur in der Abteilung für Krankenabfertigung und Beitragseinzahlung tätig gewesen, hat aber sonstige Bureauarbeiten, vor allem solche, welche mit der Tätigkeit eines Geschäftsführers verbunden sind, nicht ausgeführt. Seine Fähigkeit eines Rechnungsführers erscheint daher zweifelhaft. Heller ist ferner schon seit mehreren Jahren als Agitator und Organisator der sozialdemokratischen Partei tätig und hat in dieser Richtung einen bedeutenden Einfluß ausgeübt. Diese Tatsachen — nicht die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei an sich, sondern die agitatorische Tätigkeit besonders — lassen darauf schließen, daß dem Gewählten die erforderliche Zuverlässigkeit für eine unparteiische Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Rechnungsführers fehlt. Dieses Bedenken fällt um so schwerer ins Gewicht, als erst in allerjüngster Zeit wieder ein sehr scharfer Gegenatz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zwischen den arbeitswilligen und streikenden bzw. ausgesperrten Arbeitern in Nordenham eingetreten ist.“

Wäre Heller für die Konservativen oder für den Bund der Landwirte agitatorisch tätig gewesen, das Versicherungsamt hätte ihn bestimmt bestätigt. Aber weil der Mann Sozialdemokrat ist, ist er ungeeignet, obwohl er im Krankenkassenwesen eine mehrjährige Erfahrung hinter sich hat. Vielleicht findet man jetzt einen ausgedienten Feldwebel, den das Versicherungsamt gewiß für sehr geeignet halten wird, denn er ist nicht Sozialdemokrat. Was aber sagt das Reichsamt des Innern dazu, daß ein beliebiges, völlig unbedeutendes Versicherungsamt nicht nach sachlichen, sondern nach politischen Grundsätzen entscheidet?

### Jesuitendebatte in Bayern.

In der Mittwochsitzung der Kammer der Reichsräte kam es zu einer sensationellen Debatte des bayerischen Jesuitenerlasses. Im Laufe der Debatte erklärte Reichsrat Graf zu Lörring-Zettendorf, er sehe auf dem Standpunkt, daß der Jesuitenerlass ein großer taktischer Fehler der Staatsregierung gewesen sei. Der Erlass bedeute auch eine ganz bedeutende Wamage für die Staatsregierung und für ganz Bayern, und zwar von dem Augenblick an, wo die Staatsregierung zugeben mußte, daß sie nicht berechtigt war, den Erlass heranzugeben, ohne vorher die Ansicht der Reichsregierung gehört zu haben. Er bedauert, daß die Regierung wiederholt den Versuch gemacht habe, die Schuld an dem Erlass dem früheren Kultusminister in die Schuhe zu schieben. Graf zu Lörring fuhr fort, die Regierung habe Bayern mit ihrem Jesuitenerlass einen recht schlechten Dienst erwiesen. Die große Majorität der bayerischen Bevölkerung sei der Ansicht, daß es besser sei, wenn das Tor, das zwischen ihm und den Jesuiten errichtet sei, geschlossen bleibe mit Rücksicht darauf, daß dadurch zweifellos der konfessionelle Friede gewahrt werde. Ein bedeutender Teil des katholischen Alerus teile diese Ansicht. Wir wissen jetzt — schloß Graf zu Lörring — was wir in diesen und ähnlichen Fragen von der Staatsregierung zu erwarten haben.

Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hertling erklärte: Ob die Regierung mit dem Jesuitenerlass einen Dab geschossen habe, müsse er der Beurteilung anderer überlassen. Die Regierung sei bis jetzt der Meinung, daß sie richtig gehandelt habe. Wenn man aber davon überzeugt ist, daß das Gesetz von 1872 ein obsoletes Ausnahmegesetz und ein Kampfgesetz ist, und wenn man erwägt, daß der Reichsrat in wechselvoller Zusammensetzung der Parteien zu verschiedenen Wahlen die Aufhebung des ganzen Gesetzes verlangt hat, so war für die Regierung die Frage naheliegend, ob sie nicht im Sinne des schon vorbereiteten milderen Erlasses vorgehen sollte. Wenn die Regierung überzeugt war, daß das Gesetz von einem großen Teil der Bevölkerung schwer empfunden würde, dann konnte es nicht unzulässig sein, wenigstens für eine Wälberung der Ausführung einzutreten. Nun sollen wir gegen die Reichsmeinung verstoßen haben! Wir waren der Meinung, daß wir vollkommen berechtigt waren, so vorzugehen, und erst, als wir sahen, welche große Erregung, vielfach künstlich geschürt, entstanden war, sagten wir uns, wenn wir uns auf einem falschen Wege befunden haben sollten, dann wollen wir den Bundesrat auffordern, den Begriff der Oberstaatlichkeit zu interpretieren. Das war ein durchaus schales Verhalten der Staatsregierung, und von der Reichsleitung wird dieses Verfahren vollkommen anerkannt. Ich sehe also nicht ein, wo die Wamage der Regierung ist. So eine große Gefahr sind die Jesuiten nicht, daß man die Reichsleitung um Schutz anrufen braucht. Selbst wenn ein Jesuit nicht nur im Priesterhaus, sondern auch auf der Kanzel seine Vorträge hält, glaube ich nicht, daß jemand so gefährdet wird, daß er den Schutz der Reichsleitung anrufen braucht. Von einer Störung des konfessionellen Friedens durch die Jesuiten kann in Wahrheit nicht die Rede sein.

Prinz Georg von Bayern führte aus: Ich teile die Stellungnahme der Staatsregierung in der

Jesuitenfrage vollkommen, und ich gehöre zu den Personen, die die Rückkehr der Jesuiten als begrüßenswert betrachten. Ein derartiges Vorgehen, wie das des Grafen zu Lörring, die Unterstüßung der Reichsleitung anzurufen, hat meines Wissens in der Geschichte unseres Hauses bisher keinen Präzedenzfall. Ich halte dieses Vorgehen für behauerlich und unbegreiflich, und ich denke von der geschichtlichen Selbständigkeit Bayerns viel zu hoch, als daß ich es für nötig halte, die Reichsleitung um Schutz anzugehen.

### Aus einer Zentrumsdomäne.

Die Strafkammer Würzburg verurteilte dieser Tage den Bezirksamts-Sekretär Weiskammer aus Karstadt a. M. wegen „Religionsvergehen“ zu 2 Monaten Gefängnis. Mit diesem „Religionsvergehen“ hat es eine eigene Verbindung. Der Angeklagte war Verwalter des Distrikts-Präsidiums, in dem Klosterfrauen als Pflegerinnen tätig sind. Obwohl verheiratet, stellte der Patron doch eifrig den Schwestern nach und wurde überall, wo er mit ihnen zusammentraf, handgreiflich. Einmal ging er einer Schwester nach, als sie in die Kirche zum Gebetäuten ging, schloß die Kirche ab und wollte in dieser Stätte unter Anwendung von Gewalt seine Absicht erreichen. Weil dieser Angriff in der Kirche erfolgte, konstruierte die Staatsanwaltschaft ein „Religionsvergehen“ daraus. In Wirklichkeit wollte man damit um eine ausgedehnte Vernehmung verschiedener Zeugen herumkommen, die bei der Anklage wegen Sittlichkeitsvergehen oder Verbrechen, sowie bei Rotzuchtverbrechen zu umgehen gewesen wäre. Eigentümlich berührte es auch, daß weder die Krankenschwestern noch die Oberin Anzeige erstatteten, obwohl die letztgenannte längst von dem Vorkommis wußte. Karstadt ist eine stramme Zentrumsdomäne, der Pfarrer führt ein besonders strenges Regiment, und es ist für die Sozialdemokratie äußerst schwer, ein Versammlungslokal zu erhalten.

### Aus der Reihe gefaßt.

Das amtlche Kreisblatt für Suhrau bringt in seinem nichtamtlichen Teil in einer der letzten Nummern folgenden anerkennenden Artikel über die Wirkungen des sozialdemokratischen Schnapsbottis:

„Ehre und Dank, wem Ehre und Dank gebühren. Sie gebühren aber dem sozialdemokratischen Parteitag, der den Schnapsbottis empfohlen hat.“

Hier folgt nun die vom „Vorwärts“ gebrachte Notiz, die sich mit dem Rückgang der Alkoholproduktion beschäftigt. Und zum Schluß des Kreisblattartikels heißt es dann:

„Immerhin besten Dank für den dem ganzen Vaterlande in mehr als einer Beziehung zufließen kommenden Rückgang des Schnapsverbrauchs.“

Die erstaunliche Objektivität des Artikelschreibers wird in den Kreisen der Fufelbrenner ein schweres Unbehagen hervorgerufen!

### Belgien.

#### Die Organisierung des Generalstreiks.

Brüssel, 28. Juli. (Eig. Ber.) Die Vorbereitungen für den Generalstreik nehmen ihren Gang. Diese Woche hat das Föderalkomitee des Brüsseler Wahlkreises im Verein mit den parlamentarischen Vertretern und den übrigen Delegierten seine Sitzung abgehalten, um wichtige Entscheidungen für die vorbereitenden Arbeiten zu treffen. Gleichwie im nationalen Generalkomitee wurden auch hier vier Kommissionen gewählt, die die Organisations- und Propagandarbeit, die finanzielle Vorbereitung, den Einkauf und die Verteilung der Lebensmittel für den Brüsseler Kreis durchzuführen haben. Jede Kommission besteht aus 8 Mitgliedern. Es wurde weiter beschlossen, vom 12. August an Sparmarken in Vertrieb zu bringen, die einen Wert von 50 Centimes und einen Preis repräsentieren werden. Diese Marken werden in den Filialen des „Raisin du Peuple“ und auch durch die Protostträger der Genossenschaft erhältlich sein. Wo es keine derartigen Filialen gibt, werden die Wahlvereine den Umlauf der Sparmarken besorgen. Die Marken werden in ein für diesen Zweck ausgegebenes Büchlein gefleht.

Donnerstag verammelten sich auch das Bureau des Generalkomitee und die vom nationalen Streikkomitee gewählten Kommissionen, die zusammen das Exekutivkomitee bilden. Es wurde die Herausgabe einer nationalen Sammelliste beschlossen. Diese Woche wird ein Manifest erscheinen, das in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet werden wird.

Ein von den Administrationen der sozialistischen Genossenschaften Belgiens unterfertigte Aufruf appelliert an die Mitglieder, den Generalstreik in jeder Weise vorzubereiten. Die Arbeiter mögen ihre Rückvergütungen in den Klassen der Genossenschaft belassen, um sie während eines Generalstreiks eventuell für Brot einzutauschen. Die Arbeiter sollen ferner ihre Ersparnisse aus den staatlichen und kapitalistischen Unternehmungen zurückziehen und sie in den Arbeiterinstituten unterbringen. Ferner mögen sie die Generalstreikaktien kaufen, um sie im Falle eines Generalstreiks für Waren einzutauschen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Spart, wartet nicht bis morgen.“

Auch die Versammlungsaktion hat bereits eingesetzt. In La Louviere im Centre hat in einer Rieserversammlung De Brockere über den Generalstreik gesprochen; diesen Sonntag findet ein Monsterteeting in Charleroi statt, in der Vandevelde, Ansele und Destroee über dieses Thema referieren. Für Gent wird demnächst gleichfalls ein großes Meeting vorbereitet, in dem Destroee und Ghuysmans über den Generalstreik sprechen werden.

Von Zustimmungskundgebungen für den Generalstreik sei aus der letzten Zeit die der sozialistischen Cooperative von Verbiers erwähnt. Der Verwaltungsrat hat 5000 Fr. für den Generalstreik votiert. Die Einnahmen der kinematographischen Vorstellungen der Genossenschaft gehen der Streikasse zu. Das Personal wird im Falle des Streiks die Hälfte seines Gehalts dem Streikfonds zuführen. (Solche Beschlüsse liegen auch von anderen Genossenschaften vor.)

Interessant sind die Beschlüsse der Lehrerorganisationen. Der „Schoolbond“ von St. Nicolas (Waesland) hat seine sekundäre und moralische Unterstützung für den Wahlkampf und den Generalstreik zugesagt. Die Lehrer der kommunalen Schulen von Gent haben beschlossen, daß jedes Mitglied der Vereinigung vom 1. August an bis zum Streikausbruch mindestens ein Prozent seines monatlichen Gehalts und während der ganzen Streikdauer wöchentlich ein Prozent seines Jahresgehalts für den Streikfonds abführt. Nebenbei: darob große Entrüstung in Alerikalen Wältern.

Die Streikspenden sollen nämlich den Kindern der Streikenden zugute kommen. Das paßt aber diesen Christen schon gar nicht, daß von der Kommune besoldete Lehrer ihre Liebe für Kinder so weit treiben, daß sie sie sogar auf die Sprößlinge streikender Arbeiter ausdehnen! In der anständigen Dessenlichkeit hat dagegen das tapfer-menschliche Vorgehen der Center Lehrerschaft nur Anerkennung verdient.

### Holland.

#### Die künftige Handelspolitik.

Haag, 31. Juli. Der Bericht der Kommission zur Prüfung des Zolltarifgesetzesentwurfs ist veröffentlicht worden. Die Gegner des Schutzzolls bekämpfen den Entwurf erbittert, denn die Industrie brauche und wünsche ihn nicht. Die Gegner sind der Ansicht, daß das Gesetz für Holland gefährlich sei, da Holland so günstig für den Handel liege, und um so gefährlicher, weil es der Regierung das Recht gebe, zu Repressalien zu greifen, wenn das Ausland die Produkte der Industrie, des Handels oder der Schiffahrt der Niederlande belaste. Man hat nachgewiesen, daß das Ausland bereits Maßnahmen trifft für den Fall, daß der Entwurf Gesetz wird. Die Anhänger des Entwurfs betrachten die Repressalien als eine Präventivmaßnahme. Der Minister des Auswärtigen verteidigt die Repressalien, indem er hervorhebt, Holland sei zurzeit dem Auslande gegenüber machtlos. Die Regierung hat mehrere Abänderungen in dem Entwurf vorgenommen, die hauptsächlich in der Herabsetzung der Zölle auf Mehl, Orangen, Zitronen, Mandarinen und getrocknete Früchte bestehen. Auf der anderen Seite sind die Zölle auf Holzschuhe, Manufakturwaren, Kleidungsstücke, Salz, Zucker, Tabak und Kolonialwaren beibehalten geblieben. Ein neuer Zoll in Höhe von einem Gulden auf 100 Kilogramm ist für Bananen geschaffen worden. Papier soll fortan mit einem Zoll von sechs bis zehn Prozent belegt werden.

### Dänemark.

#### Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Anfangs des nächsten Jahres werden die Wahlen zur Zweiten Kammer des dänischen Reichstages stattfinden. Die Sozialdemokratie tritt bereits jetzt als erste in den Wahlkampf ein. Die Arbeiter und alle mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Staatsbürger werden von der Parteileitung aufgerufen, den Wahlfonds zu stärken, um den Kampf auf der ganzen Linie zu finanzieren. Die Wahlkreisorganisationen rüsten sich, Tausende von Versammlungen überall im Lande abzuhalten, die Verbreitung von Millionen Flugschriften wird vorbereitet.

Die Mächtigkeits der dänischen Partei ist ja auch im Auslande zur Genüge bekannt. Aber die bevorstehende Wahl hat eine besondere Bedeutung für die Sozialdemokratie, und die frühzeitige Aufnahme des Wahlkampfes beweist, daß die Parteileitung sich über die Bedeutung im klaren ist. Seitdem die bürgerliche Linke um die Jahrhundertwende zur Macht kam, hat sie sehr schnell nicht nur ihr eigenes Programm, sondern auch die Hilfe vergessen, die ihr die Sozialdemokratie im wohlverstandenen eigenen Interesse im Kampfe gegen die konservativen Junker gewährte. Wohl wurde anfangs der Anlauf zu einer sozialpolitischen Gesetzgebung genommen, der Arbeiterschutz durchgeführt, die freiwillige Arbeiterversicherung unterstützt und auch die Lösung der Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Center Systems unternommen. Aber recht bald versagte das sozialpolitische Interesse der Linken. Der Name Alberti ist bezeichnend für das Regime der Linken. Der kapitalistische Parvenü wurde in der politischen Arena der ausschlaggebende Faktor. Der Fall des Verbreders Alberti wurde auch zu einer moralischen Verurteilung der regierenden Partei, die ihn so lange gedeckt hatte und seine Verträge dardurch ermöglichte.

Die letzten Wahlen vor drei Jahren wurden um die Militärreform geführt. Die durch die Vorgänge der Aera Alberti aus Kuder gekommenen liberalen Radikalen, eine kleine von der bürgerlichen Linken abgeforderte Gruppe, wollten die Befestigung Kopenhagens und andere Rüstungen, die die Linke mit den Konservativen durchzuführen bemüht waren, durch die Neuwahlen illusorisch machen. Die Radikalen und die Sozialdemokratie gingen gemeinsam bei der Wahl vor, aber es gelang ihnen nicht, an den Majoritätsverhältnissen etwas zu ändern. Wohl stieg die sozialdemokratische Stimmzahl von 93000 auf 100000, aber die Zahl der Mandate blieb die gleiche. Die Folge der Wahl als Ganzes war der Fall des Ministeriums Jahlé und die Wiederkehr der Aliberalen, die sich nun fester an ihre früheren konservativen Feinde schlossen. Die dreijährige Legislaturperiode hat dem arbeitenden Volke nichts gebracht als neue Lasten, die versprochene Reform des Wahlrechts, vor allem der veralteten und ungerichten Wahlkreiseinteilung, ist unterblieben. Der Angriff der Unternehmer dagegen auf die Arbeitslosenversicherung fand in weiten Kreisen der regierenden Partei Gehör. Das Budget wurde durch 18 Millionen Kronen neuer indirekter Steuern „sanitert“, die nur ein Tropfen auf dem durch die Rüstungspolitik heiß gewordenen Stein bedeuten. Neue Steuern für den gleichen Zweck sind unausbleiblich, falls die Wahlen nicht eine radikale Aenderung in der Zusammensetzung der Kammer bringen.

Die Sozialdemokratie wird ihren Gegnern im Wahlkampf nichts schenken. Ihre Wahlparole ist die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Aufgabe der Rüstungspolitik und nicht zuletzt die Verfassungsrevision. Zu diesem Punkte fordert sie die Neueinteilung der Wahlkreise, die Gewährung des Wahlrechts an alle mündigen Staatsbürger beiderlei Geschlechts und schließlich die Befestigung der Ersten Kammer, Einführung des Einkammersystems. Der Wahlausfall wird zeigen, ob diese Forderungen die Billigung der heutigen Wählermassen finden. Das bestehende Wahlrecht ist zwar mit einigen Einschränkungen allgemein, aber die Altersgrenze der Wahlberechtigten ist auf 30 Jahre gesetzt, was naturgemäß den Vorkampf der Arbeiterpartei erschwert. Immerhin hat die Partei bei der letzten Wahl in vielen Wahlkreisen eine so ansehnliche Stimmzahl auf sich vereinigt, daß sie mit berechtigter Hoffnung auf schöne Erfolge in den Wahlkampf ziehen kann.

### Rußland.

#### Eine Belwäsche.

Petersburg, 31. Juli. (W. T. B.) Auf Grund der Untersuchung der Vorgänge in den Lena Goldwäscherien durch Senator Monachin ist gegen den Gehilfen des Gendarmeriechefs Mittmeister Tereschtschenow ein gerichtliches Verfahren wegen Untätigkeit und Ueberschreitung seiner Befugnisse eingeleitet worden.



# Gewerkchaftliches.

## Geht nicht nach der Schweiz!

Infolge des Wütens der Reaktion in Zürich, verbunden mit dem absoluten Verbot des Streikpostens, ist der Streik der Maler in Zürich abgebrochen worden. Da in Verbindung hiermit, als Teil eines zentralen Kampfes, auch Streiks an anderen Orten geführt wurden, so endigten auch diese gleichzeitig mit Zürich.

Die langandauernden Kämpfe hatten zur Folge, daß eine Menge Arbeit zurückgestellt wurde, und braucht es erfahrungsgemäß Wochen, bis sich die Geschäfte einigermaßen wieder normal entwickeln.

Den Moment wollen nun die Unternehmer ausnützen und haben beschlossen, bei hoher Konventionalstrafe, keine Streikenden einzustellen, d. h. sie auszusperrn und gleichzeitig von auswärts mit aller Energie Arbeitskräfte zuzuziehen.

Da schon von allen Seiten Anfragen organisierter Kollegen an uns gelangen, so teilen wir hier mit, daß, um die Pläne der Unternehmer zu vereiteln, energischer als zuvor jeder Huzug nach der Schweiz zu unterbleiben hat und fernzuhalten ist. Keiner werde zum Sperrbrecher.

Zentralverband der Maler und Gipser der Schweiz.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Tarifbruch der Charlottenburger Fuhrwerksbesitzer.

Im Volkshaus zu Charlottenburg tagte gestern Abend im großen Saal eine stark besuchte Versammlung der Bau- und Arbeiterkammer, um Stellung zu dem Tarif- und Treubruch der Charlottenburger Fuhrwerke zu nehmen. Franke referierte über den Werdegang der Lohnbewegung. In der Diskussion sprachen sich alle Redner in der schärfsten Weise über das Vorgehen der vertragverletzenden Fuhrunternehmer aus und wurde am Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute versammelten Arbeiterkammer Charlottenburg nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der Fuhrunternehmer. Sie sehen in der Festsetzung einer anderen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach vorherigem Abschluß eines Tarifvertrages zwischen Fuhrunternehmern und Transportarbeitern eine Vertragsverletzung und Treubruch, der nicht dazu angeht, das moralische Ansehen der Fuhrunternehmer zu erhöhen. Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen sehen in dem Interesse ihrer Gesundheit und ihres gedeihlichen Familienlebens für ihre erste Pflicht, jede Vertragsverletzung auf das schärfste zurückzuweisen und kein Mittel unversucht zu lassen, ihre nach langen Jahren errungenen tariflichen Abmachungen in allen Teilen aufrechtzuerhalten. Die Versammelten verpflichten sich, in allen Betrieben darauf zu achten, daß die Arbeitszeit des Morgens um 1/6 Uhr begonnen und des Abends bestimmt um 7 Uhr beendet wird und verpflichten sich ferner, in allen Betrieben, in denen die Klafse ausgeht, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis dieselben entfernt und die Unternehmer sich unterschrieben verpflichten, den zwischen Fuhrunternehmern und Transportarbeiterverband geschlossenen Tarif in allen Teilen auf das Genaueste innezuhalten.

Einen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit führen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Dewitt u. Herz, Fabrik chirurgischer Instrumente, Georgenkirchstr. 24. In der Montageabteilung dieses Betriebes herrschte bis jetzt die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, während in allen anderen Abteilungen 9 Stunden täglich gearbeitet wurde. Die Arbeiter der Montageabteilung haben das Recht begründete Verlangen, daß auch ihnen der Reinstundentag gewährt werde. Sie beschloßen, eine dahingehende Forderung an die Firma zu stellen. Gleichzeitig forderte auch die übrige Arbeiterkammer, daß am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend gemacht werde wie an den anderen Tagen, so daß also für den gesamten Betrieb eine Arbeitszeit von 13 Stunden wöchentlich in Kraft treten sollte. Weiter wurde verlangt, daß die Zeitlöhne so weit erhöht würden, daß die verkürzte Arbeitszeit den Arbeitern keine Schwächung des bisherigen Wochenlohnes bringen würde. Die Akkordarbeiter — das sind die meisten im Betriebe — verlangten keine Lohnerhöhung, obwohl die Löhne keineswegs als gute zu bezeichnen sind. Da die geforderte Arbeitszeit bereits in der gesamten Berliner Metallindustrie allgemein üblich ist und selbst die Unternehmerorganisation wegen einer Forderung, wie sie die Arbeiter von Dewitt u. Herz stellen, keinen Kampf mehr führen, so glaubten die Arbeiter, daß ihre berechtigten Forderungen keinen Widerstand finden würde. Aber die Firma Dewitt u. Herz wollte von keinen Zugeständnissen etwas wissen. Die Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Die Arbeiter legten am letzten Sonnabend die Arbeit nieder und zwar mit solcher Einmütigkeit, daß von den 311 Beschäftigten nur 7 (darunter 4, die eine Kündigungskarte haben) im Betriebe blieben. — In der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde mitgeteilt, daß die Akkordarbeiter bei Dewitt u. Herz 50, 60, 65 Pf. pro Stunde verdienen, während die Zeitlöhne 70—72 Pf. und in einem Falle 75 Pf. betragen. Es sollen aber in der Montage auch Stundenverdienste von nur 35, 40—55 Pf. erzielt worden sein. Da die Arbeiter trotzdem keine Lohnerhöhung fordern, sondern sich auf das berechnete Verlangen beschränken, die Arbeitszeit auf das allgemein übliche Maß festzusetzen, so erwarten sie, daß ihnen der Sieg zufallen muß, denn es herrscht unter ihnen volle Einmütigkeit. Niemand denkt daran, in den Betrieb zurückzukehren, ehe die Forderungen der Streikenden erfüllt sind.

Die Differenzen in dem Kraftdroschkenbetrieb von Heiterhoff, Memeler Straße 27, sind beigelegt. Die Sektion IV im Deutschen Transportarbeiterverband.

### Deutsches Reich.

#### Zu den Krawallen in Ragnit

wird uns berichtet: Ragnit, wo am Sonnabend anläßlich des Streiks bei der Firma Brünning u. Sohn ein Arbeiter erschossen wurde, ist förmlich in Belagerungszustand versetzt. Die zweite Kompanie des Infanterieregiments Nr. 41 unter Führung des Hauptmanns v. Wendt ist in Ragnit stationiert worden. Die Truppen sind in Bürgerquartieren untergebracht und patrouillieren durch die Straßen. Die Firma Brünning u. Sohn hatte aus den bekannten Streikbrecherbüros eine Eingarde nach Ragnit kommen lassen, die, wie überall, durch ihr provokatorisches Verhalten die Bevölkerung reizte und sich dafür natürlich nach allen möglichen Schutzes durch die Behörden erstreute. — In Ragnit ist seit Ausbruch des Streiks jede öffentliche Tanzlustbarkeit untersagt. Am Sonnabend verbreitete sich nun das Gerücht, daß die bei der Firma Brünning u. Sohn beschäftigten Arbeitswilligen eine Tanzlustbarkeit in einem der Fabrik benachbarten Lokale abhalten wollen. Wegen dieser Veranlassung der Arbeitswilligen hat es in der Bevölkerung einige Aufregung gegeben. Es hatten sich Reugierige angeammelt, die von der Polizei zurückgewiesen wurden. Das gab natürlich bei den Arbeitswilligen, die diesem Treiben zuzusehen, ein großes Gaudium. Sie kamen aus den Lokalen und machten Hallo. Bei dieser Gelegenheit ist auch ein Stein aus der Menge der Arbeitswilligen gegen die Polizei geflogen, der den Polizeikommissar verletzte. Das gab der Polizei Veranlassung, von der Waffe Gebrauch zu machen, die diese aber nicht etwa gegen die Arbeitswilligen, sondern gegen die Menge Reugieriger richtete, die der Lärm herbeigelockt hatte. Dabei ist dann auch der Schuß gefallen, der den Kreisläger-Verantw. Redakteur: Albert Bader, Berlin. Inseratenteil verantw.

schneider Strolach zu Boden streckte. Die Erregung über die Vorgänge ist in Ragnit natürlich enorm. Am Sonntag waren in der Stadt sämtliche Laternen ausgelöscht.

Einen Einfluß auf die Lohnbewegung der Holzarbeiter werden diese Vorgänge nicht haben; die dortigen Ausständigen sind entschlossen, sich nicht provozieren zu lassen, sondern in aller Ruhe den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fortzusetzen.

Aus Ragnit wird der „Kistler Zeitung“ gemeldet, daß es Dienstagabend noch zu neuen Unruhen gekommen ist. Auch die erste Kompanie des Infanterieregiments Nr. 41 ist dort eingetroffen, so daß jetzt zwei Kompanien für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen.

#### Zum Streik in der Görlitzer Waggonfabrik.

Wie man Arbeiter zu düpiieren sucht, geht aus folgendem Schreiben hervor:

Görlitz, den . . . . . 1912.

Herrn . . . . .

Von einer uns befreundeten Automobilfabrik ist uns u. a. auch Ihr Besuch als Dreher zugegangen.

Bei uns sind einige Dreherstellen zu besetzen, und können Sie bei uns als solcher Beschäftigung finden, wenn Sie nicht über 40 Jahre alt sind und von den Ärzten unserer Fabrikfrankenkasse für gesund befunden werden.

Der Anfangslohn beträgt 33 Pf. Bei zufriedenstellenden Leistungen erhöht sich dieser Stundenlohn sehr bald.

Bei Beschäftigung im Stücklohn (Alford) tritt zu dem Stundenlohn noch ein Heberbedienst, dessen Höhe sich ganz nach Ihren Leistungen richtet.

Die Reiseloohn IV. Klasse von . . . . . bis Görlitz vergüten wir Ihnen, wenn Sie 14 Tage bei uns in Arbeit gestanden haben.

Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial zu Görlitz.

Dieses Schreiben ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst einmal wird es ja ein schallendes Gelächter bei den Berliner Drehern hervorrufen, daß man Dreher mit — 33 Pf. Stundenlohn einstellen will. Des Weiteren ist es bezeichnend, daß man in dem betreffenden Schreiben nichts davon bemerkt, daß bei der betreffenden Firma in Görlitz gestreikt wird. Drittens ist es interessant, wie eine Berliner Firma sich bemüht, einer befreundeten Firma in Görlitz zu Hilfe zu kommen. Welche Berliner Firma es ist, konnte man ziemlich genau feststellen, am Hand des Briefes, in welchem einige Worte fortgelassen sind, die einen deutlichen Hinweis geben, wer der Freund der Waggonfabrik in Görlitz ist. (Die Worte sind fortgelassen, um nicht zu deutlich den Empfänger des Briefes zu kennzeichnen.) Eigentümlich behauptet es, daß diese „befreundete“ Berliner Firma sich sonst den Arbeitern gegenüber gern den Anschein gibt, als ob sie die Ehrbegriffe der Arbeiter respektiert. Hier aber leistet sie Beihilfe dazu, daß anständige Arbeiter verleitet werden sollen, Verrat an ihren Kollegen zu üben, indem man ihnen den wahren Tatbestand verschweigt.

#### Erfolgreicher Mühlenarbeiterstreik.

Nach sechs wöchentlichem hartnäckigen Kampfe mit der Firma Kommel in Dillingen, einem Großbetrieb, ist es zu einem für die Arbeiter vorteilhaften Frieden gekommen. Auch diese Firma hatte es sich mit dem Export und der Verpflegung der aus Hamburg bezogenen Hingebücker viel Geld kosten lassen, die aus Anerkennung dafür sich gegenständig die Köpfe im Betriebe blutig schlugen; gemut haben aber die Streikbrecher nichts und sie ist offenbar froh, daß sie diese Weisheit nun los ist. Erreicht wurden Lohnerhöhungen von 1,20 M. bis 4,80 M. pro Woche.

### Ausland.

#### Der Londoner Streik.

London, 20. Juli 1912. (Eig. Ber.) Der ersaunliche Streik der Londoner Hafenarbeiter ist trotz der letzten Sonnabend von der Streikleitung einstimmig erlassenen Aufforderung an die Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, noch nicht beendet. Von 30 000 Streikenden wurde gestern in Massenversammlungen im Southwark Park heftig gegen den Beschluß der Streikleitung protestiert und einstimmig die Fortsetzung des Kampfes beschlossen. Dieser Vorfall beweist zur Genüge, daß die von den Organen der Scharfmacher eifrig auch heute noch kolportierte Nachricht, der Abbruch des Streiks werde nur durch einige Führer verhindert, eine plumpe Lüge ist. Die Führer hielten in den Massenversammlungen einen schmerzlichen Stand und entschuldigten ihr Manifest schließlich damit, daß es nur ein Versuchsballon sei, daß man die Mannschaften über die Wiederaufnahme der Arbeit habe befragen wollen, daß man der Öffentlichkeit habe beweisen wollen, daß es nicht einige Führer, sondern die Arbeiter selbst seien, die die Fortsetzung des Kampfes wünschten. Wenn das der Zweck des Manifestes war, so war es recht ungeschickt abgefaßt. Die Entschuldigung wird man kaum gelten lassen können. Zweifelslos waren die Führer Sonnabendnachmittag nach vierstündiger Beratung zur Ueberzeugung gekommen, daß eine Fortsetzung des Streiks zwecklos sei. Was sie zu der Herausgabe des Manifestes, in dem der Abbruch des Streiks angekündigt wird, bemog, ist nicht schwer zu erraten. Die Propaganda Havelock Wilsons zugunsten eines allgemeinen Streiks hat in den anderen Hafenstädten wenig Erfolg gehabt und die letzte Hoffnung schwand damit dahin. Bestimmend für den Beschluß wird auch die Tatsache gewesen sein, daß sich eine bedeutende Zahl Arbeitgeber privatim den Streikleitern gegenüber bereit erklärt haben, die vor dem Kampfe bestehenden Verträge einzuhalten. Heute morgen haben sich nur einige Hundert Arbeiter wieder zur Arbeit gemeldet. Es ist jedoch schwer einzusehen, wie sich eine allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit nach diesen Vorfällen noch lange wird hinauschieben lassen.

London, 31. Juli. (W. T. B.) Eine Massenversammlung der Reicherteute hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Es wurde ein Brief Lord Devenports verlesen, in dem er dafür garantiert, daß die früheren Abmachungen innegehalten werden, und erklärt, daß die Arbeitgeber gerecht und großmütig mit den Arbeitern zu verhandeln wünschten. Friedliche Arbeit sei das Hauptinteresse des Hafens. Er hoffe, daß der lange Streik enden werde, ohne Groll auf beiden Seiten zurückzulassen. Der Arbeiterführer Gosling erklärte, er sei davon überzeugt, daß Lord Devenport sein Wort halten werde.

#### Der konfessionelle Charakter der katholischen Gewerkschaften.

Rom, 29. Juli. (Eig. Ber.) Der Vorsitzende der „Wirtschaftlich-sozialen Vereinigung“, in der alle katholischen Gewerkschaften, Genossenschaften und Hilfskassen zentralisiert sind, Graf Albani, hat allen kirchlichen Organisationen ein zweifaches vom Hl. Stuhl inspiriertes Rundschreiben zugehen lassen, das diese Organisationen auffordert, ihren konfessionellen Charakter deutlich hervorzuheben. In dem Schreiben heißt es, daß oft an katholische Vereine das Ansehen geknüpft wird, sich an Zusammenkünften von parteilosem Charakter oder sogar an offiziell sozialistischen zu beteiligen. Verschiedene Zeitungen katholischer Richtung hätten sich zugunsten der Annahme derartiger Einladungen erklärt, was nur dazu führen könnte, Verwirrung in das katholische Lager zu bringen. Deshalb hielt es der Vorsitzende für seine Pflicht, noch einmal daran zu erinnern, daß die vom Hl. Stuhl ausgehende Leitung jedes Zusammengehens mit nichtkatholischen Vereinigungen widerrate, und erfolge dies Zusammengehens auch nur zu rein wirtschaftlichen Zwecken. Gelegentlich könnte zu einem bestimmten Zweck ein vorübergehendes Einberufen mit nichtkatholischen Institutionen stattfinden, nie aber ein dauerndes Zusammenarbeiten, wie es sich aus dem Beitritt zu Zentralverbänden oder Beteiligung an Kongressen ergeben würde.

Auch in wirtschaftlicher Beziehung bestände zwischen Katholiken und Nichtkatholiken ein grundlegender Unterschied. Für die anderen wäre das wirtschaftliche Selbstzweck, wenn es nicht gar politischen und Parteizwecken dienen soll; für die Katholiken ist es nur ein Mittel, um der Kirche und ihrem göttlichen Gründer Personen und Vereinigungen zurückzuerobren, um im Sinne des Papstes „instaurare omnia in Christo“.

Der Vatikan zeigt durch dieses Rundschreiben, daß er sehr wohl einseht, daß die Macht seiner Organisation in ihrer Geschlossenheit und Intelligenz liegt. Zu Kompromissen wird er sich erst entschließen, sobald diese ein Mittel darstellen, um das Leben der sich nur künstlich fortsetzenden konfessionellen Arbeiterbewegung zu verlängern.

## Aus Industrie und Handel.

#### Der kommende Zusammenbruch der chemischen Industrie.

Natürlich steht die chemische Industrie Deutschlands vor dem Zusammenbruch! Wachsen doch die Arbeiterorganisationen mehr und mehr, „schmälern“ sich dadurch doch die chemischen Dividenden, „verringern“ sich doch die heimlichen Millionenabschreibungen bei den chemischen Aktiengesellschaften mehr und mehr, werden doch die Lantienmen der Herren Aufsichtsräte und Direktoren dieser Unternehmen von Jahr zu Jahr „kleiner“. Wenn ein Arbeiter es trotzdem nicht glaubt, so mag er folgendes Brieflein vorfichtig und ruhig durchlesen. Es lautet:

Streng vertraulich!

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Berlin, bezw. sein sozialpolitisches Komitee, verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes, in dessen Zunahme und Wachstum er eventuell eine ernste Gefahr für die Prosperität der chemischen Industrie Deutschlands in der Zukunft erblickt. Zur Beurteilung der Frage, ob und inwieweit der Fabrikarbeiterverband auch in unserer speziellen Industrie vertreten ist, bitte ich Sie ergebenst, beifolgenden Fragebogen an Ihre Fabriken zu richten und mir die Antwort baldmöglichst zuzusenden zu wollen.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende der Vertreter, gez. Aufschläger.

Sehen wir nun zu, wie mit dem Wachstum des Fabrikarbeiterverbandes — seit 1906 — die Dividenden der chemischen Industrie-Aktiengesellschaften „gesunken“ sind. Das Bild sieht dann folgendemachen aus:

Aktiengesellschaft	1909	1910	1911
Dividende in Prozent			
Anilinfabrikation . . . . .	20	20	20
Albert, chemische Werke . . . . .	32	32	30
Anglo Cont. Guano . . . . .	6 1/2	7 1/2	7 1/2
Badische Anilin . . . . .	24	25	25
Budau, chemische Fabrik . . . . .	12	12	12
Chemische Industrie, Gelsenkirchen . . . . .	9	10	10
Egedorff, Salzwert . . . . .	10	12	13
Elsasser Farben . . . . .	45,3	25	25
Gerb- und Farbstoff Renner . . . . .	15	18	18
Griesheim-Elektron . . . . .	14	14	14
Grünau . . . . .	10	10	10
Heinrichshall, chemische Fabrik . . . . .	5	0	8
von Heyden . . . . .	10	12	14
Höchster Farbwerte . . . . .	27	27	30
Kristallfabrik . . . . .	16	16	16
Oranienburg . . . . .	8	5	8
Rheinische Gerbstoff . . . . .	15	18	18
Riedel . . . . .	12	12	12
Rügerwerke . . . . .	11	11	12
Saline Salungen . . . . .	7	7 1/2	7
Schering, chemische Fabrik . . . . .	10	12	13
Schulz jun . . . . .	28	28	28
Schüringer Salinen . . . . .	4 1/2	5	4
Weiler-et-Reer . . . . .	12	12	12

Dividenden von 10, 20 und 30 Proz., dazu die Abschreibungen, die nicht sichtbar sind, die Gewinne an Tochtergesellschaften resp. deren Aktien, die öffentlichen und geheimen Lantienmen und was sonst noch alles in Frage kommt. Ist es doch bekannt, daß die chemische Industrie eine der blühendsten Deutschlands ist, daß sie Zeiten schlechter Konjunktur so gut wie gar nicht kennt.

Würde in der chemischen Industrie jeder Arbeiter wirklich entlohnt wie es sich gehört, sie könnte nicht solche Wucherdividenden verteilen, die zu einem Teil doch nur durch die schrankenlose Ausbeutung der Industrieklassen ermöglicht werden.

## Letzte Nachrichten.

#### Eine neue südamerikanische Kapalgerei.

Washington, 31. Juli. (P. C.) Die kleine mittelamerikanische Republik Nicaragua ist schon wieder einmal der Schauplatz einer Revolution. Der Kriegsminister General Rena hat die außerhalb der Hauptstadt Managua gelegenen Forts besetzt und die schweren Geschütze gegen die Stadt gerichtet, um sie eventuell bombardieren zu können. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Kreuzer „Annapolis“ nach den nikaraguanischen Gewässern entsandt, um Leben und Eigentum der bedeutenden amerikanischen Kolonie in Managua und Masfield, dem Hauptausfuhrort der amerikanischen Obstexportgesellschaften, zu schützen.

#### Zugzusammenstoß auf der französischen Nordbahn.

Paris, 31. Juli. (P. C.) Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute auf der Nordbahn. Auf der Strecke Paris—Boulogne stießen bei Marquise-Ringent zwei Güterzüge infolge falscher Weichenstellung zusammen. Die beiden Lokomotivführer sind tot.

#### Hauseinsturz in Petersburg.

Petersburg, 31. Juli. Heute früh ist ein sechsstöckiger Neubau in der Dignoststraße eingestürzt. Die stürzenden Wollen und Deden begruben eine große Anzahl von Arbeitern, die dort gegen das ausdrückliche Polizeiverbot nächtigten. Die Feuerwehr beschäftigte sich bis zur Stunde mit den Rettungsarbeiten.

#### Von einem tollen Hund gebissen.

Krakau, 31. Juli. (P. C.) In Dombrowa wurden der Bezirkshauptmann Nadziel, dessen aus fünf Personen bestehende Familie sowie fünf andere Personen von einem an Tollwut erkrankten Hund gebissen. Alle Personen wurden in das Pasteurische Institut nach Krakau gebracht.

#### Ein neuer Nord der New Yorker Verbrecherbanden.

New York, 31. Juli. (P. C.) Eine neue Untat der Rabatten steht New York in Schrecken. James Verella, der Besitzer eines italienischen Kaffeehauses, wurde heute am helllichten Tage von zwei seiner Landsleute erschossen. Verella hatte den Banditen Dago Frank dem Staatsanwalt als Mischuldigen an dem an dem Spielfaßbesitzer Rosenthal verübten Mord angezeigt. Dago Frank war der Spitzname des Verbrechers, der italienischer Abkunft ist und das Bindeglied zwischen den größtenteils aus Galizien stammenden Rabatten und den Mitgliedern der italienischen Verbrechergesellschaften der „Schwarzen Hand“ bildete.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Nachklänge zu der Streikjustiz im Ruhrrevier.

Am Dortmunder Landgericht haben die beiden für die Aburteilung von „Streikfähen“ eingesetzten Sonderstrammern ihre Arbeit bekanntlich im wesentlichen erledigt. Es kommen aber noch allerhand „Nachklänge“.

Jetzt ist ein in einem Streikprozesse als Zeuge „arbeitswillig“ gewesener „Rühlicher“ unter der Anklage des wissentlichen Meineides, der schweren Körperverletzung und der wissentlich falschen Anschuldigung in Untersuchungshaft genommen. Der Arbeitswillige hatte angegeben, daß der streikende Bergmann Friedrich Heine dem Arbeitswilligen Joh. Böwer vor einer Wirtschaft mit einem Gummischlauch mißhandelt habe. Böwer selbst wußte nicht, wer ihn so mißhandelt; die Tat war am 10. April, mehrere Wochen nach Beendigung des Streiks, geschehen. Man schob aber alles, was „aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks“ geschähe, vor die Streikammer des Landgerichts. In der Verhandlung wollte der Zeuge Otto Hale nicht mehr so bestimmt angegeben haben, daß Heine der Täter sei, er wollte dies nur „angenommen“ haben. Der Mißhandelte sagte aber anders. Der angeklagte Streikende konnte leicht nachweisen, daß er zur Zeit der Tat ganz wo anders war und daß auch die sonstigen Angaben der arbeitswilligen Zeugen nicht stimmten. Hale bestritt unter Eid, daß er selbst den Böwer mißhandelt habe; indes wurde bereits in der Verhandlung festgestellt, daß beide Arbeitswillige außer Ernst kurz vor dem Vorfalle in einer anderen Wirtschaft einen Wortstreit gehabt und daß Hale dem anderen gedroht hat, daß er „noch Schläge bekommen“ werde.

Der Angeklagte wurde freigesprochen und dabei ausdrücklich betont, daß seine Anschuld erwiesen sei. Der Verteidiger hatte ausgeführt, es scheine sich um ein Vubenstäschlimmster und gemeinster Sorte zu handeln. Der Verdacht liege dringend nahe, daß Hale den Böwer selbst durchgehauen und dann, um frei wegzukommen, wider besseres Wissen den Streikenden beschuldigt habe. Die Staatsanwaltschaft werde untersuchen müssen, ob Hale einen Meineid gestiftet.

Jetzt ist der arbeitswillige Zeuge verhaftet. Damit scheint wenigstens über dieses eine nützliche Element das Verhängnis hereinzubringen. — Ist es verwunderlich, wenn Streikbrecher zu der Ansicht kommen könnten, daß ihnen ein solcher „Dreh“ bei den Streiksonderkammern leicht gelingen könnte?

Und noch über eine andere Aktion ist zu berichten. Die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ hat pflichtgemäß über das Wüten der Streikjustiz kritische Mitteilungen gemacht, die nicht überall gefallen haben. In der Nummer vom 20. Mai berichtete sie unter der Stichmarke: „Wieder was neues!“ über folgenden Fall. Durch „Johlen und Schreien“ und unter Zuhilfenahme von Topfbedeln sollten die Frau Wilh. Göge und ihre Tochter, die Näherin Henriette Göge in ihrer Wohnung einige Streikbrecher „begeißelt“ haben. Die „Rühlichen“ hatten nur Lärm gehört und die beiden Frauen am Fenster ihrer Wohnung gesehen. Ob die Frauen auch den Lärm gemacht, wußten sie nicht. Die Streikführerinnen erklärten, daß Kinder von einer Hochzeit erzählt und dabei auch demonstriert hätten, wie Ruff gemacht worden sei. Der Verteidiger kritisierte die „juristische Robbität“, nach der Frauen mit den Kindern, teils sie scherzten, vor die Streikammer wegen Verleumdung Arbeitswilliger gekommen waren. Bei sorgfältiger Arbeit hätte die Anklage nicht zustande kommen können. Das Gericht kam zur Freisprechung der beiden Frauen.

Kleines feuilleton.

Henri Fabres Freilicht-Laboratorium. Das ist's, was ich mir schon lange ersehnt habe, ein Stück Land, oh, nicht sehr groß, aber umzäunt, um nicht gestört zu werden, ein verlassenes, unbebautes, sonnenerfülltes Stück Land, günstig für Bienen und Disteln. So hebt der greise „Homer der Insekten“, Henri Fabre, einen Aufsatz in der „Daily Mail“ an, in dem er von der Erfüllung seines schönsten Wunsches, seinem Freilichtlaboratorium in Sérignan, spricht. Er erzählt, wie er sich danach geehrt, an einem solchen stillen Fleck sich ganz in das Leben und Kreiden der Insekten zu vertiefen, und wie schwer es ihm geworden sei, dieses bescheidene Lebensziel zu verfolgen im grimmigen Kampf ums tägliche Brot. „Nun ist mein Wunsch erfüllt. Etwas spät freilich, meine geliebten Insekten! Ich fürchte fast, daß der Kampf mir vom Schicksal erst dargeboten worden ist, da ich keine Bäume mehr habe, um ihn zu essen!“ Seine lebenshässliche Begier nach wissenschaftlicher Wahrheit hat ihn stets hingelenkt auf diese unendliche Welt des Kleinen. Aber wie lange hinderte ihn die Sorge ums tägliche Brot, diesem Probleme nachzuforschen! Endlich, endlich war es ihm gelungen, sich das langersehnte Laboratorium der lebenden Insektenkunde zu schaffen: das Stück Land, das er erworben in der Einsamkeit eines kleinen Dorfes. Hier hat sich Fabre eine blühende Wildnis geschaffen von Disteln, Tausendgüldenraut und vielen anderen Pflanzen, wie sie die Bienen und die Insekten lieben. Dieser verachtete Boden, den man keiner Saat für wert erachtet hat, der unfruchtbar dalag, er ist nun ein irdisches Paradies für die Bienen. Die mächtige Größe der Disteln und Flockenblumen lockt sie alle zu mir her von rings herum. Niemals in den reichen Erinnerungen meiner Insektenjagden habe ich eine so reiche Bevölkerung auf einem so kleinen Fleck gesehen; alle Arten haben sich hier ihren Treibposten eingerichtet. Da kommen sie alle, Jäger von mancher Art Wild, Wanzen, Weber von feinen Stoffen, Sammler von Stücken, geschnitten aus dem Blütenblatt einer Blume, Architekten, die Häuser bauen aus Pappdeckeln, Gipsarbeiter, die Mörstel mischen, Zimmerleute, Vergleute, die unterirdische Galerien graben und noch viele andere Arbeiter mehr. Hier ist einer, der die spinnwebartigen Stengel des gelben Tausendgüldenrautes abträgt und eine Angel von einer Art Watte sammelt, die er stolz davonträgt an den Spitzen seiner Ferkelwerkzeuge. Unter der Erde wird er dies Material in kleine Täschchen verwandeln, die seinen Vorrat von Honig und das G aufzunehmen sollen. Und die dort, die so eifrig sind im Blündern? Es sind lauschschneidende Bienen, die unter ihrem Bauch ihre schwarzen, weißen oder blutroten Schneideapparate tragen. Nun verlassen sie die Disteln, um die benachbarten Wälder zu besuchen, und schneiden hier von den Blättern ovale Stücke ab, in denen sie gar sorgsam ihre Ernte verpacken. Und die dort, gekleidet in schwarzen Samt? Das sind Mauerbienen, die mit Zement und Kies arbeiten. Wir könnten leicht ihre Maurerarbeit an den Steinen finden. Und die dort, die so lärmend summen im raschen Fluge? Es sind die Zimmererbienen, die in den alten Mauern und den sonnigen Bänken der Nachbarschaft leben.

Die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ schrieb in ihrem Bericht, ob es nun nicht ein Skandal sei, daß auf solche Vorgänge hin Anklagen erhoben würden? Vor dieser Landplage sei ja nun kein armer Teufel mehr sicher.

Das behagte dem Ersten Staatsanwalt beim Dortmunder Landgericht nicht. Am Dienstag hatte sich der verantwortliche Redakteur, Genosse Heupler, wegen öffentlicher Verleumdung des Ersten Staatsanwalts Friedheim zu verantworten. Man kam aber nicht weit. Vorsitzender der Ferienstrammern war nämlich derselbe Landgerichtsdirektor Dr. Hilgenstock, der auch Vorsitzender der zur Aburteilung der „Streikfähen“ eingesetzten Sonderkammer Ia gewesen war. Auch einer der amtierenden Richter hat der Kammer Ia angehört. Diese Kammer hat besonders von sich reden gemacht, weil sie gleich bei Beginn der Streikjustiz auch bei geringen Verleumdungen auf hohe Gefängnisstrafen erkannte. Hinzukam, daß die Streikammer Ia auch den Fall Göge verhandelt hat, wegen dessen Besprechung die Anklage erhoben wurde.

Der Angeklagte und sein Verteidiger lehnten die beiden Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Unser Genosse führte aus, daß die „Arbeiter-Zeitung“ wiederholt die Urteile der Sonderkammer Ia scharf kritisiert habe. Wo die jüngere Streikammer (Ia) auf Geldstrafe erkannt habe, habe es bei der anderen Streikammer Gefängnis gegeben. Auch über das Streikgebiet hinaus hätten die Urteile berechtigtes Aufsehen erregt. Weiter kämen die freundschaftlichen Beziehungen der Richter zur Großindustrie als Grund zu einer Besorgnis gegen eine Befangenheit der Richter in Betracht.

Der Verteidiger kündigte weiter an, daß sich die Beweis-erhebung selbstverständlich nicht auf den einen unter Anklage gestellten Fall beschränken könne, es solle vielmehr durch ein großes Material nachgewiesen werden, daß der Angeklagte mit Recht über die Art, wie die Anklagen zustande kamen, habe erbittert sein können.

Der Staatsanwalt meinte, daß die Anklagebehörde „höhere Interessen“ vertreten müsse. — Die rasche Justiz habe weitere Streikvergehen verhüten sollen.

Das Gericht fand einen Ausweg durch Vertagung der Sache bis wahrscheinlich nach den Gerichtsferien. Dann ist die Befragung der Kammer ohne eine andere. Andersfalls wird dann der Ablehnungsantrag erneut gestellt. Ob die Justiz Freude an diesem Prozeß haben wird, muß sich erst noch zeigen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag fand in Erfurt die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen-Grünrüd statt. Dem vom Kreisvorstand erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Organisation in den letzten Jahren recht erfreuliche Fortschritte im Kreise gemacht hat. Am Schlusse des Jahres 1909 wurden 1908 Mitglieder gezählt. Ende 1910 waren es 2435, 1911 schon 3130 und am 1. Juli 1912 war die Mitgliederzahl auf 4266 gestiegen, darunter 739 weibliche Mitglieder, die sich auf 11 Orte verteilen. Trotzdem bleibt noch ein gewaltiges Arbeitsfeld zu bearbeiten, wenn man bedenkt, daß im Kreise 12 200 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden sind und bei der verflochtenen Reichstagswahl 23249 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Die „Arbeiter-Jugend“ hat im Kreise 662 Abonnementen. Das Parteiorgan, die „Tribüne“, gewann 2000 bleibende Abonnementen. Im Berichtsjahre wurden in den Ortsgruppen 265 Versammlungen abgehalten, während der Reichstagswahlbewegung außerdem noch 139 Versammlungen, darunter 12 unter freiem Himmel; insgesamt wurden rund 390 000 Flugblätter und Broschüren sowie 12 000 Kalender im Kreise verteilt. Die Zahl der Gemeindevertreter erhöhte sich von 36 auf

Rampf und Fortpflanzung dieser kleinen Welt find, mit der Landwirtschaft und Philosophie so ernsthaft zu rechnen haben?“

Der Tempel Robert Kochs in Japan. Ein Beweis für die hohe Verehrung, die die Japaner Robert Koch entgegenbringen, ist der Tempel, der ihm im Garten des Instituts für Infektionskrankheiten in Tokio errichtet wurde. Näheres von diesem eigenartigen Denkmal erzählt Prof. Dr. Shiga in der Umschau. Der aus schönem japanischem Holz erbaute Tempel trägt an der Vorderseite ein Bildnis Kochs; in den steinernen Unterbau ist ein Kupferlästchen eingemauert, das eine Anzahl von Kochs Hauptlebensereignisse enthält. Haare gelten nämlich nach alter japanischer Sitte als ein ewig unverändert bleibendes Andenken. Ueberhaupt steht die Errichtung des Tempels im engsten Zusammenhang mit dem Ahnenkult der Japaner, die den Geistern großer Männer für die durch sie geschaffenen Wohltaten ewig dankbar sind und göttliche Verehrung darbringen. Diese Verehrung des Genies wird durch eine hübsche Episode, die Koch bei seiner Anwesenheit in Japan erlebte, bezeugt. Der große Forscher erkrankte in dem berühmtesten Tempel der alten Residenzstadt „Kara“ eine Figur des „Jalufsi“; als er hörte, daß diese den „Gott der Medizin“ darstelle, wollte er näheres erfahren, aber der Priester entgegnete kurz und bündig: Dies ist der „Jalufsi der Vergangenheit“ aus Indien; wir haben aber augenblicklich die Ehre, den „Jalufsi der Gegenwart“ vor uns zu sehen.

Die Weltreise des Motorschiffs. Das Motorschiff „Selandia“ hat jetzt auf seiner Weltreise bereits über 35 000 Kilometer zurückgelegt und zwar mit einer Ladung von 9300 Tonnen. Dieser Erfolg kam den Anfang einer neuen Ära im Weltverkehr bedeuten, da die schnelle Vermehrung der Motorschiffe dadurch fast zu einer Selbstverständlichkeit wird. Die Vorteile sind gegenüber den Dampfschiffen so groß, als daß diese Folge ausbleiben könnte. Die „Selandia“ hat nach einem Bericht des „Engineer“ einen Verbrauch an Brennstoff von nur neun Tonnen für 24 Stunden erfordert und zur Bedienung der Maschinen waren zehn Mann und drei Jungen notwendig. Dabei wurde von den Anprüfungen an Manövriertätigkeit und Zuverlässigkeit des Schiffes durchaus nichts nachgelassen. Die „Selandia“ ist nunmehr von Vangol in England wieder eingetroffen. Sie hat auf dieser weiten Reise oft böses Wetter zu bestehen gehabt, so daß auch in dieser Hinsicht die Maschinen eine volle Probe bestanden haben. Im ganzen wurden 16 Häfen angelaufen. Selbstverständlich ist dies die längste Reise, die bisher je von einem Motorschiff zurückgelegt worden ist. Die Maschinen wurden während dieser Reise nur zweimal einer gründlichen Prüfung unterzogen, die Kolbenringe und Zylinder fanden sich vollkommen rein. Ebenso tadellos bewährten sich die Auslassventile, und damit war gleichzeitig der Beweis geliefert, daß die Zuführung des Brennstoffes ohne Fehler vor sich ging. Nur in den Hilfsvorrichtungen zum Schmieren und zur Kühlung der Maschinen haben sich einige Verbesserungen als nützlich erwiesen, die sich aber auch weniger auf die Konstruktion als auf die Größenbemessung beziehen. Der Viertaktmotor hat sich also im ganzen glänzend bewährt. Es wird sich bei weiterer Ausbreitung des Verdunstungsmotors für den Weltverkehrsverkehr nur noch darum handeln, daß in hinreichender Weise für die Möglichkeit, den Brennstoff an einer genügenden Zahl von Plätzen zu ergänzen, Sorge getragen wird. Für die Jungferntour der „Selandia“ waren in dieser Hinsicht besondere Maßnahmen vorbereitet worden, die

46, außerdem gehören in Erfurt 2, in Suhl 5 Genossen der Stadtverordnetenversammlung an. Der Kassendirektor bezeichnet an eigenen Einnahmen der Kreisliste 10 300,06 M., für den Wahlfonds wurden im ganzen Kreise seit Beginn der Sammlungen 12 608,75 M. gesammelt.

Eine lange Debatte verursachten auf der Kreisgeneralversammlung die Anträge des Kreisvorstandes und der Kontrollkommission, die Beiträge im Monat um 10 Pf. bzw. um 15 Pf. zu erhöhen zwecks Anstellung eines Kreissekretärs. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt. — Auf dem deutschen Parteitag in Chemnitz wird der Kreis durch den Reichstagsabgeordneten Genossen Heinrich Schulz (Berlin) vertreten. — Ueber den neuen Entwurf zum Organisationsstatut referierte Genosse K. Reichhaus, Mitglied der in Jena gewählten Revisionskommission. Nach ihm sprach Genosse Schulz. Beide Redner faßten ihre Ansichten in der folgenden Resolution zusammen:

Die Kreisgeneralversammlung lehnt den Pariausschuss in der vorgeschlagenen Form ab. Sie tritt für einen aus 9 Genossen bestehenden Beirat (als unbesoldete Mitglieder des Kreisvorstandes) ein, der auf Grund eines Wahlvorschlages aus allen Bezirken vom Parteitag zu wählen ist. Der Beirat hat das Recht, an allen Sitzungen des Parteivorstandes, in denen nicht nur Verwaltungsangelegenheiten erledigt werden, teilzunehmen. § 19 des Organisationsstatuts bleibt unverändert bestehen. Mit der Erhöhung der Beiträge und der Anstellung eines Sekretärs ist die Kreisgeneralversammlung einberufen.

Dieser Resolution wurde zugestimmt. Als Kandidat für den eventuell vom Parteitag akzeptierten Wahlausschuss wurde Genosse Schulz aufgestellt. — Zum Kreisvorsitzenden wurde Genosse Kitz wiedergewählt.

Eine außerordentliche Generalversammlung des 8. hannoverschen Wahlkreises (Hannover-Linden) beschloß nach mehrstündiger Debatte die Einführung des Delegierten Systems für die Generalversammlungen. Der Verein zählt gegenwärtig über 18 000 Mitglieder.

Gegen das Delegierten System wandten sich die Wortführer einer starken Minderheit, die darin eine Verletzung des demokratischen Prinzips und eine Entrechtung der Wahlvereinsmitglieder erblickten, weil diesen dadurch die Entscheidung über Parteiangelegenheiten entzogen und in die Hände einer kleinen Anzahl Delegierter gelegt werde. Die Redner der für das Delegierten System eintretenden Mehrheit betonten demgegenüber, daß gerade durch den heutigen Zustand die Mitglieder entrechtet und das demokratische Prinzip verletzt werde, weil die Generalversammlungen immer nur eine kleine und allen Möglichkeiten wechselnder Zusammensetzung unterliegende Gruppe der 18 000 Mitglieder darstellten, die niemals auch nur annähernd an der Generalversammlung teilnehmen könnten; insbesondere seien davon die Parteigenossen in den Landorten wegen ihrer Entfernung (bis 8 und mehr Kilometer) und wegen der Verkehrsschwierigkeiten so gut wie ausgeschlossen.

Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Schweinfurt-Haßfurt-Ebern tagte Sonntag in Schweinfurt. Anwesend waren 20 Delegierte, 7 Vorstandsmitglieder und 1 Vertreter des Gauvorstandes. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht konstatierte ein erfreuliches Fortschreiten der Parteibewegung auch in diesem Wahlkreise. Die im vergangenen Herbst stattgefundene Gemeindevahl brachte einen Zuwachs von 5 Mandaten, wodurch auch eine Vertretung der Arbeiterschaft im Magistrat gesichert wurde. Bei der Reichstagswahl stieg unsere Stimmzahl von 3121 im Jahre 1907 auf 5602 im Jahre 1912. Der Stimmenzuwachs betrug 2481, während die Liberalen 2017 und das Zentrum trotz der strupellosten Agitation 182 Stimmen verloren. Das letztere stieg mit 10 438 Stimmen noch fest im Sattel. Zum ersten Male kam die Sozialdemokratie in dem Wahlkreise in Stichwahl, wobei auf unseren Kandidaten 6870 Stimmen sich vereinigten, während das Zentrum mit 11 859 Stimmen nochmals siegte. Mit dem vom Landesvorstand mit den Liberalen abgeschlossenen Kompromiß bei den letzten Landtagswahlen war die Generalversammlung nicht einberufen, da der Schwein-

bei gewöhnlichen und häufigeren Fahrten in Fortfall kommen müssen.

Die verkehrsreichsten Straßen der Welt. Den stärksten Straßenverkehr hat, wenigstens für fünf Tage — von Montag früh bis Sonnabend mittag — das Viertel der Londoner City, das von der Börse, der Bank von England und dem Mansion House begrenzt wird. Dort passieren tagtäglich 600 000 Fußgänger und 50 000 Wagen, und die Zahl der Fußgänger beträgt pro Stunde 45 000 bis 50 000 Personen. Was die anderen Großstädte Europas betrifft, so sind die verkehrsreichsten Punkte die Friedrichstraße in Berlin, die durchschnittlich pro Stunde 30 000 Fußgänger und pro Tag 300 000 passieren, der Graben in Wien, auf dem täglich 275 000 Personen gezählt werden, und der Wladimirskipropekt in Petersburg, den pro Tag rund 300 000 Menschen passieren. Den ersten Platz mit Bezug auf den Wagenverkehr und den zweiten mit Bezug auf den Personenverkehr nimmt in Europa aber der Opernplatz in Paris ein, den Tag für Tag ein Strom von 68 000 Wagen und 450 000 Fußgänger durchflutet. 350 000 Personen bevölkern in den 24 Stunden des Tags und der Nacht die Puerta del Sol in Madrid, in die 10 große Straßenzüge münden. New-York übertrifft indessen mit seinem Verkehr und dem Broadway den verkehrsreichsten Großstädte um ein beträchtliches. Zwar bleibt die Tagesziffer der dort passierenden Fußgänger unter dem Niveau von 500 000, dafür beträgt aber die Zahl der Personen, die in Automobilen und Straßenbahnwagen ihren Weg über die Hauptverkehrsstraße New-Yorks nehmen, mehr als 700 000.

Notizen.

Die Kinder. Drei Kinder aus den verschiedenen Wohnungen eines herrschaftlichen Hauses treffen in dem gemeinsamen Entree zusammen. Uff, die Tochter des in der dritten Etage des Vorderhauses wohnenden Geheimrats Plenk sagt: „Die Kinder bringt der Storch, das weiß ich genau!“ Moz, der Sohn des Bankiers Silberstein aus der ersten Etage erwidert belehrend: „Rein, das ist nicht wahr, die verkreicht der Erz!“ Ferdinand, der Sohn des Portiers, meint bedrückt: „Meine Eltern sind so arm, die machen sie sich selber!“

Auf nach Müritz. Das Döfsebad Müritz, in Mecklenburg gelegen, schied einen Prospekt heraus, der anzeigt, welcher Trefflichkeiten sich dieser blühende Ort rühmen darf: die schöne Lage, die heranwachsenden Wellenberge, ein Bild, sagt der Prospekt, „von unbeschreiblich grotesker Schönheit“, der Komfort — und so. Hinten aber, auf der letzten Seite des Wälzweins, prangt ein Bild:

Großherz. Strandpavillon, genannt Teichhaus. Verlobungsstätte des deutschen Kronprinzenpaares.

Und für eine solche Sehenswürdigkeit wird nicht einmal Entree erhoben!

Pflanzliches Eisenbein. Man findet in Geschäften oft Gegenstände aus einem Material, die man ohne weiteres für Eisenbein hält. Es ist indessen nur ein Surrogat und nichts anderes als der Eiweißkörper der Frucht eines der Familie der Palmen angehörenden Baumes. Das Fleisch dieser Frucht, das anfangs weich ist, erhärtet an der Luft rasch und nimmt das Aussehen des echten Eisenbeins an. Neuerdings ist erst wieder eine neue Quelle dieses pflanzlichen Eisenbeins in den Wäldern des französischen Sudans entdeckt worden.



weiter Landtagswahlkreis für die Sozialdemokratie reif gewesen sei und trotzdem den Liberalen zugesprochen wurde.

Im Berichtsjahre wurden 148 Versammlungen abgehalten, 108 000 Flugblätter und 11 000 Broschüren verteilt. Die Mitgliederzahl stieg infolge der großen Fluktuation der Arbeiterschaft nur um 227 auf 1513. Die gleiche Entwicklung zeigt auch die Presse. Die Jugendorganisation steigerte ihre Mitgliederzahl von 40 auf 96. Allgemein wurde die Tätigkeit des Bürgerrechtsvereins anerkannt, dem die Erfolge bei der letzten Gemeindevahl in der Hauptstadt zu verdanken war. Die Einnahmen betrugen 9666,08 Mark, die Ausgaben 8428,98 M., es verbleibt somit ein Kasseebestand von 1237,10 M. Die Kosten der Reichstagswahl bestanden sich auf 4388,31 M. Als Delegierter zum deutschen Parteitag wurde Genosse Kupfer gewählt, zum bayerischen Parteitag wurden die Genossen Band und Beiler delegiert. Ein Antrag der Vorstandschaft, den Beitrag von 80 auf 40 Pf. zu erhöhen und einen Parteisekretär anzustellen, wurde einer nach den diesjährigen Parteitag einzuberufenden Generalversammlung zur Entscheidung überwiesen. Der Delegierte zum deutschen Parteitag wurde beauftragt, gegen die Erhöhung des Grundbeitrages und für die Schaffung des Parteiausschusses zu stimmen. Ferner wurde den Delegierten dringend empfohlen, für die Verbreitung des bayerischen Wochenblattes tätig zu sein.

Der sozialdemokratische Verein für die Wahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land veröffentlicht seinen Jahresbericht als Broschüre. Im verflochtenen Geschäftsjahre stieg die Mitgliederzahl von 6143 auf 8174, also um 2031; darunter befanden sich 897 weibliche Mitglieder gegen 588 am Anfang des Geschäftsjahres. Die Zahl der männlichen Mitglieder bedeutet nur 17 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler. Die Aufnahme neuer Mitglieder betrug 4741 Personen; es schieden aus durch Wegzug 2910, es traten aus 101 und gestrichen wurden wegen Unterlassens der Beitragszahlung 188 Personen. Für die allgemeine Agitation wurden 146 000 Broschüren und Flugblätter, 418 000 Aufzettel und 5615 Plakate, für die Frauenagitation 45 700 Broschüren und Flugblätter, für die Reichstagswahl 51 Flugblätter in einer gesamten Auflagezahl von 1 888 400 Stück, 39 000 Broschüren und 800 000 Exemplare der „Rheinischen Zeitung“ verbreitet; für die Stadtbewohnertwahl wurden weitere 265 000 Flugblätter herausgegeben. Bei der Reichstagswahl wird relativ kein Wahlkreis in Deutschland so viel Flugblattagitation getrieben haben, als Köln-Stadt. Der Erfolg war die glänzende Eroberung des deutschen Roms. Die Stimmen der Reichstagswahl betrugen 20 961 M., die der Stadtbewohnertwahl 5325 M. — Die Gesamteinnahme des Vereins betrug im verflochtenen Geschäftsjahre 63 445,37 M., die Ausgabe 63 478,11 M. Das Vermögen des Vereins betrug 4028 M.

Der Reichstagswahlkreis Aachen-Land hielt am Sonntag in Aachen eine sehr gut besetzte Kreisversammlung ab. Vorsitzender der Kreisorganisation, Genosse Weich, erörterte den Bericht über das verflochtene Geschäftsjahr. Das Jahr stand im Zeichen des Reichstagswahlkampfes. Die Organisation hat in diesem Wahlkreise, der zu den Hochburgen des Zentrums gehört, einen tüchtigen Aufschwung genommen. Die Einnahmen betrugen 4101,41 M. Die Reichstagswahl verursachte ein Ausgabe von 1933,70 M., für die allgemeine Agitation wurden verwendet 448,50 M., für die Verwaltung machte sich eine Ausgabe von 520 M. notwendig, der Parteiaufschuß wurden 391,74 M., der Kassee des Agitationskomitees für den Oberrhein 298,80 M. übersandt. Es verblieb ein Kasseebestand von 330,15 M., von dem 200 M. auf Beschluß der Konferenz dem neuen Wahlfonds überwiesen werden sollen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 610 männlichen und 90 weiblichen auf 685 männliche und 45 weibliche. Im ganzen Berichtsjahre wurden 883 Mitglieder neu aufgenommen, von denen viele jetzt wieder abgereist sind. (Die Fluktuation in diesem Grenzwahlkreise ist sehr erheblich.) Außerordentliche Erfolge wurden bei der Reichstagswahl errungen. In den einzelnen Industrieorten waren ganz erhebliche Steigerungen unserer Stimmengahlen zu verzeichnen, in manchen Orten verdoppelte sich unsere Stimmengahl (in Eschweiler stieg sie von 400 auf 800, in Birtscheid von 400 auf 700, in der Zentrumsfesten Würfelen sogar von 120 auf 400 usw.). Der Reichstagswahl war eine sehr lebhaft Agitation vorausgegangen. So waren 178 000 Flugblätter, 3000 Broschüren verbreitet worden, 2800 Plakate waren zum Aushang gekommen. Ferner wurden im Berichtsjahre abgehalten 38 öffentliche Volksversammlungen, 89 Mitgliederversammlungen, sowie 4 kombinierte Sitzungen und 33 Vorstandssitzungen.

Die Konferenz wählte dann zum Kreisvertrauensmann den Genossen Weich wieder. Von der Besichtigung des Parteitages deschlöß man Abstand zu nehmen, trotzdem aus der Mitte der Konferenz lebhaft für eine Besichtigung gesprochen worden war. Für den Parteiaufschuß wurde Genosse Hofrichter-Köln vorgeschlagen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrunn hielt am 28. Juli seine Generalversammlung ab. Nach dem Kasseebericht betrugen die Reineinnahmen im verflochtenen Geschäftsjahre 22 364,16 M., die Ausgaben 24 945,01 M. Am 30. Juni war noch ein Kasseebestand von 1158,00 M. vorhanden. Die Mitgliederzahl stieg von 6708 (davon 500 weibliche) am 30. Juni 1911 auf 7142 (davon 611 weibliche) am 30. Juni 1912. Den 17 287 sozialdemokratischen Stimmen bei der Wahl 1912 stehen also 37,78 Proz. organisierte Genossen gegenüber. Das Parteigebäude hat sich gut entwickelt. Die Zahl der „Volksmacht“-Abonnenten beträgt rund 18 000, der Kreis zählt 10 700 Flugblätter und Broschüren wurden 21 000 verbreitet, ferner 23 000 Exemplare der „Volksmacht“, 8 öffentliche und 132 Mitgliederversammlungen fanden statt. In den 20 Ortsgruppen besitzt der Verein Bibliotheken mit insgesamt 3762 Büchern. Der Bildungsausschuß veranstaltete einen Vortragskursus über „Der Mensch in der Vorzeit“. Daran nahmen von 432 Personen im Durchschnitt 249 teil. Außerdem fanden noch 11 wissenschaftliche Vorträge statt. Der Aufschuß vereinnahmte 1452,75 M. und verbrauchte 1401,06 M. Neben diesen Veranstaltungen fanden noch 15 Theateraufführungen und 2 Puppentheaterabende statt. Für Bildungszwecke wurden insgesamt 11 220,25 M. eingenommen und 10 834,05 M. ausgegeben. Die „Arbeiter-Jugend“ hat über 400 Abonnenten.

Als Reichstagskandidat wurde einstimmig der Genosse Sebering wieder aufgestellt. In einem Vortrage sprach Genosse Sebering seine Zustimmung zu dem Wahlkommen aus, er erklärte sich für die Anwesenheit der gesamten Reichstagsfraktion auf dem Parteitage und für den vorgeschlagenen Parteiaufschuß. Folgende Anträge wurden angenommen:

Die Generalversammlung erklärt sich gegen die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages, da eine solche zurzeit die Entwicklung der politischen Organisation gerade in den ländlichen Wahlkreisen nur hemmen würde.

Die Generalversammlung betrachtet es als unerlässlich, daß in dem zu bildenden Parteiaufschuß dem Bezirk „Ostfälisches Westfalen und Lippsche Fürstentümer“ eine selbständige Vertretung zugesichert wird.

Außerdem ein Antrag, wonach die Resolution des Leipziger und Magdeburger Parteitages betr. den Schnapsbottel erneuert werden soll.

Zum Parteitag entsendet der Kreis vier Delegierte.

### Ferri und die reformistische Partei.

Rom, 29. Juli. (Sig. Ver.) In der „Provincia di Mantova“ veröffentlicht der Abgeordnete Enrico Ferri einen längeren Brief, in dem er sich mit seinen Wählern über seine Stellung zur neuen reformistischen Partei auseinandersetzt. Ferri erklärt, daß er schon in den letzten Jahren Vissolatis Haltung gebilligt habe, weil er sie im Einklang findet mit der neuen politischen und sozialen Lage Italiens. Früher hätte er es für nötig gehalten, daß das Proletariat unabhängig von allen anderen Parteien vor-

ginge, weil es damals noch nicht die nötige Kraft besaß. Heute hätte das Proletariat in seinen Gewerkschaften und Genossenschaften die Mittel genug, um einen weitgehenden politischen Einfluß auszuüben, weshalb Ferri jetzt die Bündnispolitik für ungefährlich und angesehen der allgemeinen Demokratisierung des Landes, für nützlich halte. Deshalb billige er heute die von Turati und Vissolati im Jahre 1900 begonnene reformistische Politik, die er, Ferri, damals bekämpfte, weil sie verfehlt war. Im übrigen erklärt Ferri, die Parteispaltung zu beklagen, meint aber, daß ihr Schaden durch die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung wieder gut gemacht würde. Er persönlich trete der neuen Partei nicht bei, wäre aber immer bereit, jede ihrer Forderungen in und außerhalb des Parlamentes zu unterstützen, „soweit sie sich die Aufgabe stellt, die wirtschaftliche, moralische und politische Lage der Arbeiter im Einklang mit den materiellen und moralischen Interessen jeder anderen sozialen Klasse zu heben, als geschichtliches und fortschrittliches (sic!) Ergebnis des kulturellen Weltfortschritts im öffentlichen Leben“. Nach dieser Vorführung einer neuen Spielart des Klassenkampfes rät Ferri all seinen Freunden, der neuen reformistischen Partei beizutreten, wenn ihnen ihre Ueberzeugung oder die lokalen Verhältnisse das Verbleiben in der offiziellen Partei unmöglich machen.

Es ist wirklich schade, daß Ferri den Reformisten nicht den Streich gespielt hat, in ihre Organisation einzutreten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Wann ist eine Mitgliederversammlung eine öffentliche Versammlung.

Im Winter 1911 hielt der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Königsberg (Land)-Fischhausen, Arbeitersekretär Genosse Krüger, in Fischhausen eine Mitgliederversammlung des Vereins (Bezirk Fischhausen) ab. Die Polizeibehörde sandte einen Beamten zur Ueberwachung, der sich trotz Aufseherung nicht entfernte. Genosse Krüger erhielt dann einen Strafbefehl wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung. Das Schöffengericht in Fischhausen hob den Strafbefehl auf und sprach den Genossen Krüger frei, da es sich nicht um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe. Es seien nur die Mitglieder durch brieflich zugesandte Einladungen eingeladen worden. Zwar seien einige Nichtmitglieder anwesend gewesen (die Polizei hatte ganze zwei festgesetzt), aber das mache die Versammlung noch nicht zu einer öffentlichen. Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Berufung ein und die Strafkammer in Königsberg unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Karnak verurteilte den Genossen Krüger zu 9 M. Geldstrafe. Zur Begründung führte der Vorsitzende folgendes aus: Die Versammlung sei zwar eine Mitgliederversammlung gewesen und es seien nur die Mitglieder des Bezirks Fischhausen eingeladen worden. Die Mitglieder hätten aber ihrerseits wieder andere, dem Verein nicht angehörige Personen eingeladen und diese hätten auch ohne weiteres zur Versammlung Zutritt gehabt, da keinerlei Kontrolle über die Mitgliedschaft der Erschienenen ausgeübt worden ist. Das Gesetz schreibe zwar nicht vor, daß eine Kontrolle ausgeübt werden müsse, aber in diesem Falle müsse angenommen werden, daß es dem Angeklagten gerade darum zu tun war, möglichst viele Nichtmitglieder in die Versammlung zu bekommen. Die Versammlung habe sich mit der Reichstagswahl beschäftigt und zu der Zeit hätten alle Parteien den Wunsch gehabt, möglichst weite Kreise in ihre Versammlungen zu ziehen. Das treffe auch auf diese Versammlung zu und deshalb habe der Angeklagte von vornherein die Versammlung nicht auf die Kreise der Mitglieder beschränken wollen, sondern jeder, der gekommen wäre, hätte Zutritt gehabt. Es sei also ein öffentliche Versammlung gewesen und der Angeklagte ist zu bestrafen.

Preisfrage: Wann ist eine Mitgliederversammlung eine Mitgliederversammlung?

### Soziales.

#### Angünstigte Verzichtleistung auf einen Teilbetrag des Lohnes bei der Entlassung.

Im Berliner Schneidergewerbe (Herrenmohlschneider) besteht ein alter, aber schlechter Brauch, dem Arbeiter oder der Arbeiterin bei der Entlassung einen Revers vorzulegen, wonach sie durch ihre Unterschrift anerkennen sollen, an die Firma keine Lohnansprüche mehr zu haben. Dies geschieht in der ausgesprochenen Absicht, sich vor der Klage wegen der Lohnrückstände zu schützen. Schon früher haben die örtlichen Vorstände, soweit ihnen derartige Verzichtserweise vorgelegt wurden, diese ständig auf die Seite geschoben. Es wurde immer geprüft, ob der Arbeitgeber dem Arbeiter noch etwas schuldet, eine etwaige gegenseitige schriftliche Erklärung wurde nicht beachtet, weil der Arbeiter diese doch nur hergab, um wenigstens einen Teil seines Lohnes zu erhalten.

Im neuen Vertrag ist nun der Arbeitsvertrag dahin kommentiert: „Wird von einem Arbeiter bei der Entlassung, obwohl er noch Ansprüche an die Firma hat, die Unterzeichnung eines Reverses verlangt, wonach er keine Ansprüche mehr haben soll, so hat die Unterzeichnung keine rechtliche Wirkung.“

Jüngst hat nun der Schneidemeister Hoffmann, (Coblenzstraße 2) einem Arbeiter einen solchen Revers vorgelegt, nachdem er ihm statt 33,05 M. nur 19,50 M. ausbezahlt hatte. Der Revers wurde auch von dem Arbeiter unterschrieben. Auf Anfrage der Ortsverwaltung, wie er die Differenz erklären wolle, bezog er sich auf dem Revers. Es wurde nun Klage beim Innungs-Schiedsgericht erhoben. Dies nahm mit Recht den Standpunkt ein, daß der erwähnte Revers keine rechtliche Wirkung habe, weil das im Arbeitsvertrag ausdrücklich hervorgehoben ist.

### § 63 G. U. B.

Der Behauptung in der „Verächtigung“ des Besitzers des Kaufmannsgerichts, Inhaber der Firma Herrn. Baum Sohn, seinem Antrag auf Hinterlegung sei entgegen unserer Darstellung stattgegeben, sind wir nachgegangen. Das Resultat ist, daß auch unsere nach dieser Richtung aufgestellte Behauptung völlig zutrifft. Die Sache liegt folgendermaßen: Nach dem Kaufmannsgerichtsgesetz unterliegen Urteile mit einem Objekt unter 300 M. nicht der Berufung. Sie sind also unanfechtbar und können nach Urteilsausfertigung sofort vollstreckt werden. Dieser Modus hat wegen der Schnelligkeit der Abwicklung des ganzen Verfahrens einen sehr großen Vorteil. Gestiften, die über 300 M. zu fordern haben, glauben öfter, sich die Berufungsmöglichkeit dadurch zu sichern, daß sie erst einen Teilbetrag, der 300 M. nicht erreichen darf, einlagen. Sie erlangen auch ihren Zweck, wenn der verlorene Prinzipal keinen Einspruch dagegen erhebt. Letzterer kann aber „Aufrollung“ beantragen, und dann ist der Kläger verpflichtet, seine gesamte Forderung geltend zu machen. Will sich dann der Angeklagte die Berufungsmöglichkeit sichern, dann bleibt ihm nur noch Ermächtigung seiner Forderung unter 300 M. übrig.

Auf der anderen Seite wird auch jeder Versuch seitens der Prinzipale, die Forderung künstlich zu erhöhen, um sich die Berufung zu sichern, von den Gerichten zurückgewiesen. So erhob Herr Baum, als ihn eine Verkäuferin auf Zahlung von 90 M. Gehalt für Freiheitszeit verklagte, eine Widerklage in Höhe von 380 M. Er sei durch das Fehlen der Verkäuferin um das Vierfache ihres Verdienstes geschädigt worden. Die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts kam zur Beurteilung des Beklagten B. und gleichzeitiger Abweisung der Widerklage. Dem Antrage, die Vollstreckung gegen Hinterlegung abzuhängen, wurde vom Kaufmannsgericht nicht stattgegeben, so daß das von der Verkäuferin erstrittene Urteil vollstreckbar ist.

### Einführung der Schulzahnpflege.

In Göttingen hat infolge einer Vereinbarung mit dem Magistrat der zahnärztliche Verein durch seine fünf jüngsten Mit-

glieder die Schulzahnpflege in den Volksschulen und der Waisenhauschule übernommen. In der Waisenhauschule (Kinderbewahranstalt) wird die Zahnpflege vollständig kostenlos ausgeführt. In den Volksschulen wird mit dem jüngsten Jahrgange begonnen und die Zahnpflege dann allmählich aufsteigend für alle Klassen eingeführt. Die Stadt zahlt an den zahnärztlichen Verein für jedes Kind, das behandelt wird, 1 M., sofern die Eltern denselben Betrag zahlen. Für den Betrag von 2 M. pro Kind übernehmen die Zahnärzte die gesamte zahnärztliche Behandlung der Kinder einschließlich der Zahnfüllungen, nur etwaiger künstlicher Zahnersatz muß besonders honoriert werden. Die Einrichtung wird vorerst etwa 700 Knaben und Mädchen zuteil.

### Recht?

Der Schloffer G. S. aus Berlin fiel Anfang August 1909 bei der Arbeit von einem 1 1/2 Meter hoch über dem Erdboden befindlichen Brett herab und zog sich eine starke Quetschung beider Hoden zu. Der Hodensack war schwarz verfärbt und bis Kniescheitelgröße geschwollen. Patient mußte zunächst drei Wochen das Bett hüten. Als er dann zum ersten Male außer Bett war, bekam er plötzlich Kopfschmerzen beiderseits oben auf dem Scheitel und ein „föperliches Angstgefühl“. Es war keine bestimmte Angst, sondern eine unklare Anspannung, „als wenn man was verbrochen hätte und was befürchten müsse“. Ferner hatte er sofort beim Verlassen des Bettes einen Schwindelanfall. Die Kopfschmerzen wiederholten sich dann täglich. Im Laufe der nächsten vierzehn Tage wurden die Anfälle geringer, verschwanden jedoch nicht ganz. Im März 1910 suchte er wieder ärztliche Hilfe wegen Schmerzen im Nucleus und wegen Zunahme der bereits seit dem Unfall bestehenden Hodenschmerzen nach. Trotzdem arbeitete er bis Juli. Als aber die Schmerzen schlimmer wurden, meldete er sich krank. Bei der Berufsgenossenschaft erhobene Entschädigungsansprüche lehnte diese nach einem Gutachten des Vertrauensarztes Dr. Frank ab. Der Arzt meinte, bei dem Verletzten eine beginnende Rückenmarkserkrankung — Tabes — festgestellt zu haben, die nicht im Zusammenhang mit dem Unfall liege. Zum gleichen Ergebnis kam auch der vom Schiedsgericht gehörte Nervenarzt Dr. Leppmann. Das Schiedsgericht wies am 10. April 1911 die Berufung zurück. Zwei andere im Verfahren gehörte Ärzte, Dr. Lipschütz und Dr. Engel, hatten die Tabes bestritten und traumatische Nervenkrankung angenommen. Auch Professor Jakobsohn und Privatdozent Dr. Cassierer, an die sich der Kläger noch gewandt hatte, konnten von einer Tabes nichts entdecken. Das vom Kläger angerechnete Reichsversicherungsamt holte ein Gutachten von der Nerven-Klinik der königlichen Charité ein, die zu dem Schluß kam, daß ein Rückenmarkleiden bei G. nicht vorliege, sondern eine Neurosthenie mit leichten hysterischen Symptomen. Sie sei auf den Unfall zurückzuführen. Durch diese Neurosthenie sei der Patient nicht unerheblich beschränkt und zwar um etwa 60 Proz. Mit diesem Gutachten noch nicht zufrieden, holte das Reichsversicherungsamt auch noch behördliche Auskunft über die Arbeits- und Lohnverhältnisse des Verletzten ein. Die ging dahin, daß G. seit März 1911 nicht mehr gearbeitet habe, seines Leidens wegen auch keiner Arbeit nachgehen könne und schon seit dem 8. September 1910 ununterbrochen in ärztlicher Behandlung liege. Nun endlich kam das Reichsversicherungsamt im 3. Termin zur Rentengewährung — aber in Höhe von nur 30 Proz. In dem jetzt schriftlich vorliegenden Urteil (Aktenzeichen Ia 8771/11 10A) ist gesagt, daß das Refuratsgericht seiner Entscheidung „das eingehend begründete Obergutachten des Prof. Dr. Ziehen und des Dr. Vorschütz“, das in wesentlichen Punkten durch die Gutachten und Zeugnisse des Dr. Engel, Dr. Lipschütz, Prof. Dr. Jakobsohn und des Dr. Cassierer unterstützt werde, zugrunde gelegt. Hiernach sei anzunehmen, daß bei G. kein Rückenmarkleiden vorliege, sondern ein Nervenleiden, das mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auf den Unfall zurückzuführen sei. In der Schätzung des Grades der Erwerbsbeeinträchtigung habe das Reichsversicherungsamt jedoch dem Gutachten nicht folgen können, vielmehr auf Grund des ärztlichen Befundes und des persönlichen Einbruchs des Klägers in den Verhandlungsterminen 80 Proz. für genügend gehalten.

Die Schätzung der durch Unfallfolgen bewirkten Erwerbsbeeinträchtigung ist ja nun sicher Aufgabe der rechtsprechenden Instanzen. Aber alles hat seine Begrenzung. Die Einwirkung innerer und nervöser Leiden auf die Erwerbsfähigkeit ist so schwierig zu beurteilen, daß man hier dem Arzte ein entscheidendes Wort einräumen muß. Und wenn nach einer dreiwöchentlichen Beobachtung — so lange war G. in der Charité — ein so hervorragender Gutachter, wie es der Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Ziehen ist, eine Autorität von Wert ist, zu der Schätzung einer Erwerbsbeschränkung von 60 Proz. kommt, dann ist es geradezu eine Anmaßung, wenn ein medizinischer Laie meint, ein von so kompetenter Stelle erstelltes Gutachten inhaltlich besser würdigen zu können wie diese selbst und auf Grund des eigenen Augenblicks in Verhandlungsterminen, die zusammen nicht eine Stunde dauerten, die Erwerbsbeschränkung ohne Anhörung technischer Sachverständiger auf genau die Hälfte schätzt, wie die berufenste Stelle sie geschätzt hat. Ja man muß weiter fragen, was denn eine Beweiserhebung für einen Zweck hat, wenn sie so unberücksichtigt bleibt, wie in diesem Falle mit der behördlichen Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesehen ist. Das Urteil würdige sie mit keinem Worte. Diese Auskunft hätte doch eine Rente von 60 Proz. noch zu gering erscheinen lassen.

Diese lediglich auf Senkung der Renten gerichtete Rechtsprechung des höchsten Gerichts in Unfallsachen beeinträchtigt die schmalen Rechte des Arbeiters ungeheuerlich und steht der Willkür weit näher als dem Recht. Weder aus der ersten Zeit des Reichsversicherungsamtes, noch aus der reichen Praxis des Reichsgerichts über das Haftpflichtgesetz ist ein ein Fall bekannt, in dem eine so willkürliche Herabsetzung eines berechtigten Rentenanspruchs vor dem Reichsgericht Billigung gefunden hätte. Eine derartige Praxis zeigt, in wie hartem Maße leider die Sucht berufsgenossenschaftlicher Rentenquersicherung allmählich das Reichsversicherungsamt angegriffen hat.

Wartbericht von Berlin am 30. Juli 1912, nach Ermittlung des künftigen Preisniveaus. Marktallgemein (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 31,00—32,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—32,00. Linsen 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinhandel) 10,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,90—2,40. Rindfleisch, Sausfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,20. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,20. Rale 1,20—3,20. Saubere 1,00—3,00. Getreide 1,40—2,50. Weizen 0,80—2,40. Schfote 1,40—3,20. Weizen 0,80—1,60. 60 Stück Weizen 2,40—4,00.

### Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sprechstunde findet 21 u. b. s. t. a. f. e. 69, vorn vier Treppen — 7. u. 8. u. 11. —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags von 10 bis 12 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Zehnmarken und eine Post als Versicherung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. 2. 30. Die Quabodon erscheint begründet bis auf die Postition 2. Marzose geleitet 6 Marz. — G. 1000. 1. Rein. 2. Ja, falls Sie nicht gekündigt haben. — Bau 27. Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Klaus 27. Sie persönlich nicht. Ihre Frau ist jedoch zahlungspflichtig. — G. 110. Etwa 4 Marz wöchentlich und beiläufig. — G. 1. 83. Die Firma ist zur Rücknahme nicht verpflichtet, kann vielmehr Zahlung verlangen. Der 28,35 Mark wöchentlich oder 125 Mark monatlich überfolgende Betrag unterliegt der Beschlag-



nahme. — T. 7. 18. Es muß beim Vormundschaftsgericht die Volljährigkeitserklärung beantragt werden. — Schubert, Matheson. 1. Reklamation besteht nicht. 2. Ja. — W. S. Charlottenburg. Das geschädigte Verhalten der Holzorgane halten wir für ungeschädigt. Sie raten zur Beschleunigung des Beschwerdeweges; zunächst beim Polizeipräsidium. — P. H. 109. 1. Ja. Es kann die öffentliche Zustellung der Ladung beantragt werden. 2. Jein Monat nach Rechtskraft des Urteils. — v. J. 23. Ja, sofern mehrere Personen sich beteiligt fühlen. — W. S. Die Rechnung erscheint zu hoch. 30 Mark dürften angemessen sein. — W. N. 2. 1. Dagegen läßt sich nichts tun. 2. Das ist unzulässig. Eine Klage dürfte Erfolg haben. — Frits 88. 1. Das ist zulässig ohne vorherige Aufforderung. 2. Ja. — Dingel, Bern. Das Betreiben einer Bordellwirtschaft ist durch den Ruppelparagrafen des Deutschen Reichsstrafgesetzbuches verboten. — G. 50. Ja der Regel nicht. — N. S. 18. Ununterbrochen zehn Wochen. — G. S. 55. Sie müssen auf Rückgabe der Photographie klagen und können Vernichtung des Bildes verlangen. — M. W. 1. Durch die Gerichtsvollzieher-Bestellungsstelle beim Amtsgericht Berlin-Mitte. 2. Wann Sie wollen. 3. Einen Monat nach Zustellung. — R. S. 13. Warten Sie den Befehl auf Ihre Reklamation ab. Den verlangten Steuerbetrag müssen Sie zunächst bezahlen. — M. S. 1 bis 3. Falls Bedürftigkeit vorliegt, kann Unterstützung verlangt werden. Die Vermögensbehörde ist zur Festsetzung verpflichtet. 4. Die Heimatbehörde hat als-

dann dazu das Recht. — G. T. 4. Falls keine Abtreibung oder Beschlagnahme vorliegt, ist der Eigentümer empfangsberechtigt.

**Witterungsüberblick vom 31. Juli 1912.**

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Eintriede	759.2	SW	20	20	Wuppertal	752.5	SW	17	17
Hamburg	759.5	SW	16	16	Petersburg	757.5	SW	19	19
Berlin	759.5	SW	18	18	St. Petersburg	752.5	SW	13	13
Königsberg	762.5	SW	16	16	Wien	761.5	SW	14	14
Wien	762.5	SW	17	17					

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. August 1912. Einmal wärmer, zunächst vielfach heiter, bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

Wasserstand	am 30. 7.	am 29. 7.	Wasserstand	am 30. 7.	am 29. 7.
Memel, Rist	68	-2	Saale, Großh.	56	-4
Regel, Ansternburg	-53	+3	Saale, Spanbau	10	-2
Regel, Thon	-6	0	Regel, Rathenow	-10	-18
Oder, Ratibor	170	0	Spree, Spremberg	60	+4
Strossen	147	+0.4	Deetsch	77	0
Frankfurt	45	+3	Weser, Wünnen	96	-3
Wartbe, Schrimm	-44	0	Weser, Wünnen	172	+4
Landberg	-62	0	Rhein, Raminiamkan	474	-5
Regel, Gerbamm	-40	+1	Rhein, Raminiamkan	247	-8
Elbe, Helmstedt	-34	-1	Rhein, Raminiamkan	224	-7
Dresden	-153	-0	Redar, Heilbronn	75	+1
Bard	140	-24	Rhein, Raminiamkan	108	-2
Magdeburg	117	-12	Wolke, Lrier	-1	+4

+ bedeutet Hoch, - Fall. - ? Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung ist die Oder bei Ratibor auf 397 cm gestiegen und steht dort seit heute 7 Uhr morgens unverändert.



Die früheren Verkaufspreise sind auf jedem Paar noch deutlich ersichtlich, so daß sich ein jeder von den enormen Preisvorteilen selbst überzeugen kann!

Kein Kaufzwang!  
Keine Auswahlendungen!  
Kein Versand!  
Kein Umtausch!

Ermäßigungen bis zu

**70%**

**Großer Saison-Ausverkauf**

Der Verkauf findet nur in nachstehenden Geschäften statt!  
Man achte genau auf Straßennamen und Hausnummern!

- Jerusalemstr. 35
- Potsdamer Straße 2
- Tautenzienstr. 19a
- Königstraße 25-26
- Rosenthaler Str. 5
- Oranien-Straße 161
- Gr. Frankfurt. St. 123
- Chaussee-Str. 114
- Neukölln, Bergst. 25
- Schöneberg, Hauptst. 146
- Charlottenburg: Wilmersdorf. Str. 45

Einige Beispiele unserer großen Billigkeit:

**Moderne Herren- und Damen-Stiefel**  
Große Posten erstklass. Fabrikate in vielen Ausführungen, hauptsächlich braun, auch in schwarz

<b>8<sup>75</sup></b> früh. bis zu M. 12.50	<b>10<sup>75</sup></b> früh. bis zu M. 15.50	<b>12<sup>75</sup></b> früher bis zu M. 18.00	<b>14<sup>75</sup></b> früh. bis zu M. 21.00
--	---	--	---

Zum Teil noch mehr ermäßigt!

<b>Extra billig!</b> Grosse Posten Herren- und Dam.-Schuhwaren, nurgrosse u. kleine Nummern, unsortiert <b>6<sup>75</sup></b> Wert bis zu M. 18 <sup>00</sup>	<b>Halbschuhe</b> In vielen reizenden Variationen von M. <b>5<sup>75</sup></b> an	<b>Extra billig!</b> Grosse Posten Dam.-Leinen-Stiefel und -Schuhe, in vielen Farben, unsortiert, durchweg <b>1<sup>00</sup> 1<sup>00</sup> 2<sup>25</sup></b> Wert bis zu M. 7 <sup>50</sup>
<b>Hausschuhe</b> für Damen, aus Stoff und Leder, mit und ohne Absatz Nur Jerusalemstrasse <b>1<sup>00</sup> und 2<sup>10</sup></b> Wert bis zu M. 6 <sup>50</sup>	<b>Sandalen!</b> Braune Rindleder-Sandalen, breite, bequeme Form, sehr preiswert <b>2<sup>40</sup> 2<sup>80</sup> 3<sup>20</sup> 3<sup>60</sup></b>	<b>Touren-Stiefel</b> Jagd- und Berg-Stiefel, Braun Natur- und Chrom-Kalbleder Nur Jerusalemstrasse <b>14<sup>75</sup> und 16<sup>75</sup></b> Wert bis zu M. 30 <sup>00</sup>

**Kinder-Stiefel zu hervorragend billigen Preisen!**

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
Donnerstag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, im Schulhof, Grenadierstr. 37:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrkollegiums und der Revisoren.  
2. Anträge und Schulangelegenheiten. 3. Wahl der Unterrichtsleiter.  
4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbücher sind mitzubringen, ohne dieselben kein Einlass.  
Rückständige Beiträge sind zu zahlen. 6/10\*

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III, Kami Norden, Nr. 1239. Charlottenstraße 3. Kami Norden, Nr. 1987  
Sonabend, den 3. August 1912, präzise nach 12 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung**  
des **Kino-Operatoren Groß-Berlins**  
in Julius Meyers Festhale, Driantstr. 103.  
Tagesordnung:  
1. Welche Bedeutung hat für uns die neue Vollzeilverordnung?  
2. Branchen- und Verband-angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. Die Ortsverwaltung.

**Carl Keller's Neue Philharmonie**  
Köpenicker Straße 96/97  
zur bevorstehenden Saison empfehle meine Säle, 20 bis 200 Personen fassend, zu Hochzeiten und sonstigen Festlichkeiten.  
Carl Keller jr.  
37131\*

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Morgen Freitag, den 2. August 1912:  
**Sitzung der Ortsverwaltung**  
Die Zahlstelle 78 (Weserstraße 153) ist nach Wildenbruchstraße 56 bei Mathulat verlegt.  
87/5 Die Ortsverwaltung.

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**  
Berlin C. H. Gohlich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
W. G. Schmidt, Kirchbühlstr. 14.  
O. H. Gohlich, Peterburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82, H. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Juch, Annamüllstr. 12. J. Heul, Barnimstr. 42.  
N. W. Baumann, Köpenicker Str. 67. H. Trapp, Köpenicker Str. 6. Karl Wors, Grelsenhagen Str. 27. J. Hönisch, Rappertstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. H. Tey, Invalidenstr. 124. E. Lehmann, Nollplatzstr. 24.  
NW. Karl Anders, Salzweidelerstr. 8.  
SW. G. Werner, Oranienstr. 72. Tachn, Hagedorfer Str. 27. S. 24. Fritz, Oranienstr. 31. H. Schumann, Rothbuler Damm 8. SO. Paul Böhm, Lützow Platz 14/15. P. Gorick, Engländer 15. Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9. Baumgartenweg. G. Hornig, Marienbühlstr. 13, I. Hirsigwalde. Paul Kienast, Händelstr. 10. Charlottenburg. Gustav Schwarberg, Seelenbinder Str. 1. Friedrichshagen. Ernst Verkmann, Köpenicker Str. 18. Grünau. Franz Klein, Friedländerstr. 10. Johannisthal. Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6. Karlshorst. Richard Ritter, Adellstr. 9, II. Köpenick. Emil Witzke, Riegerstr. 6, Laden. Lichtenberg. Otto Zeisel, Gartenbergstr. 1. Nieder-Schöneweide. Gehrt, Brüder Str. 6. Nowawes. Wilhelm Jappe, Heidestr. 7. Ober-Schöneweide. Alfred Haber, Wilhelmshagenstr. 17 II. Pankow. Cito Rihmann, Köpenickerstr. 30. Reinickendorf. P. Gurich, Brühlstr. 56, Laden. Rixdorf. W. Heinrich, Rederstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. G. Rohr, Siegfriedstr. 23/22. Rummelsburg. H. Rosenkrantz, Alt-Borghagen 56. Schöneberg. Wilhelm Däumler, Ramin-Luther-Str. 69 im Laden. Spandau. Köppen, Breitstr. 64. Steglitz. G. Bernice, Wittenstr. 5. Tempelhof. Joh. Krohn, Dorffstr. 62. Treptow. Robert Gramen, Riefelstr. 412, Laden. Wolfensee. Fuhrmann, Sedanstr. 103. Schiller, König-Chaussee 39a. Wilmersdorf. Paul Schuber, Wilhelmstr. 27.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
**Achtung! Töpferträger!**  
Sonntag, den 4. August er., vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Kluge, Langestr. 53.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht. Es ist Pflicht jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen.  
Der Gruppenvorstand.

Die **General-Versammlung**  
des Zweigvereins findet Sonntag, den 8. September d. J., vormittags 9 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses statt.  
Wir erlauben die Bezugs- in Ihren Augustversammlungen hierzu Stellung nehmen zu wollen.  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Freitag, 9. August 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer 15:  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Bericht über den Verbandstag in München. (Fortsetzung der Diskussion.) 2. Wahl von 5 Beisitzern zum Verbandsvorstand und 3 Revisoren. 3. Neugestaltung der Filialunterstützungsbeirathungen nach den Münchener Beschlüssen. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Die Ortsverwaltung.  
Vereinen, Gewerkschaften und Schulen empfiehlt sich das  
**Restaurant Wald-Idyll**  
Schmöckwitz i. d. Mark.  
Ausschank von Schüttelbier. — Anerkannt gute Küche.  
Inh.: Ernst Rost, Telephon: Zenthen 31



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Nachruf.**  
Am 29. Juli verstarb unser  
Genosse  
**Franz Possehl**  
Sparrstr. 3 (Begr. 748a).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung fand am  
Mittwoch, den 31. Juli, in Jüter-  
thal in Medlenburg statt.  
231/7 Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Kreis Niederbarnim**  
**Bezirk Rosenthal.**  
Am 30. Juli verstarb unser Ge-  
nosse, der Dachdecker  
**August Bröttke**  
Niederhörschhausen-Weß.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. August, nachmittags  
5 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeinde-Friedhofes Niederhörsch-  
hausen aus statt.  
Nege Beteiligung erwartet  
241/12 Die Bezirksleitung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe treuergebende Mutter  
**Berta Sumann**  
geb. Zart, [1671  
am Mittwoch, früh 3 Uhr, im  
Panfower Krankenhaus (am) ent-  
schlafen ist.  
Panfow, den 31. Juli 1912.  
**Willi Sumann.**  
Die Beerdigung findet Sonn-  
abend, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf  
dem neuen Panfower Friedhof,  
Schönholzer Heide, statt.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Kreis Nieder-Barnim.**  
**Bezirk Pankow.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere liebe Genossin  
**Frau Berta Sumann**  
Mittwoch früh 3 Uhr im Panfower  
Krankenhaus verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Sonn-  
abend, den 3. August, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen  
Panfower Kirchhofes (Schönholzer  
Heide) aus statt.  
Um rege Beteiligung erlucht  
241/13 Die Bezirksleitung.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirk Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Droschken-  
führer  
**Paul Schumann**  
am 30. Juli im Alter von 40 Jahren  
verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. August, nachmit-  
tags 6 Uhr, von der Leichenhalle  
des Bartholomäus-Kirchhofes,  
Falkenberger Chaussee, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Gausdiener  
**Friedrich Schultz**  
am 30. Juli im Alter von  
42 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
3. August nachmittags statt.

**Nachruf.**  
Ferner starb unser Mitglied, der  
Droschkenführer  
**Hermann Weinhold**  
am 28. Juli, im Alter von  
65 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
65/16 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher**  
**Buchbinder - Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern die traurige  
Mitteilung, daß unser langjähriges  
Mitglied, der Kollege  
**Paul Lemke**  
nach längerem Leiden gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 2. August, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
auf dem Heilmann-Kirchhof in  
Nordend-Niederhörschhausen statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die Beweise liebevoller Teil-  
nahme, sowie auch für die zahlreichen  
Kranzpenden bei der Beerdigung  
meines lieben Sohnes, unseres guten  
Vaters, des Gärtlers **Eduard**  
**Müller**, sagen wir allen Verwandten  
und Bekannten unsern innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die reichen Kranzpenden und  
rege Beteiligung bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes, unseres guten  
Vaters, sagen wir allen Verwandten,  
Bekanntem, Arbeitskollegen und Ge-  
nossen unsern herzlichsten Dank.  
**Berta Böder und Kinder.**

**Todes-Anzeige.**  
Überdurch allen Bekannten und  
Freunden die traurige Nachricht,  
daß am Mittwoch, den 31. Juli  
1912, mein lieber Mann, unser  
guter Vater, der Bader  
**Ernst Dölling**  
nach langer, schwerer Krankheit  
im 60. Lebensjahre verstorben ist.  
Dies zeigt tiefbetrußt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Zagowstraße 22.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. August, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Trauerhaus,  
Zagowstraße 22, aus nach dem  
Heilands-Kirchhof statt.

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse**  
**der Deutschen Drechsler E. H. 86**  
Hamburg, Verwaltungstr. Berlin A.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Wilhelm Kattner**  
am 29. Juli verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 1. August, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Markus-Kirchhofes in  
Südhelmberg aus statt.  
294/9 Die Ortsverwaltung.

Montag, den 29. Juli, verstarb  
meine liebe Frau  
**Berta Freidank**  
geb. Einsiedel  
Steinmehstr. 36a.  
Dies zeigt tiefbetrußt an  
**Wilhelm Freidank.**  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 2. August, nachm. 3 1/2 Uhr,  
von der Halle des Luther-Kirch-  
hofes (in Panfow) aus statt.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß unsere liebe Tochter  
**Helene**  
am Dienstag, den 30. Juli, sanft  
entschlafen ist.  
Dies zeigt tiefbetrußt an  
**Oskar Gerhardt**  
11a und Frau.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. August, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes, Neu-  
tolln, Mariendorfer Weg, aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Teilnahme und  
herzlichen Kranzpenden bei der Be-  
erdigung unseres lieben, unergel-  
lichen Bruders, Schwagers und  
Sohnes **Willi Schulz** sprechen  
wir allen, die daran teilnahmen,  
unsern innigsten und herzlichsten  
Dank aus.  
10a  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Von der Reise zurück [226/19\*  
**Hermann Katz,**  
Landsberger Straße 71.  
Für Zahnleidende 9-7. Kgst. 1831

**Dankfagung.**  
Für die reichen Kranzpenden und  
rege Beteiligung bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes, unseres guten  
Vaters, sagen wir allen Verwandten,  
Bekanntem, Arbeitskollegen und Ge-  
nossen unsern herzlichsten Dank.  
**Berta Böder und Kinder.**

**Spezialarzt**  
f. **Haut- und Harnleiden,**  
neurotische, „Ehrlich 606“ usw.  
u. Co. Intz. Laborat. f.  
**Dr. Homeyer**  
Untersuchung, Fäden f. Darm usw.  
gegenüber  
**Friedrichstr. 81, Sonnt. 11-2.**  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.

**Frack-Verleih - Institut**  
**S. Berg Nachf.**  
**Borchardt.**  
Friedrichstr. 115 1, am Oranienb. Tor.  
Tel.: Nord 7402. 37142\*  
Frack, Smoking, Gebrochanzüge,  
Chapeauclaque, für jede Figur pass.,  
vorzüglich in verschiedenen Preislagen.  
Sehr große Auswahl, mäßige Preise.

**Restaurationsgrundstück**  
(Vorteilhaft)  
in einer Fabrikstadt (40 000 Einw.)  
wegen dauernder Krankheit der Frau  
zu verkaufen. Ein großer und ein  
kleiner Saal und andere Versam-  
lungsräume. 2 Bädets, 3 Bühnen.  
Regelbahn, großer Garten und Fest-  
platz. Logierzimmer mit 10 Betten.  
Verkehrslokal der Gewerkschaften. Ge-  
bäudeversicherung 84 000, Inventar-  
versicherung 50 000. Effekten unter  
H. 2 an die Hauptexpedition des  
„Sozialist“.  
37202

**Blumen- und Franzbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
Inh.: **P. Golletz**  
nur **Mariannen-Straße 2.**  
Telephon: Moritzplatz 346.

**„Fichte-Georginia 1879“.**  
Einer plötzlich eingetretenen wichtigen Angelegen-  
heit halber werden die Mitglieder gebeten, statt um  
9 Uhr schon um **8 Uhr** heute abend pünktlich im Lebnungs-  
lokal zu sein.  
26015 **K. Weber.**

**Bei Rückgrat-  
verkrümmung**  
glänzendste Erfolge  
mit meinem weltberühmten regulierbaren  
**Redressions-Apparat - Patent**  
**Haas** - für Erwachsene und Kinder.  
Mein Apparat wurde auf d. 10. Aerate-Kong-  
ress mit d. 1. Preis ausgezeichnet u. erhielt  
auf der International. Hygiene-Ausstellung  
in Dresden 1911 die silberne Medaille.  
Prospekt u. fachmänn. Beratung kostenlos.  
**F. Menzel,** Orthopädisches  
Institut,  
Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 23.

Den „Vorwärts“-Lesern  
gewähre Rabatt.  
**Riesenlager echter**  
**Perser Teppiche**  
**Gardinen-**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158

**Abgepaßte Fenster,**  
weiß und crème  
p. Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-60 M.  
imit. Point-lace-Künstler-  
Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>75</sup>  
Elegante Sezessions-Tüll-  
Stores . . . . . M. 1<sup>85</sup>  
Gestickte echte Spachtel-  
Stores . . . . . M. 7<sup>75</sup>  
Goldfarbige reichgestickte  
Band-Stores . . . . . M. 3<sup>85</sup>  
Tüllbettdecken, Größe  
160/220 cm . . . . . M. 2<sup>50</sup>  
Reichgest. Erbstüll-Bett-  
decken . . . . . M. 6<sup>75</sup>  
Elegante Tüll-Bettrück-  
wände . . . . . M. 6<sup>75</sup>  
Brise-Bise (Scheibenschleier)  
25, 35, 40, 50 Pfennig.  
Nach auswirts p. Nachnahme.  
**Spezial-Katalog**  
mit zirka 650  
Abbildungen gratis und franko.

**Ki-Kok** roll  
früher Neues Kgl. Opern-Theater  
(Tiergarten-Königsplatz).  
**Naturfarben-Lichtspiele**  
„Kinemakolor“  
**Heute Premiere.**  
Siehe Theaterzettel u. d. Anschlagbuden.

An diesem  
Schild  
sind die Läden  
erkennbar,  
in denen  
**SINGER**  
Nähmaschinen  
verkauft werden.  
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,  
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
**BERLIN, Leipziger Straße 92.**  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Erfinder**  
verlangt vor der Patentanmeldung  
gratis die Schrift: „Wie muß eine Er-  
findung für die Verwertung beschaffen  
sein?“ Ziv.-Ing. Jaeger, Dr. Breslauer,  
Berlin SW. 61. 203/8\*

**No. 61 La Maloja**  
eine  
vorzügliche  
**63 Cigarre**  
Neu eingeführt:  
**Fehlfarben-Sortimente**  
in besonders preiswerten  
Mischungen  
Fortuna 10 St. 60 Pf.  
Hansa 10 St. 75 Pf.  
Excelstor 10 St. 1,00 M.  
**J. Neumann**  
**Cigarren-Fabriken**  
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

**Zeitungs-Ausgabebestellen**  
und Inseraten-Aannahme.  
Zentrum: Albert Habnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchhaffstr. 14, Hochparterre.  
S. und SW.: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.  
3. Wahlkreis: St. Frig., Bringenstr. 31, Hof rechts dort.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 130.  
Richard Hackelbusch, Peterburgerplatz 4 (Laden).  
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Vaußnerplatz 14/15.  
5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).  
6. Wahlkreis (Hohbit): Karl Runder, Salzweberstr. 6.  
Wedding: J. Hönnich, Nagaretzkirchstr. 49.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm  
Baumann, Rheindorferstr. 67, Laden.  
**Gesundbrunnen:** F. Trapp, Wallstr. 6, Laden.  
**Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Greisenhagener Str. 27  
**Adlershof:** Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.  
**Alt-Glienicke:** Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.  
**Baumshulenberg:** G. Hornig, Mariendorferstr. 13, I.  
**Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schön-  
brück:** Heinrich Prose, Wühlstr. 5, Laden.  
**Bohnsdorf und Falkenberg:** Wols Nau, Bohnsdorf, Ge-  
nossechaftshaus „Paradies“.  
**Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sefenheimerstraße 1  
**Friedensdorf-Petershagen:** C. Höfelbarth, Petershagen.  
**Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lank-  
witz:** G. Bernice, Wittenstr. 5 in Steglitz.  
**Friedrichshagen:** Ernst Bertram, Köpenicker Straße 18.  
**Grünau:** Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
**Johannisthal:** Bielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
**Karlshorst:** Richard Käter, Ködelstr. 9, II.  
**Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.  
**Köpenick:** Emil Wihler, Kieperstr. 6, Laden.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:**  
Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Laden).  
**Mahlsdorf, Kaulsdorf:** G. Heberg, Kaulsdorf, Ferdinand-  
straße 17.  
**Mariendorf:** August Leip, Chausseestr. 296, Hof.  
**Nieder-Schöneweide:** Gebr. Brügger, 6.  
**Nowawes:** Wilhelm Happe, Friedrichstr. 7.  
**Ober-Schöneweide:** Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.  
**Pankow-Niederschönhausen:** Rihmann, Wühlstr. 30.  
**Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:**  
G. Gursch, Provingstr. 56, Laden.  
**Rixdorf:** H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Rohr, Siegfried-  
straße 28/29.  
**Rummelsburg, Boxhagen:** H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 66.  
**Schöneberg:** Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.  
**Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und  
Falkenhagen:** Röhpen, Breitestr. 64.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,  
Hermisdorf und Reinickendorf-West:** Paul Ritsch,  
Bohngwalde, Hühnerstraße 10.  
**Teltow:** Wilhelm Donsow, Teltow, Berliner Str. 16.  
**Tempelhof:** Joh. Krohn, Borussiastr. 62.  
**Treptow:** Rob. Gramenz, Rielholzstraße 412, Laden.  
**Weißensee:** R. Fuhrmann, Sedanstr. 106, parterre.  
**Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf:** Paul Schubert,  
Wilhelmsau 27.  
**Marienfelde:** Emil Weintz, Dorfstr. 14.  
**Neuenhagen:** Gustav Leh, Wollersstraße.  
**Eichwalde:** Oskar Wahle, Stubenrauchstr. 99.  
**Erkner:** Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.  
**Zeuthen, Hiersdorf:** Ernst Häutig, Zeuthen, Dorfstr. 15.  
Sämtliche Verteilungsorte sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert  
Buchdruck u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**Schlager**  
**ELJEN**  
5 Pfg.  
**Neue Josetti Cigarette**



### Die Schöneberger Arbeitslosenversicherung.

Die Stadt Schöneberg ist die einzige Gemeinde Groß-Berlins, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt hat. Die Ergebnisse des ersten Geschäftsjahres dieser Versicherung, vom 26. Januar bis 31. Dezember 1911, liegen nun vor und an die veröffentlichten Zahlen hat sich eine interessante Kontroverse geknüpft. Die Arbeitslosenversicherung in Schöneberg ist bekanntlich nach dem Center System eingerichtet, d. h. es werden in erster Linie Zuschüsse zu der Arbeitslosenversicherung gewährt, welche die Organisationen an ihre Mitglieder zahlen. Daneben ist aber auch die Möglichkeit gegeben, sich durch Anlegung eines Sparkontos für die Zeit der Arbeitslosigkeit ein Anrecht auf den Zuschuß aus der städtischen Arbeitslosenversicherung zu sichern. Erklärlicherweise hat der letztgenannte Zweig der Arbeitslosenversicherung nur geringe Bedeutung, der Hauptteil der verausgabten Summe ist Verbandangehörigen zugute gekommen. Von 600 Arbeitern, die sich arbeitslos meldeten, waren 538 Verbandsmitglieder und darunter 504 Mitglieder freier Gewerkschaften. Unversichert wurden 502 Personen für 11 283 Tage mit insgesamt 9031,42 M. Von dieser Summe kommt aber 8740,12 M. auf 479 Verbandsangehörige.

Diese Ziffern haben in einigen reaktionären Blättern gelinde Lobhudelei hervorgerufen. Die scharfmacherische „Post“ entzückt sich z. B. darüber, daß die Gewerkschaften aus städtischen Mitteln unterstützt werden. „Die Schöneberger Stadtverwaltung“, schreibt das Blatt, „hätte doch voranzusehen müssen, daß diese Art von Arbeitslosenversicherung die Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen scharenweise in die Arme treibt“. Um dieser Gefahr vorzubeugen erweist der Ruf: „Weg mit der Arbeitslosenversicherung!“

Die Deputation für das Schöneberger städtische Arbeitsamt hat auf diese Beherei, die auch in der übrigen reaktionären Presse ein Echo fand, in würdiger und entscheidender Weise geantwortet. In dieser Erklärung wird darauf hingewiesen, daß der Umstand, daß die städtische Arbeitslosenversicherung vornehmlich den Angehörigen der freien Gewerkschaften zugute komme, lediglich besage, daß die Mehrzahl der Arbeiter in Groß-Berlin in den freien Gewerkschaften organisiert ist. Die Arbeitslosenversicherung nach dem Center System will die Selbsthilfe durch Gewährung von Zuschüssen fördern und stärken, mit den anderen Zielen der Gewerkschaften hat das Center System nichts zu tun. „Je mehr Arbeiter sich zu solchen Selbsthilfsgesellschaften zusammenschließen, um so besser wird es um die Wohlfahrt und wirtschaftliche Sicherheit der Allgemeinheit bestellt sein, um so wirksamer werden die arbeitenden Klassen gegen Not und Armut geschützt sein. Diese sehr wertvolle Frucht der Organisation, die Selbsthilfe zu fördern und zu verbreiten, liegt im eigenen Interesse der Gemeinden.“

Diese vorurteilsfreie Anerkennung der Bedeutung der Gewerkschaften steht wohlwollend ab von einer Auslassung, die wir in dem amtlichen Organ der Berliner Armenverwaltung finden. Die „Blätter für die Berliner Armen- und Waisenspflege“ ziehen die Schöneberger Arbeitslosenversicherung ebenfalls in den Kreis ihrer Betrachtungen und ihr Urteil unterscheidet sich in nichts von der Stellungnahme der oben erwähnten reaktionären Scharfmacherorgane. Der Verfasser des Artikels, Magister Privatdozent Conrad, empfindet es als einen schweren Mangel der Arbeitslosenversicherung, daß sie hauptsächlich den organisierten Arbeitern zugute kommt. Er hält es für notwendig zu betonen, daß vorwiegend die freien Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, was übrigens nicht einmal richtig ist, denn auch die Organisationen anderer Richtung pflegen diese Versicherung. Für die Gewerkschaftsmittglieder, die eine Arbeitslosenunterstützung haben, braucht die Gemeinde nicht einzutreten, aber für die Unorganisierten, die sie besonders notwendig hätten, verläuft die Gemeindearbeitslosenversicherung fast völlig wirkungslos. Herr Conrad zieht aus den mitgeteilten Zahlen folgenden Schluß:

„Das Ergebnis der Schöneberger Arbeitslosenversicherung ist unseres Erachtens der schlagende Beweis dafür, daß die bisher verübte gemeindliche Arbeitslosenversicherung ein falscher Weg ist, der nicht weiter verfolgt werden sollte.“

Das ist sachlich das Gleiche wie der Ruf, den die „Post“ ausstößt: „Weg mit der Arbeitslosenversicherung!“ Auch die Motive sind im wesentlichen dieselben, nämlich daß und Why und gegen die Gewerkschaften. Ist eine solche Stellungnahme bei dem Scharfmacherorgan verständlich, so hätte man nicht erwarten sollen, daß auch die Berliner Armenverwaltung derartig rückständigen Ansichten huldigt. Wenn der Magister Privatdozent der berufenen Interprät der für die Berliner Armenverwaltung maßgebenden Grundzüge ist, und man muß das wohl annehmen, da er als Redakteur ihres amtlichen Organs zeichnet, dann kann man zu der Meinung kommen, daß die Gewährung von Almosen als die wichtigste Aufgabe der Berliner Armenpflege betrachtet wird. Wertvoller dünkt und freilich die vorzuziehende Tätigkeit. Eine gut geleitete Armenpflege müßte es sich angeeignet sein lassen, alle Bestrebungen zu fördern, die geeignet sind, dem Eintritt der Hilfsbedürftigkeit vorzubeugen. Sie dürfte deshalb nicht aus blinder Vorurteilsgenommenheit die gemeindliche Arbeitslosenversicherung bekämpfen, weil sie vornehmlich den Mitgliedern der Gewerkschaften zugute kommt, sondern dieser letztere Umstand müßte ihr besonders sympathisch sein, weil er die Elemente, welche leicht in die Lüge kommen, Objekte der Armenfürsorge zu werden, auf den Weg der Selbsthilfe verweist. Die Deputation des Schöneberger städtischen Arbeitsamtes stellt sich erfreulicherweise auf diesen Standpunkt, von dem wir nur wünschen, daß sich ihn auch die Berliner Armenverwaltung zu eigen machen möchte.

### Berliner Nachrichten.

#### Im Veteranenhimmel.

Treppauf, treppab sind wir gewandert in dem polizeilichen Labyrinth am Alexanderplatz, haben uns glücklich durchgefragt nach einem bestimmten Ziel. Vor Zimmer 190 im ersten Stockwerk, nach dem großen Hofe zu, ist kaum durchgestreuten Korridor besetzt. Keine betrieblenen Loggerbarmen sieht man, wie bei Leuten, die hier antanzen müssen, weil sie irgend etwas auf dem Herdholz haben, auch keine ängstlichen Beugengesichter. Lauter eitel Luft und Freude strahlt aus diesen glücklichen Bügen. Ist es ein wunderlicher Zufall, daß die Leutchen samt und sonders so zermürbt aussehen und so verbraucht, mit einem Fuß schon im Grabe zu stehen scheinen? Man wähnt sich beinahe in einem Kriegerverein versetzt. Viele tragen auf dem schabigen, zerklüfteten Mittel, auf der Helmbreite, die vor langen Jahren des Königs bunter Rock umspannte, Orden und Ehrenzeichen. Heute ist das nicht mal mehr eine noch einigermaßen zugräftige Spekulation auf die Militärtätigkeit für Leierkasten und Streichholzverkauf. Dem da fehlt ein Bein, das er auf dem Altare des Vaterlandes opferte, einem anderen ein Arm. Und wenn man alle die Hunderte längst ausstrangierter Kriegs-

mannen examiniert, wird kein einziger sich finden, der in heißem Ringen auf dem Schlachtfelde mehr geerntet hat als billige Lorbeeren. Das Vaterland, das teure, ist so dergestalt und belohnt am reichsten, wer weit ab ist vom Schuß. Saft und Kraft haben sie hingegeben, auch diese tapferen Vierhundert, und im Zenit des Lebens, hart am Rande des Grabes, hat sich das dankbare Vaterland doch noch ihrer erinnert. Auf jeden Monatsersten fällt der große Tag, an dem über die ergauntesten Kriegsveteranen zum Entgelt für den einstigen Kugelregen ein gewaltiger Goldregen niedergeht. Vom Dienstzimmer her schallt Kommandoton. Ein merkwürdiger Ruf geht durch die alte Garde, durch die morschen, steifen Knochen. Das Stelzbein nimmt Richtung, der Armstumpf erstarrt zur Unbeweglichkeit. . . . acht preußisch-militärisch. Name auf Name wird aufgerufen. Jedesmal tritt ein Greis aus Reih und Glied, zeichnet zitternd seinen Schnörkel in die lange Quittungsliste, streckt begehrlieh die Rechte aus nach einem wahrhaftigen Zehnmarkstück, macht seinen untertänigsten Kräftfuß und singt im stillen inbrünstig: Heil Dir im Siegerkranz. Ein wirkliches, echtes Zehnmarkstück! Doch nachträglich auch etwas von den Millionen, die in die Taschen von Generalen geflossen sind.

Galt, fehlt da nicht einer? Kraucht da nicht ein wallender, drohender Schatten an der Wand entlang? . . . An der jagenhaften Schwelle der Glückseligkeit lauert der olle Petrus, die Hand zwischen Heiligenschein und weißbebuschten Augen. Donnerwetter da humpelt schon wieder so'n alter Mummelgeist mit zerföhlenen Knochen zur ewigen Seligkeit heran! Ist denn Schladtestest da unten, wo die Kirchtürme wie Zgelfelle gen Himmel starren und die Erdenwürmer trotz aller Frömmigkeit sich chronisch gegenseitig aufressen? Langsam ist der neue, einsame Gast nähergewankt. Neugierig strömen die himmlischen Heerscharen zusammen. Ach . . . wieder so einer . . . dieses Jammerbild von Mutter Erde kennt man schon hier oben. Der Alte richtet sich zitternd am Stoch hoch, klappt in alter Gewohnheit mühselig die Haden zusammen und salutiert: „Druz, der verbungerte Druz aus Berlin, Veteran aus den glorreichen deutschen Kriegen, meldet sich gehorsamt zur großen Armee!“ . . . Auf dem zerfetzten Rock baumelt bunter, glühender Kriegsschmuck: die Landwehrdienstauszeichnung zweiter Klasse, die Bentenarmedaille, am Ordensband die Ehrenspange für den Todesritt von Mars-la-Tour. Ihn hat nicht die männermordende Schlacht, erst das grausame Hundeleben niedergebitten. Petrus winkt leutselig ab. Er weiß schon alles. Und dreimal spuckt der Himmelspfortner in weitem Bogen auf das liebliche Eden, wo der Hunger für Kriegsveteranen der beste Koch ist.

Am Dienstag erschienen in unserer Redaktion zwei mitleidige Leute, die uns eine alten weißbärtigen Mann vorstellten. Der Mann war 62 Jahre, hat den Feldzug 70/71 mitgemacht und acht Schlachten geschlagen. Der alte Mann war aus Herzberge entlassen worden. Man hatte ihm ganze 10 Pfennige gegeben, damit er nach Berlin fahren konnte. Und nun stand er da, der ehemalige Vaterlandsverteidiger. Sein letzter Weg war nach dem städtischen Obdach. Ob er Aufnahme gefunden hat, entzieht sich im Augenblick unserer Kenntnis. So sorgt das dankbare Vaterland für seine Söhne!

Am Dienstag brach in der Stralauer Straße, vor dem Hause Nr. 13, der Kriegsinvalide Wilhelm Kionde, geboren am 7. Mai 1850, vor Hunger zusammen. Die Bewohner des Hauses veranstalteten eine Sammlung für den Kermis. Er gab an, daß er beim 8. Sächsischen Dragonerregiment am 8. September 1870 schwer verwundet wurde. Der Mann ist vollständig mittellos und hat keine Wohnung.

#### Zwei Personen bei einer Explosion getötet.

Ein schweres Brandunglück, das durch eine gewaltige Benzineexplosion noch verschärft wurde, ereignete sich gestern mittag gegen 1/2 Uhr im Südosten Berlins in der Dresdener Straße 15. Bei der Katastrophe sind leider auch zwei jugendliche Arbeiterleben zu beklagen.

Im einzelnen erfahren wir über das Unglück folgendes:

Das Feuer ist in der Dresdener Straße 15 in der Ruyfederalager von A. Pohl entstanden und hat dann auf das Drogenlager von Hugo Grimpe mit kolossaler Schmelzigkeit übergegriffen. Es explodierte ein großes Benzinfäß, wobei die beiden Arbeiter Fritz Winstler, Grünhaller Str. 6, und Otto Hanisch, Reukölln, Bergstr. 95, den Tod gefunden haben. Beide wurden als unförmliche Masse auf dem 2. Hof unmittelbar an der Treppe aufgefunden. Von der Gewalt der Explosion kann man sich einen Begriff machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf dem 2. Hof das Plaster vollständig gesprengt ist. Teilweise ist die Asphaltdecke vollkommen in die Höhe geschleudert worden. Natürlich ist in dem Seitenflügel, wo die Explosion erfolgte, keine Fensterheibe ganz geblieben.

Wie in allen solchen Fällen liegt auch hier große Fahrlässigkeit seitens der Fabrikanten vor. Sowohl auf dem Hof als im Keller waren noch große gefüllte Benzinfässer, die zum Glück von der Feuerweh sofort vor weiteren Explosionen geschützt wurden.

Als die Explosion gemeldet wurde, rückte die Feuerweh mit zahlreichen Löschwagen nach der Unglücksstelle aus. Das Geschäftspersonal, das über dem Keller im Kontor arbeitete, konnte sich in Sicherheit bringen. Vollständig kopflos rannte das Personal fort und es konnte nicht ermittelt werden, ob noch mehr im Keller arbeiteten und ob bei der Explosion noch weitere Personen verunglückt sind. In den Hochhäusern, die durch diese Unfallschickse sehr gefährdet waren, herrscht natürlich ganz berechtigte Aufregung, denn das ganze Stadtviertel war durch die Lagerung von großen Mengen Benzin in die größte Gefahr geraten.

Die Flammen, die an Benzin, Läden, Oelen, Kisten, Tonnen und Farben reiche Nahrung gefunden hatten, konnten mit 8 Schlauchleitungen auf den großen Lagerkeller der Drogenfirma Hugo Grimpe beschränkt werden. Das Wasser, vermischt mit Oelen, Benzin, Farben usw. stand schließlich fufhoch im Keller und hatte eine unsaubere, graue Farbe angenommen.

Als die Explosion erfolgte, glaubten die Anwohner, der Mist habe eingeschlagen. Niemand glaubte, daß eine Explosion die Ursache der Detonation sein könne.

Die beiden Leichen der jungen Leute waren vollständig unkenntlich. Sie wurden von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

#### Ueber die Ursache

konnte bei der Kopffestigkeit und Zugelndpfeife der beteiligten Personen nichts Authentisches ermittelt werden. Nach der Lösung des Brandes stellte es sich heraus, daß ein mit circa 200 Kilo Benzin gefülltes, ansgemauertes Bassin noch unversehrt war. Ferner wurde ermittelt, daß noch Benzinvorräte auf dem Hofe lagerten. Nur dem sofortigen Einschreiten der Feuerweh ist es zu danken, daß nicht noch größeres Unheil entstanden ist. Das Grundstück Dresdener Straße 15 ist vollständig unterkellert. Die Keller stehen miteinander in Verbindung und sind so vollgepackt mit feuergefährlichen Materialien, daß wahrscheinlich nichts zu retten gewesen wäre, sobald noch einige der dort lagernden Fässer mit Benzin oder der Benzintank explodiert wären. Ein Palberfah ist nicht halb so schlimm wie die auf dem Hofe und im Keller lagernden Benzinvorräte.

Die Urheber zahlreicher Ueberfälle an wehrlosen Frauen sind jetzt in der Wuhleide von ihrem Sadjikal erollt worden. Der Polizei waren in letzter Zeit fortgesetzt Meldungen über das gemeingefährliche Treiben zweier Unholde zugegangen. Die Wüßlinge pflegten sich in Gebüsch zu verstecken und sobald sie eine Dame allein vorüberkommen sahen, stürzten sie aus dem Versteck heraus, fielen über die Wehrlose her und warfen sie zu Boden, um sie zu vergewaltigen. Zum Glück gelang es den Begehrerern in den meisten Fällen nicht, die Verbrechen zu Ende zu führen, da die Uebelthäter infolge der lauten Hilferufe der Opfer zur Flucht gezwungen wurden. Gelfern sollte es endlich gelingen, die Verbrechen unschädlich zu machen. Als die in der Markuststraße 14 zu Berlin wohnhafte 23jährige Arbeiterin Anna B. die Wuhleide passierte, lagen die beiden wieder auf der Lauer und fielen über sie her. Das junge Mädchen setzte sich verzweifelt zur Wehr und stieß laute Hilferufe aus. Zum Glück weilten mehrere Spaziergänger in der Nähe, die sofort hinzuprangen und die Täter überwältigten. Sie wurden der Polizei übergeben und als die „Gelegenheitsarbeiter“ Fritz Leichert und Karl Peters aus Berlin ermittelt.

Eine Liebestragödie am Telephon spielte sich gestern nachmittag im Westen der Stadt ab. Der 19 Jahre alte Hausdiener Wilhelm Sommerfeld aus der Bülowstraße 66 unterhielt seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit einer ebenso alten Kontoristin. Das Mädchen lernte vor einiger Zeit einen Monteur kennen, den sie ihrem früheren Geliebten vorzog. Sie schrieb diesem deshalb gestern, daß sie das Verhältnis lösen würde. Als der junge Mann gestern früh den Brief erhielt, war er untröstlich. Er konnte nicht mehr arbeiten und ging deshalb zu seiner Mutter, der er sein Leid sagte. Hier blieb er bis zum Nachmittag und weinte die ganze Zeit hindurch bitterlich. Das Jureden der Mutter, sich doch zu fassen, half nichts. Um 4 Uhr verließ er die elterliche Wohnung, nachdem er seinen Sonntagsgelast angezogen hatte, und ging zum Postamt in der Körnerstraße. Er ging in eine Fernsprechkabine und ließ sich mit dem Geschäft seiner früheren Geliebten verbinden. Als diese ans Telephon kam, sagte er, daß er dort sei und nur noch Lebenswohl sagen wolle. Im selben Augenblick drückte er die Waffe, die er schon auf sich gerichtet hatte, ab und brach von der Angel in die rechte Schläfe getroffen tot zusammen. Seine frühere Geliebte hörte den Knall durch das Telephon und bekam, da sie gleich abnte, daß er sich erschossen hatte, einen Ohnmachtsanfall. Die Leiche des jungen Mannes wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Eine folgenschwere Katastrophe hat sich gestern vormittag auf dem Gesundbrunnen ereignet. In der chemischen Waschanstalt und Färberei von Albert Herz, Koloniestr. 91/92, wurden durch ein abgesprungenes Schwungrad drei Personen erheblich verletzt. In dem Betriebe befanden sich mehrere Waschmaschinen, die mit Schwungradern in Gang gehalten werden. Gestern vormittag löste sich bei einer dieser Maschinen plötzlich das schwere Schwungrad, während es im Betriebe war, und flog in den Raum hinein. Die Folgen sollten recht verhängnisvoll sein. Drei Personen, die gerade in der Nähe der Maschine beschäftigt waren, wurden mit solcher Gewalt getroffen, daß sie zusammenbrachen und wie leblos liegen blieben. Fenster wurden zertrümmert und andere Maschinen beschädigt. Fabrikarbeiter aus den Nebenräumen eilten den Verunglückten sofort zu Hilfe und sorgten dafür, daß sie in ärztliche Behandlung genommen wurden. Am schwersten verletzt war der 22jährige Arbeiter Hermann Gottschalk, Koloniestr. 91 wohnhaft. Dem Kermis war das Schwungrad gegen den Kopf geflogen, so daß ein schwerer Schädelbruch herbeigeführt wurde. B. wurde nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er in hoffnungslosem Zustande daniederliegt. Ferner waren bei dem Unfall eine zwanzigjährige Wäscherin und ein anderer junger Arbeiter verletzt worden. Ueber die Ursache des Unglücksfalles, die bisher noch nicht aufgeklärt werden konnte, ist eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden.

Im Freibad Grünau ertrunken. Beim Baden im Freibad Grünau ertrunken sind die Lebtlinge Alfred Prengel und Alfred Schwarzkopff aus Reukölln, Bergstraße 138 wohnhaft und beim Schlächtermeister Wilhelm Schray beschäftigt. Prengel, der schwimmen konnte, hatte sich zu weit hinausgewagt, gefolgt von seinem Freunde, der des Schwimmens unkundig war. Plötzlich versanken beide in den Fluten. Gestern vormittag wurden beide als Leichen geborgen.

Selbstmord eines Fabrikbesizers. Auf furchtbare Weise hat der 61jährige Fabrikbesitzer Otto Beach, Almenacker 8 in Westend wohnhaft, seinem Leben ein Ende gemacht. B. war seit längerer Zeit schwer nervenleidend und konnte trotz vielfacher Kurren keine Heilung finden. In voriger Woche wurde er von einem besonders heftigen Anfall seines schmerzhaften Leidens betroffen. Da der Fabrikbesitzer fürchtete, geisteskrank zu werden, beschloß er freiwillig aus dem Leben zu scheiden. In seinem Schlafzimmer brachte er sich mit einem Rasiermesser zwölf tiefe Schnitte am linken Unterarm bei, wodurch die Pulsader und fast sämtliche Arterien durchschnitten wurden. Auch am linken Oberarmel fügte sich der Kranke eine schwere Verletzung zu. Erst nach längerer Zeit wurde der Fabrikbesitzer von Angestellten in einer großen Blutlache und fast leblos aufgefunden. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus Westend geschafft, wo er bald darauf verstarb.

Furcht vor Erbfindung hat die 61 Jahre alte Witwe Emilie Auerer, geborene Hex-pel, vom Schiffbauerdamm 11 in den Tod getrieben. Die Frau, die ihren Lebensunterhalt durch Adbermieten eines Zimmers bestritt und von ihrem Sohne unterstützt wurde, war augenkrank. Als sie sich unteruchen ließ, erfuhr sie, daß die Krankheit schon so weit vorgeschritten war, daß eine Heilung ausgeschlossen schien. Darüber war sie so verzweifelt, daß sie beschloß, lieber aus dem Leben zu scheiden, als des Augenlichts beraubt zu sein. Gestern erhängte sie sich in ihrer Küche am Fensterkreuz. Als man sie auffand, war sie schon tot. Ihre Leiche wurde beschlagnahmt und dem Schauhause überwiesen.

Einbruch in die Villa des Grafen Fint von Finkenstein in Eberswalde. In der Nacht zum Dienstag haben Berliner Einbrecher auf ihrer Reife durch die Mark in Eberswalde eine Gaffrolle gegeben. Drei von ihnen, berückigte Berliner Selbstbranknoder, wurden von dortigen Polizei dabei abgefaßt und hinter Schloß und Riegel gebracht. Die anderen Einbrecher, die dem Grafen einen Besuch abstatteten, sind entkommen. Die Diebe verschafften sich in der Nacht



gegen 12 Uhr gewaltsam Eingang in die Villa und stahlen aus Schränken, die sie erbrachen, für über 8000 Mark Silberfachen aller Art, wie einen Kasten mit silbernen Besteck für 18 Personen, silberne Uhren, Juchendchen, Kaffeemaschine, Becher usw. Alle Silberfachen sind mit dem Wappen des Grafen gezeichnet. Dieses besteht aus mehreren Feldern, in dem oberen befindet sich ein Doppeladler, in dem unteren ein Hund. Über dem Wappenfeld befindet sich eine neunzählige Krone. Mehrere silberne Teller tragen den Namen M. von der Burg.

Der Dekonom des Löwenbräuerei-Ausschusses in der Hochstraße, Herr Donath wurde gestern von seiner Dogge derartig an beiden Armen zerfleischt, daß sich seine Ueberführung in das Krankenhaus nötig machte. Der Hund wurde von einem Polizeibeamten erschossen. — Im Betrieb des Gastwirts wird zurzeit gestreift.

Ein freiwilliger Raub ist gestern Abend auf dem Wedding verübt worden. Vor dem Grundstück Herstr. 14 war der Schneidermeister Wilhelm Tilscher, Bornemannstr. 1 wohnhaft, plötzlich von Krämpfen befallen worden und leblos umgefallen. Es trat nun ein fremder Mensch an ihn heran, der sich als Samariter aufspielte und dem Erkrankten angeblich Hilfe leistete. In Wahrheit hatte es der Unbekannte jedoch auf die Veranbarung des Vermögens abgesehen. Er raubt ihm eine Börse mit 180 M. sowie die Uhr aus der Tasche und machte sich, als der Kranke wieder zu sich kam, aus dem Staube. Leider vermochte T. von dem Ueberläufer keine Beschreibung zu geben, da er den Diebstahl erst einige Zeit später bemerkte und der dreiste Räuber inzwischen die Flucht ergriffen hatte.

Am Spirituslocher lebensgefährlich verbrannt hat sich gestern nachmittag das 18 Jahre alte Dienstmädchen Helene Riebecke, das bei dem Erzpriester der St. Mauritiusgemeinde R. Kubern in der Mauritiusstraße, 9 zu Lichtenberg beschäftigt war. Das junge Mädchen beging die Unvorsichtigkeit, in einen noch brennenden Spirituslocher Spiritus nachzufüllen. Die unausbleibliche Folge war, daß Kocher und Spirituslocher in Brand gingen und explodierten. Die Flammen ergriffen die Kleider des Mädchens. Auf ihr lautes Geschrei kamen Leute zu Hilfe und erstickten die Flammen. Die Unglückliche war aber schon über und über mit Brandwunden bedeckt. Mit einem künftigen Krankenautomobil wurde sie nach dem St. Hedwigskrankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Wer ist die Tote? In Saatzwinkel wurde gestern die Leiche einer unbekanntens ungefähr 80 Jahre alten Frau aufgefunden. Die Tote, die nach der Leichenhalle in Plöhensee gebracht wurde, ist ungefähr 80 Jahre alt und 1,68 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, ein frisches Gesicht, braune Augen und vollständige Zähne und trug ein weißes Kostüm mit Spachtelbluse, weiße Schuhe mit Messingknäulen, einen großen weißen Hut mit schwarzem Band und weiße Unterwäsche, die mit dem Buchstaben H gezeichnet ist.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern gegen 1/5 Uhr am Kottbuscher Damm ereignet. Dort wollte am Hohenstaufenplatz der Bäcker Otto Hübner aus der Herstraße 42 in Reußfeld unmittelbar vor einem Straßenbahnwagen das Gleis überqueren. Er wurde jedoch umgestoßen und erlitt schwere Kopfverletzungen und einen Bruch des Rückenmarks. Der Verunglückte fand im nahen Lieban-Krankenhaus in bestimmungslosem Zustande Aufnahme.

Gesunden. In Köpenick hat sich ein Fahrrad und eine Mähe angeklungen. Der Eigentümer erhält nähere Auskunft beim Vorsitzenden des Arbeiterfahrervereins Groß-Berlin, Paul Pippow, Liegnitzer Str. 10, vorn II.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln.

Der Wahlverein nahm in seiner am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung zunächst Stellung zur Kreis-Generalversammlung, die unter anderem das Statut des Verbandes Groß-Berlin zu beraten hat. Zu dem Entwurf dieses Statuts empfahl der Referent Scholz folgende Veränderungen: Die Funktionäre des Kreises im Vorstandsvorstand sollen nicht nur dem Kreis, sondern auch den örtlichen Wahlvereinen Bericht erstatten. — Bei wichtigen Angelegenheiten, die nach dem Statut den Kreisen zur Beratung zu überweisen sind, soll auch in den Landkreisen den örtlichen Organisationen Gelegenheit gegeben werden, zu diesen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. — Nicht für 100, sondern für je 200 Mitglieder soll ein Delegierter zur Verbands-Generalversammlung gewählt werden. — Die Versammlung stimmte diesen Abänderungsvorschlägen zu.

Darauf erstattete Genosse Scholz den Vorstandsbericht für das verfloßene Geschäftsjahr. Der Redner gedachte zunächst der außerordentlich günstigen Ergebnisse der Reichstagswahl, sowie der Vorgänge bei den Stadtverordnetenwahlen. Dann ging er auf die Geschäfte des Vereins ein. Eine im November veranstaltete Agitation für den „Vorwärts“ hatte das günstige Ergebnis, daß 2806 neue Abonnenten gewonnen wurden. Aber es ist leider nicht möglich gewesen, die Gewonnenen vollständig zu erhalten. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten betrug am Schluß des Geschäftsjahres 16 088. Das ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von nur 843. Die „Gleichheit“ wird in 455 Exemplaren gelesen. Hier ist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 55 zu verzeichnen, obgleich der Verein im Geschäftsjahr 479 neue weibliche Mitglieder gewonnen hat. Eine besondere Agitation für den Wahlverein, die im Dezember im Anschluß an 16 Bezirksversammlungen betrieben wurde, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Es wurden nur 480 neue männliche Mitglieder gewonnen. Eine Hausagitation zur Gewinnung von weiblichen Mitgliedern brachte 445 Neuaufnahmen. Die Agitation, die im Anschluß an den Frauentag im Mai stattfand, hat der Organisation 251 neue weibliche Mitglieder zugeführt. — Die Werbearbeit unter den Frauen wird außer von den 28 Leiterinnen der Lesende von 209 Gruppenführerinnen erledigt.

Der Mitgliederbestand des Wahlvereins belief sich am 1. Juli 1911 auf 11 367 männliche und 2078 weibliche, zusammen 14 345. Am 30. Juni 1912 betrug die Mitgliederzahl 11 746 männliche und 2452 weibliche, zusammen 14 198. Die Zunahme beträgt also 379 männliche und 479 weibliche, insgesamt 858 Mitglieder. Das ist im Vergleich zu früheren Jahren kein günstiges Ergebnis. Die Streikungen sind sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Mitgliedern viel zahlreicher als die Aufnahmen. Auch die aus dem Orte Abgehenden sind zahlreicher als die Zugiehenden. Allein durch Abzug hat der Verein 400 Mitglieder verloren. Den Neuaufnahmen von 2436 männlichen Mitgliedern steht eine Zunahme von nur 379 männlichen Mitgliedern gegenüber. — Von den 11 746 männlichen Mitgliedern sind 9192 gewerkschaftlich organisiert. Das sind 81,8 Proz., während es im vorigen Jahre 84 Proz. waren. Der Konsumgenossenschaft gehören 2297 Wahlvereinsmitglieder an. — Die Zahl der „Vorwärts“-Leseer unter den Mitgliedern beträgt 9881 oder 87,8 Proz. Auch diese Zahl ist gegen das Vorjahr, wo sie 89 Proz. der Mitglieder betrug, zurückgegangen. Die Expedition in Neukölln hat 16 088 „Vorwärts“-Abonnenten. Es sind also 7100 „Vorwärts“-Abonnenten in Neukölln, die dem Wahlverein nicht angehören. Andererseits lesen aber 1301 Wahlvereinsmitglieder den „Vorwärts“ nicht. Es wurde festgestellt, daß 810 Mitglieder überhaupt keine Zeitung „unparteiisch“ und 800 Mitglieder überhaupt keine Zeitung lesen. Von den letzteren sind 228 Schlafwandler. — Unter Hinweis auf die angeführten ungünstigen Tatsachen ersuchte der Redner um rege Mitarbeit der Genossen bei der Agitation, damit der nächste Bericht in jeder Hinsicht günstiger ausfallen kann.

Der vom Genossen Hube vorgelegte Kassenbericht für das verfloßene Jahr zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 64 760,41 M., wovon 57 597,38 M. an die Kreisliste abgeführt worden sind. Außerdem wurden der Kreisliste aus dem Betrieb von Proschüren, Rainmarken usw. 4 819,80 M. zugeführt.

Noch einer ausgedehnten Diskussion, die sich auf verschiedene Einzelheiten aus dem örtlichen Partei- und Organisationsleben erstreckte, wurde der Kassierer entlassen. — Dann wurde eine aus der Parteigenossen aufgeführte Resolution angenommen, welche die Zutreten und deren Beiträgen zu fördern.

Die Anstellung eines Sekretärs für den Wahlverein, die auf Veranlassung des Vorstandes bereits die Jahlabende beschäftigt hat, wurde von der Versammlung nach kurzer Debatte mit allen gegen drei Stimmen beschlossen. — Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Scholz erster, Helbig zweiter Vorsitzender, Keller Schriftführer, Kupke, Kummel und Wunzel Revisoren, Wählenderlein, Rudig, Kottmann und Weiersdorf Revisoren. Genosse Hube führt die Kassengeschäfte weiter bis zur Wahl des Sekretärs, der diese dann mitbesorgen soll. — Als Beiratsmitglieder wurden gewählt für den ersten Bezirk Hübner, für den zweiten Bezirk Kahlbaum, für den dritten Bezirk Kiewewetter, für den vierten Bezirk Kibrecht. Als weibliche Revisoren in der Vorstandswahl die Versammlung die Genossinnen Röhl und Scholz.

### Steglitz.

Die zweite außerordentliche Sitzung der Gemeindevertretung erledigte gestern bei 15 Anwesenden die fast durchweg wichtige Tagesordnung, die einen stärkeren Besuch gerechtfertigt hätte. Bemerkenswert ist vorweg, daß auch eine Vollversammlung keine anderen Beschlüsse gefasst hätte, da durch die fehlenden Herren das Stimmverhältnis der einzelnen Parteien nicht gestört war: Die Hausbesitzermehrheit, verstärkt durch die Mitglieder des Gemeindevorstandes war vorhanden und konnte wie stets der Bürgerchaft ihren Willen aufzuzwingen. Der Abschluß eines Vertrages der Gemeinde mit der Steglitzer Eisenbahngesellschaft m. B. G. wurde von unserem Vertreter Kymann aus prinzipiellen Gründen bekämpft. Er müsse auch hier wieder die Forderung erheben, daß wirtschaftliche Interessen der Gemeinde in eigenen Betrieb genommen werden müßten. Es liege kein stichhaltiger Grund vor, einen Privatunternehmer zwischen die eisproduzierende Gemeinde und die Konsumenten zu stellen, wodurch nicht nur die Einnahmen der Gemeinde geschmälert, sondern auch das Produkt verteuert würde. Solch unannehmbar für ihn sei jedoch der vorliegende Vertrag noch besonders deshalb, weil die Gesellschaft der verticaglichenden Eisenbahngesellschaft der Gemeindeverordnete Vant und dessen Ehefrau seien. Er halte eine solche geschäftliche Verbindung eines Gemeindevorordneten mit der Gemeinde nicht für angebracht und werde aus diesen Gründen gegen den Vertragsschluß stimmen. Schöffe Jochim entgegnete, daß zwar in einigen Kommunen dieser Grundlag durchgeführt sei, daß er ihn aber nicht für richtig halte, da er darauf hinauslaufe, Geschäftsleute mit wirtschaftlichen Rücksichten für die Annahme eines Ehrenamtes zu bestrafen. Der Antrag selbst wurde nach langer Debatte, in der von der Hausbesitzerpartei wiederholt bedauert wurde, daß gerade einer der übrigen der Vertragsschließenden sei, was sicher in der Wahlagitation gegen sie ausgenutzt werden würde, gegen eine Stimme angenommen. Der Betrieb des Eisenwerkes wird voranschließend Ende August oder Anfang September aufgenommen werden.

Nachdem unsere Gemeinde ein eigenes Elektrizitätswerk errichtet hat, mußte sie vertraglich das Radelney der Verleiner Vorort-Elektrizitätswerke „zum Tagwert“ übernehmen, der durch zwei Gutachter festzustellen war, deren je einen die Gemeinde und die B. G. zu ernennen hatten. Das war geschehen mit dem Ergebnis, daß der Gutachter der Gemeinde den „Tagwert“ auf 189 000 Mark, derjenige der B. G. aber auf 1 181 000 Mark schätzte. Da die Gemeinde selbstverständlich einen derartig unerhörten Preis nicht zahlen wollte, mußte ein vertraglich vorgesehenes Übergabeschreiben eingeholt werden, das sich auf der „mittleren Linie“ bewegt und zu der immerhin ansehnlichen Summe von 580 000 M. kommt. Da man allgemein einem gerichtlichen Austrag der Sache abgeneigt war, wurde einstimmig beschlossen, die 580 000 M. zu zahlen. Auch der Vertrag mit dem Kreise Teltow über die Betriebsführung unserer Straßenbahn wurde gutgeheißen und dann der Tarif für die vom Bahnhof bis zur Siemensstraße verlängerte elektrische Straßenbahn zur Beratung gestellt, der neben zwei Teilstrecken a 10 Pf. für die gesamte Strecke 15 Pf. festlegt. Genosse Kymann im Bemängelte zunächst, daß der Gemeindevorstand die bezügliche Bekanntmachung erlassen habe, ehe die Gemeindevertretung über die Entscheidung ausstehe, einen Beschluß gefaßt habe. Auch gegen die Behauptung des Referenten, Schöffe Jochim, daß u. a. der Finanzaußschuß die Vorlage angenommen habe, müsse er sich wenden, weil dies unzutreffend sei. Nur ein Mitglied dieses Ausschusses habe mit vier Herren des Gemeindevorstandes das gestimmt. Im übrigen wandte er sich gegen die Vorlage und beantragte den Rezipiensentwurf im Interesse des Verkehrs und der Gemeinde. Trotzdem der Antrag von einigen Herren der Bürgerlichen Linken mit guten Gründen warm unterstützt wurde, erfolgte gegen vier Stimmen Ablehnung. Bürgermeister Dühring konnte es sich nicht versagen, wieder einmal den Schulmeister zu spielen, indem er Genossen Kymann Verleugung der Geschäftsordnung vorwarf. Er mußte sich jedoch sagen lassen, daß es ihm schiedt anstehende, als Geschäftsordnungswächter aufzutreten, da er selber entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung im Finanzaußschuß einen Beschluß habe fassen lassen, also geschäftswidrig gehandelt habe, obwohl er auf die Ungültigkeit des Beschlusses hingewiesen worden sei. Nach Ablehnung des 10 Pf.-Tarifs versuchte Genosse Kymann auf andere Weise dem Verkehrsbedürfnis Rechnung zu tragen, ohne jedoch Entgegenkommen zu finden. So beantragte er Verlängerung der Teilstrecken, Einführung einer dritten Teilstrecke, Uebergangsbereitstellung zur gleichlofen Bahn. Alle Mäße war vergebens — gegen eine Stimme wurden seine Anträge abgelehnt. Auch der so selbstverständliche Antrag, die Arbeiterwochenarten nicht für eine Kalenderwoche, sondern für sechs aufeinanderfolgende Arbeitstage gelten zu lassen, wie es sogar bei der Eisenbahn Regel ist, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Nur der Antragung versprach der Bürgermeister mitzugeben, daß auf dem Rathaus eine Ausgabestelle für Wochenarten eingerichtet werden soll.

Der Verlauf der Sitzung befriedigte voll, daß auch 15 Mann genau so rüchständige Beschlüsse zustande bringen können, wie die Gesamtvertretung in Stärke von 52 Mann.

### Wilmerdorf.

In dem gestrigen Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins muß es selbstverständlich in der vierten Reihe von unten heißen, die genannten Parteigenossen sind zu Mitgliedern des Bildungsausschusses und nicht des Bezirksausschusses gewählt.

### Potsdam.

Zu dem Eisenbrand, der Dienstagnachmittag auf dem Druschlagers Lagerplatz an der Leipziger Straße wüthete, wird noch gemeldet: Das Terrain ist mehrere Morgen groß und gehört der Eisenbahn, die es an den Kaufmann Druschl verpachtete, der wiederum mehrere Unterpächter einsetzte. Es standen Schuppen, Ställe und Depots dort. Außer Druschl, der dort Genörg, Darmlager und Fleischermaschinen untergebracht hat, hatte der Kohlenhändler Schröder dort größere Vorräte an Brennmaterialien, Maschinen und Nutzholz aufgespeichert. Alle möglichen Produkte waren auf dem Platz aufgespeichert. Gegen 1/2 Uhr sahen Passanten unmittelbar an dem großen Kohlenlager der Eisenbahn hinter einem Schuppen Rauch aufsteigen, dann schoß eine Feuergerbe empor und bald war alles ein Flammenmeer. Indurchdringlicher Qualm wälzte sich über die Brandstätte und der Wind trieb die heißenden Rauchwolken über den südlichen Stadteil, der bald raucherfüllt war. Sechzig Feuerwehreinheiten hatten unterbrochen mit einem Detachement vom 1. Garde-Regiment

zu tun, um des Feuers einigermaßen Herr zu werden. Bald lag ein unentwirrbares Chaos von Trümmern, Holz- und Kohlenstücken und Gebälk auf dem Brandplatz. Da und dort glühten Maschinenteile, 100 Zentner Salz, mehrere Fässer Dämme und Zwickelhaufen lagen unter den Gebäudetrümmern. In drei Stallungen verbrannten je ein Pferd, und ein ganzer Geflügelstall ging mit dem Federvieh in Flammen auf. Trotzdem ein Reiz von 16 Schläuchen über die Brandstelle verzweigt war, gelang es nicht, das Flugfeuer abzuwehren, das schließlich auf zwei an der erhöhten Straße liegende Pavillons übersprang. Der Professe Zigarrenladen und das Blumengeschäft von Keffel wurden in ihrem Innern völlig zerstört. Der Brandschaden wird auf über 50 000 M. beziffert. Am schwersten ist der Kohlenhändler Schröder betroffen, dessen Inventar fast nicht versichert war.

## Gerichts-Zeitung.

### Wirkungen der Strafgesetzreform.

Die strafmildernde Wirkung der neuen Novelle zum Strafgesetz zeigt sich in dem Reichsgerichtskriminalgericht fast täglich in einer Weise, die erkennen läßt, daß es sich hierbei um eine Gesetzesänderung handelt, die endlich eine Anzahl völlig unangebrachter Scharfen beseitigt und das Gesetz viel mehr mit dem Rechtsempfinden in Einklang gebracht hat.

Vor nicht allzu langer Zeit hatte sich ein bisher unbestrafter Mann unter der Anklage des schweren Diebstahls vor der Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte war über einen Jaun auf einen Kohlenplatz gestiegen und hatte sich dort in dem Moment, als er ertappt wurde, gerade eine einzelne Kiste Holz im Werte von einigen Pfennigen angeeignet. Da der Diebstahl „mittels Einsteigens“ verübt war, also schwerer Diebstahl vorlag, mußte der Angeklagte, der in der bittersten Not gehandelt hatte, zu der gesetzlich niedrigen und ganz unangemessenen hohen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt werden. Der damalige Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lenz, verkündete dieses Urteil mit offenen Worten des Bedauerns über die Schärfe des Gesetzes in derartig milde liegenden Fällen. Diese mehr als dramatische Strafe ist nunmehr ein für allemal beseitigt. Der Diebstahlsparagraf, der bisher nur Gefängnisstrafe zuließ, hat bekanntlich folgenden Zusatz erhalten: „Der aus Not geringwertige Gegenstände entwendet oder unterschlägt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.“ Wie sich diese Änderung in der Praxis bewährt, zeigen mehrere Fälle, die in diesen Tagen die Strafkammer beschäftigen.

Angeklagt wegen schweren Diebstahls im straffschärfenden Rückfalle war ein Arbeiter Diebstahl. Dieser hatte sich vor vielen Jahren im Leichtsinne gegen das Strafgesetz vertragen und besand sich nun „im Rückfall“, als er eines Tages in der bittersten Not und um Frau und Kinder vor Hunger zu schützen, ein Stück Regengasse abtrug, um es als altes Zint für ein paar Pfennige im „Lumpenseller“ zu verkaufen. Da auch dieser Diebstahl mittels Einsteigens verübt war, hätte bei Zuzählung mildernder Umstände, zu der niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafe von — einem Jahre Gefängnis verurteilt werden müssen, da schwerer Diebstahl im straffschärfenden Rückfalle vorlag. In der Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Karl Loewenthal auf jene Novelle zum Strafgesetz aufmerksam und wies darauf hin, daß der Strafantrag fehle, der bisher nach der alten Fassung nicht nötig war. Die Folge war, daß das Verfahren wegen des fehlenden Strafantrages eingestellt werden mußte.

In einem anderen Falle hatte eine Köchlin Gemann in einem Laden für 65 Pfennige „Wert“ geklaut. In diesem Falle handelte es sich um eine mehrfach vorbestrafte Raubdiebin, die aber schon wiederholt als geisteskrank gemäß § 51 St.-G.-B. freigesprochen worden war. Auch jetzt hätte wiederum eine losspielige und langandauernde Untersuchung der Angeklagten stattfinden müssen. Da hier ebenfalls ein Strafantrag fehlte, wurde das Verfahren gegen die G. eingestellt. — Auch die Milderungen aus Absatz 2 des § 123 (Hausfriedensbruch) gelangen häufig zur Anwendung. Das erfahren dieser Tage zwei junge unbestrafte Leute, die in angetrunkenen Stimmung auf die Aufforderung des Wirts hin nicht sofort das Lokal verlassen hatten. Die beiden unbescholtenen Leute hätten früher ihre Tat mit mindestens 1 Woche Gefängnis büßen müssen, da dies bisher das gesetzliche Strafmaßium bei gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch war. Da die Novelle jetzt auch Geldstrafe vorseht, wurden sie nur zu Geldstrafen von je 10 M. verurteilt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die birmanische Frau.

Der Untergang aller Sitten, Ordnung und des Familienlebens soll die Folge sein, wenn die Frauen die politische Gleichberechtigung mit dem gleichen Wahlrecht wie die Männer erhalten. Wie falsch und unecht dieses Gefühl ist, beweist augenfällig ein Aufsatz erregender Artikel im „Journal of the Maha Bodhi Society“, der die Stellung der birmanischen Frau behandelt. Nirgends in der Welt, heißt es in der betreffenden Abhandlung, hat eine Nation ihren Frauen solch absolute Freiheit, solch glänzende Verfügung über ihr Leben und Eigentum zugestanden, wie die Birmanen es getan. In Bezug auf Gesetz, Religion und Sitten steht die Frau dem Manne gleich. Die Frau verwaltet selbständig ihr Eigentum, ihr Mann hat kein Verfügungsrecht hierüber. Von Kindheit an ist sie frei. Das Mütterwesen, welches die Frau als Göttin pries und sie als Sclavin behandelte, ist nie nach Birma gedrungen. Dabei ist die Birmanin weiblich geblieben. Verheiratet oder ledig hat fast jede Frau eine Beschäftigung neben ihren häuslichen Pflichten. Die Wirkung dieser Gepflogenheit, daß jede Frau ein eigenes Geschäft besitzt, hat großen Einfluß auf ihr Leben.

Ihr Bild erweitert sich, sie lernt Dinge, die der enge Kreis der Hauslichkeit sie niemals lehren würde, sie erwirbt so die Toleranz und das Verständnis, die jedem so sehr ausfallen, der sie kennt. Die Ehecheidung ist so leicht zu erlangen, wie es der vorgeschrittene Reformator wünschen kann, aber sie gehört zu den Seltenheiten. Was sogar die Stimmrechtsgegner zu diesen Ausführungen?

Etwas ist noch anzufügen: diese Selbständigkeit der birmanischen Frau hat etwas zur Voraussetzung: durchaus andere soziale Verhältnisse und Einrichtungen, als die sogenannten Kulturländer sie besitzen. In Birma kann die Frau einem Beruf nachgehen, ohne ihre familiären Pflichten zu vernachlässigen, weil sie der Berufsarbeit nur 3 Stunden widmet. Wo haben wir das in den Ländern, die sich ihrer Kultur rühmen. Die Erwerbsarbeit nimmt heutzutage die volle Kraft des Mannes in Anspruch, so daß letzterer an der Erziehung der Kinder nicht teilnehmen und sein Leben für die Familie nicht mehr in Betracht kommen kann. Von den erwerbstätigen Frauen gilt das gleiche. Für die Mehrzahl derselben behält der Satz sein Recht: „Niemand kann zweien Herren dienen“. Nur die Vereinerung der kapitalistischen Herrschaft, die Verwirklichung des Sozialismus, schafft wieder für jede Frau die Möglichkeit, alle ihre Fähigkeiten, alle Seiten ihres Wesens reich zu entwickeln und auszuschöpfen. Und mit jedem Tag wachsen die wirtschaftlichen Voraussetzungen kräftiger, mannigfaltiger empor für die sozialistische Gesellschaft und für die einzig in ihr mögliche erweiterte und höhere Tätigkeitsphäre des gesamten weiblichen Geschlechts.

### Frauenarbeit und Frauenstimmrecht in Amerika.

Bisher beschränkt sich das Frauenwahlrecht in der Union auf eine Reihe der Weststaaten, während es in den alten Oststaaten nirgends eingeführt ist. Nur in industriell wenig entwickelten Staaten hat man es bisher gewagt, den Frauen, den Proletarierinnen, Stimmrecht zu gewähren. Das zeigt eine Auffassung der New Yorker Volkszeitung, die die Ausdehnung der Fabrikarbeit der Frauen in den verschiedenen Gebieten Amerikas darlegt. Bei der Zählung



von 1900 — die Zahlen von 1910 stehen noch aus — gab es im Staate Wyoming, wo die Frauen schon seit 1869 das Wahlrecht haben, nur 47 Fabrikarbeiterinnen. In Idaho waren es 59, in Utah 818, in Colorado 1594. — Dagegen wurden schon 1900 in Pennsylvania 126 100, in Massachusetts 148 100, in New York (Staat) 330 300 Fabrikarbeiterinnen ermittelt. Heute sind es dort schon über eine halbe Million. Hier also ist die Erweiterung der Frauenrechte zugleich eine Klassenfrage, der Kampf darum ein Stück Klassenkampf. Daher der Widerstand der herrschenden Parteien.  
(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

## Aus aller Welt.

### Eine Eifersuchtstragödie.

die sich am Mittwoch in Paris zugegetragen hat, erregt das größte Aufsehen. Die bekannte Pariser Schriftstellerin Frau Bloch, die unter dem Pseudonym Beauclieu schreibt, hat gestern ihre Nebenbuhlerin, eine Amerikanerin, eine Mrs. Bridgeman, erschossen.

Frau Bloch, deren Mann Reisender für eine große Firma ist, hatte in Erfahrung gebracht, daß ihr Gatte Beziehungen zu Frau Bridgeman, einer schönen rotblonden Amerikanerin, die für die New York Versicherungsgesellschaft tätig war, unterhielt. Frau Bridgeman, die gleichfalls verheiratet war, hatte ein Parterrezimmer gemietet, in dem sie sich mit Bloch zu treffen pflegte. Mittwochmorgen begab sich Frau Bloch zu Frau Bridgeman und es kam zu einer heftigen Aussprache zwischen den beiden Nebenbuhlerinnen, in deren Verlauf Frau Bridgeman sagte: „Ihr Gatte gehört mir und ich werde ihn behalten“. Darauf zog Frau Bloch einen Revolver und gab zwei Schüsse auf die Amerikanerin ab, die sofort tot zu Boden sank. Nach der Tat stellte sich Frau Bloch selbst der Polizei. Das Schicksal beider Frauen erregte lebhafteste Teilnahme. Frau Bloch hat aus ihrer Ehe zwei Kinder im Alter von 9 und 10 Jahren. Sie selbst ist eine pikante Brünnette im Alter von 35 Jahren. Vor kurzer Zeit konnte sie einen großen literarischen Erfolg erringen, als ein Lustspiel von ihr mit großem Erfolg in Theater „Palais Royal“ aufgeführt wurde.

### Drei New Yorker Polizeinspektoren verhaftet.

Die in der Nordische Rosenthal verhafteten Spieler haben drei Polizeinspektoren und andere Personen nomhaft gemacht, die von den Spielhöllebesitzern Bestechungsgelder angenommen haben sollen.

Der Chef des Defekturbureaus erklärte, er und der Giftpolizeichef hätten schon seit einer Woche gewußt, wer die Ermordung Rosenthals angeordnet habe, sie hätten aber das Geständnis der Spieler abwarten wollen, bevor sie zur Verhaftung schritten.

### Das läßt tief blitzen.

Im Sprechsaal des „Theatercouriers“ findet sich folgender

**Rat**  
für Hermann Bachmann (Gottschalk), Deklamator, zeitweiliger Theaterdirektor und 1. Fachmitglied.

Wir sind so beglückt und froh über Ihr endliches Verschwinden, nur, daß Sie in so gemeiner und heimtückischer Weise noch eine Benefizvorstellung veranstalten, das sei Ihnen nicht verziehen. Dafür sollen die Kurien der Reue und das „Röhlermädchen von Dingoda“ Ihnen allnächtlich in Ihren Träumen erscheinen, bis Ihre geräderte Seele den mühen leid des 6. Chorgespielers verläßt.

Die tieftrauernd hinterbliebenen Mitglieder  
Ernst Beier, O. Köstel, Oskar Winler  
in heftiger Freude.

### Eine kommunale Krise und Zittlichkeitsbedenken.

Rom, den 20. Juli 1912. (Fig. Ver.) Sehr merkwürdige Umstände haben in Valgrate, einer kleinen Stadt Oberitaliens, zum Austritt der gesamten Stadtverwaltung geführt. In dem am Commerce gelegenen Ortchen erschien im Mai dieses Jahres eine „Dame“, die dort einen Klub errichten wollte, in dem jungen Leuten gewisse Gelegenheiten geboten werden sollten, die bisher in Valgrate fehlten. Die Stadtverwaltung trug aber der allgemeinen Abneigung gegen das neue Unternehmen Rechnung und verbot die Eröffnung des Klubs. Die Dame findet aber, daß sie überhaupt keiner behördlichen Erlaubnis bedarf und eröffnet ihr Lokal, worauf der Bürgermeister die Hilfe der Regierungspräsidenschaft anruft. Dies schickt einen Kommissar, der aber auch nichts anderes tun kann, als eine minderjährige Inassin des Klubs auszuweisen. Die Aufregung in der kleinen Stadt wächst immer mehr, denn Valgrate ist eine beliebte Sommerfrische, und man fürchtet die ständige Entvölkerung der Sommerfrische. Die Stadtverwaltung verliert vergebens, die Bürgerschaft von der Unmöglichkeit eines gesetzlichen Eingreifens zu überzeugen. Es werden Protestversammlungen der Familienväter und -mütter abgehalten, bis die Präfektur wieder einen Kommissar schickt, der diesmal feststellt, daß die drei Inassin des Klubs beim besten Willen nicht als Minderjährige ausgewiesen werden können, da sie 42, 48 und 50 Jahre alt sind. Der wachsenden Entvölkerung der Bevölkerung gegenüber entschloß sich dann die Stadtverwaltung, ihr Amt niederzulegen und die Klubbams will jetzt ihr Unternehmen, das in Valgrate nicht sehr prosperiert haben dürfte, in ein anderes Städtchen verlegen, wo die Familienväter mehr Verständnis für solche Dinge an den Tag legen.

### Bourdeswasser.

Die Münchener Wochenschrift „Witz“ bringt ohne Kommentar eine schöne Annonce aus dem „Mars Bourdes-Kalender“ 1912, die ein Bekanntwerden in weiteren Kreisen verdient:

2 Rosentränge  
aus der Grotte in Bourdes  
berühmt, liefert franco nach ganz  
und außer Deutschland für 2 Mark  
der Bürgerführer  
E. Siebel sen., Waldsee (Württ.)

Wasser  
aus der Grottequelle von Bourdes  
in versiegelten Ein-Liter-  
Glasflaschen zu Mark 1.20 ver-  
sendet in Kisten C. Siebel sen.,  
Bürgerführer, Waldsee (Württ-  
berg). Kartonschen mit 4 Liter  
Inhalt ist stets frischer Füllung  
liefert Obiger franco zum Preise  
von Mk. 4.50. Bei größeren Be-  
stellungen wolle stets die nächst-  
gelegene Eisenbahnstation an-  
gegeben werden.  
Obiger.

### Meine Notizen.

Explosion in einer Pulverfabrik. In Appelline (Italien) ist am Dienstag eine Pulverfabrik in die Luft geflogen. Die gesamten Gebäulichkeiten wurden zertrümmert. Man spricht von vier Toten und zahlreichen Verletzten. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Bylton in Italien. Aus Bologna wird berichtet, daß am Dienstag ein Bylton den größten Teil der Stadt vollständig zerstört hat. Auch die Umgebung von Bologna ist stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Bylton zündete wiederholt und setzte mehrere Häuser in Flammen, die vollständig abbrannten. Eine Frau wurde durch Blitzeschlag getötet. Mehrere Flugapparate sind in ihren Schuppen zerstört worden. Auch in Pysa verursachte ein Gewitter großen Schaden.

Pete- und Diktatorklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Rudi Deß, Somarstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 2. August.

Arbeiter-Bund „Die Naturfreunde“. Wanderausfahrten am Sonntag, den 3. August 1. Für Kinder über 6 Jahre (3 Tage, Sonnabend bis Montag) Teget-Markt durch den Krämer-Finkenweg, Teget, Sonnabend bis 9 Uhr vorm. Endstation der Strahmbahn Teget. II. Fürner-Grünbeide-Waldsee-Stiergasse-Staatsweg. III. Schel. Bahnh. Sonnabendabend 9 30 Uhr. — III. Poldham-Riesendörfel-Waldsee. IV. Schel. Bahnh. Reichsdorf. 6.47 Uhr vorm. — IV. Fürnerwald-Bauernhof-Berge-Staatsweg. V. Schel. Bahnh. 7.15 Uhr vorm. — V. Staatsweg. Besichtigung der Grotten „Marga“ und „Ase“. Abfahrt Sonnabendabend 7.15 Uhr und 8.15 Uhr. — VI. Fürnerwald-Bahnhof-Summit-Frohman. VII. Schel. Bahnh. 6.45 Uhr vorm. — VII. Staatsweg-Riesendörfel. Abfahrt 2 Uhr Bahnh. Grunenwald (Restaurant Waldsee).

Verband der Heilungsbereiten Deutschlands. Deuts. Donnerstag, den 1. August, abends 9 1/2 Uhr, Rosenfelder Str. 11/12: Versammlung. Vortrag des Genossen Stabel.

Unser diesjähriger großer

# Saison-Ausverkauf

bietet außergewöhnlich große Vorteile

Die überaus große Reichhaltigkeit unserer Ausverkaufswaren gestattet uns, nur einen Bruchteil derselben hier aufzuführen. Wir bringen daher in den nachstehenden Preisen nur einige Beispiele unserer sensationellen Billigkeit.

## Herren-Stiefel

Spiegelroßled., Schnür- u. Zugstf., beidh., fr. 7.90	jetzt 4.90	Hellgelbe Boxealf-Bergsteiger, früher 15.50	jetzt 8.90	Chevr.-Schnürstief., echt Doppelsohle, früh. 15.50	jetzt 10.90
Rot-Chevr., Schn.-Halbsch. m. u. Lackk., fr. 10.50, 8.90		Chevr.-Schnürstiefel, Lackkappe u. Derby fr. 12.50		Gelb Kalbled., Knopf-Halbschuhe, früher 12.50	
Gelb Kalbleder, Knopf-Halbschuhe, früher 12.50	jetzt 7.90	Braun Chevreaux- u. Lack-Halbschuhe früher 12.50		Glatt Boxe.-Zugstf., fr. 12.50	
Lackbes. Schnür- u. Knopfstf., kl. u. gr. Num., fr. 12.50		Boxealf- u. Chevr.-Schnürstiefel, Derby, fr. 12.50	jetzt 9.90	Lackbes. Schnür- u. Knopfstf., kl. u. gr. Num., fr. 12.50	
		Hellgelb Kalbleder, Bergsteig., Doppelsohl., fr. 12.50			

## Damen-Stiefel

Schwarz und braun Schnürstiefel m. Lackk., auch Derby Gr. 36-38, bed. ermäßigt Ein Posten Leder- u. Hausschuhe, schwarz und braun, durchw.,	jetzt 4.90 Damen 1.75 Herren 2.45	Lackbes., Knopfstiefel mit Kammgarn-Eins., Boxealf-Damenstiefel mit Lackkappe und Derby	jetzt 6.90	Echt Chevr.- und Boxealf-Schnürstief., Orig.-Goody- Welt, verschiedenste Ausführungen, auch in braun	jetzt 8.90 früher 12.50
---	---	---	------------	--	----------------------------

## Damen-Halbschuhe

Segeltuch-Schnür- u. Knopf-Halbsch. sowie hohe Stief., einz. Größ., fr. 4.90 u. 6.50	jetzt 1.95	Grau und braun Chevr.-Knopfsch., feinste Wiener Handarbeit, früher 16.50		Lack-Knopfschuh mit beige Chevreaux od. grau Samtkalb-Einsatz, früher 12.50	jetzt 8.90
Samt-Salonschuhe in vielen Farben . . . früher 6.90	jetzt 2.95	Lack u. br. Pumps, fr. 12.50		Hellgelb Chevreaux-Seiten Schnürschuh, früher 12.50	
Chevrette - Schnürschuh, Derby, Lackk., früher 5.90		Bronze-Salon m. Perlistick	jetzt 7.90	Bronze-Hochschenschuh m. eleg. Perlistick, fr. 11.90	
Grau Chevr.-Pumps, fr. 9.90		Lack-Schnürschuh m. grausämisch Eins., echt Louis XV.-Absatz, früh. 12.50		Lack-Knopfschuh mit weiß und grau sämisch Einsatz	jetzt 9.90
Chevrette Hochlastensch. mit Stickerel, früh 10.50	jetzt 6.90	Lack-Schnürschuh m. weiß Samtkalb od. m. weiß u. schwarz kariertem Stoff-Einsatz . . . früher 12.50		Braun Chevr.-Knopfschuh mit weiß Samtkalb-Einsatz, früher 15.50 u. 16.50	
Lack-Schnürschuh m. weiß Ledereinsatz, früher 9.50				Hellgelb Kalbleder-Molière-Schuh, früher 12.50	
Dam. braun Chevr.-Schnürschuh, kl. Numm., fr. 12.50					

## Kinder-Stiefel

Braun Glanzziog-Schnürstiefel, Größe 18-21, früher 2.50	jetzt 95 Pf	Rollleder-Schnürstiefel, pr. Fabrikat 27-30 21-25	jetzt 2.95 2.60	Grau u. beige Leinenschnürstiefel 22-24 25-26 27-30 31-33	jetzt 2.25 2.75 3.00 3.00
Braun Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, Gr. 18-21, früher 2.95		Prima Boxealfstiefel mit Lackkappe 27-30 31-35	jetzt 4.50 5.00	Braune Normal-Sandalen	jetzt 1.90 2.30 2.60 2.85 3.50 4.25
Braun echt Ziegenl.-Schnürstiefel 22-24 25-26 27-30 31-33	jetzt 1.85 1.95 2.95 3.95	Braun Chevreaux-Schnürst. m. Lackk. gewendet, jetz 22-24 25-26 27-30 31-36	jetzt 2.95 5.00 5.00	Braun echt Chevr. Molière- und Spangenschuhe bis Größe 35, unsortiert . . .	jetzt durchw. 1.00

Knaben-Stiefel Rollled.-Schnürst., nur Gr. 39-40, fr. 5.90, j. 2.95 Rindbox-Schnürst., Gr. 36-40, fr. 6.90, j. 4.90

An jedem Paar ist der frühere Preis ersichtlich.

# MANOLI Harddash



**Theater.**  
**Donnerstag, 1. August 1912.**  
**Anfang 7 1/2 Uhr.**  
**Theater.** D. diese Berliner.  
**Anfang 8 Uhr.**  
**Trania.** In den Dolomiten.  
**Königsgräber Straße.** Die fünf  
 Kranfurter.  
**Kurfürsteneroper.** Der Tanzantant.  
**Neues.** Der liebe Augustin.  
**Berliner.** Große Hofjungen.  
**Schiller.** Charlottenburg. Das  
 Konzert.  
**Thalia.** Antollechen.  
**Mierosvi.** Schwindelmeier u. Co.  
**Apollon.** Spezialitäten.  
**Passage.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Anfang 8 1/2 Uhr.**  
**Leitung.** Vergnügungsbüro.  
**Neues Schauspielhaus.** Schloß  
 Schiller. 1. Klasse.  
**Lustspielhaus.** Ein Königreich  
 m. d. K.  
**Neues Choretten.** Geschlossen.  
**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.**  
 Die leuchtende Susanne.  
**Rose.** Die Äidin von Toledo.  
**Felles Caprice.** Parthians-  
 Ensemble.  
**Walhalla.** Kur nicht drängen.  
**Anfang 8 1/2 Uhr.**  
**Stein.** Der Unerschämte. Der  
 Arzt seiner Ehre. Der Herr  
 mit der grünen Strawatte.  
**Königsgräber-Kasino.** Spezialitäten.  
**Anfang 10 Uhr.**  
**Admiralpalast.** Fußball: Dooome.  
**Stenwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Schiller-Theater**  
 Charlottenburg.  
**Das Konzert.**  
 Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Bohr.  
**Anfang 8 Uhr.** Ende 10 1/2 Uhr.  
 Morgen und folgende Tage:  
**Das Konzert.**

**Berliner Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Große Hofjungen.**  
**Theater in der Königsgräber Straße**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Neues Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
 Operette von Leo Fall.

**Metropol-Theater.**  
**Schwindelmeier & Comp.**  
 Phantastisch musikalische Komödie in  
 3 Akten aus dem Englischen völlig  
 frei bearbeitet von H. Freund. Musik  
 von H. Nelson. U. a. Tänge v. B. Bishop.  
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.  
**Anfang 8 Uhr.** Rauchen gestattet.

**Apollo Theater**  
 Ab 8 Uhr  
**Premiere**  
**12 große Attraktionen**  
 mit Persinas  
**Wunderpapagei**  
**Lora**  
 als Lieder- und Coupletsänger.

**Voigt-Theater.**  
 Gesundbrunnen Badstraße 58.  
 Heute sowie täglich:  
**Die Tochter der Hexe**  
 Gr. vom Ausstattungskunst m. Tanz  
 und Gesang in 5 Bildern.  
 Neue Beleuchtungsapparate usw. usw.  
 u. d. große Spezialitäten-Programm.  
**Kasseneröffnung 2 Uhr.** Anf. 4 Uhr.  
 26815 **C. Nible.**

**Nibles Fest-Säle**  
**Dennewitzstraße 13.**  
**Jeden Donnerstag:**  
**Tanzkränzchen.**  
 Schöner Naturgarten.  
 26815 **C. Nible.**

**neue Welt**  
 Amerikanischer Vergnügungspark.  
 Heute Donnerstag:  
**Pracht-Elftag mit gr. Gala-Feuerwerk.**  
 Auf allgemeinen Wunsch Wiederholung der Be-  
 schießung von Port Arthur, Zerstörung des  
 Schlachtschiffes Petro Pawlowitsch.  
 Pyrotechniker E. Nieland. **Großes Doppelkonzert**  
 „Kavalleriemusik“ des 8. Chevauleger-Reg. Dillingen  
 a. d. Donau. Musikstr. Heinlein. **Eintritt 50 Pf.**

**Wieder-Eröffnung**  
 der **Tanzschule Richard Heinrich**  
**Gewerkschaftshaus, Engel-  
 ufer 15**  
**am Sonntag, den 11. August, nachm.**  
 Von 6 Uhr ab:  
**Eröffnungs-Gesellschaftsstunde.**  
**Aufnahmen** werden jederzeit vor Beginn des Unter-  
 richts sowie in meiner Wohnung jetzt  
**Neukölln, Weichselstr. 8, III, Amt Neukölln 406,**  
 entgegengenommen.  
**Richard Heinrich.**

**R. Voigts Krampenburg**  
 vis-a-vis Schmöckwitz.  
**Täglich:** Extra-Dampferfahrten: vormittags 9 und  
 nachmittags 2 Uhr, von der Jannowitz-  
 und Waisenbrücke. 37923

Von der Oberbaumbrücke, Goldensteinstr. 49:  
**Dampfer-Mondscheinfahrt mit Musik**  
 am Sonnabend, den 3. August, nach dem im Bade-  
 gelegenem **Restaurant „Richtersborn“** am **Langen See** bei **Krampenburg.**  
 Dortselbst: **Sommernachts-Ball und Festbelustigungen.**  
 Abfahrt: **Abends 9 1/2 Uhr.** — Fahrpreis: **Ein und zurück 50 Pf.**  
 Außerdem: **Tägl. u. Sonntag, den 4. August, vorm. 9 u. nachm. 2 Uhr**  
 nach **Woltersdorfer Schleuse-Strandpromenade.**  
 Fahrpreis: **Bohle 50 Pf., Kinder 25 Pf., Sonntags 1 M., Kinder 40 Pf.**  
**Reederei Kleck, Falkensteinstr. 48.** Fernspr.: **Amt Vorkölp. 8107.**

**ZOO**  
**LOGISCHER GARTEN**  
 Täglich:  
**Großes Militär-  
 Doppel-Konzert.**  
**Eintritt 1 Mark,**  
 von abends 6 Uhr ab  
 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Herrnfeld Theater**  
 Sonnabend, den 3. August  
**Wieder-Eröffnung**  
 (nach dreimonatlicher Pause)  
**Allabendlicher Spielplan:**  
**Wie man Männer bessert!**  
 Dazu: **Die Original-  
 Klavrias-Partie**  
 mit Anton u. Donat Herrnfeld.  
 Billetvorverkauf 11-2 (Theater-  
 kasse) sowie bei A. Werheim u.  
 Invalidendank.

**Königstadt-Kasino.**  
 Ede Holzmarkt- u. Alexanderstr.  
 Vom 16. Juli 8 **Glanznummern**  
 bis 1. August:  
 und **„Die weiße Dame“**  
 Schwan mit Gefang.

**LUNA PARK**  
 Heute Donnerstag:  
**Elite-Konzert**  
 ausgef. v. d. Kap. d. 2. Garde-  
 Regts. (Obermusikstr. Graf).  
**Entree 50 Pf.**  
 Kinder und Zwergstadt bis  
 6 Uhr frei.

**Hagenbecks Indien**  
**Tempelhofer Feld**  
 Täglich geöffnet von 11 Uhr  
 vormittags bis 11 Uhr abends  
**150 Indier.**  
**Maori Solfioli's**  
**Löwen- u. Tigergruppe**  
**Ohne Extra-Entree!**

**Reichshallen-Garten**  
 „Alt-Berlin“ täglich.  
 Großes Konzert des  
 28 Mann starken  
**Honigmann-Orchest.**  
 Anfang wochentl. 8 Uhr.  
 Sonntags 6 Uhr. Bei  
 schlechtem Wetter 1. herrlich  
 remod. d. 4000 Plätze.  
 erleuchteten Saal.  
 Reichshallen-Theater:  
 16. Aug. Wiederbeg.  
 d. Solisten d. Stettiner Sängers.

**Passage-Panoptikum**  
**Prinz ATOM**  
 Das kleinste mensch-  
 liche Lebewesen.  
 Das Wunder aller Wunder.  
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
 Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich fettgedruckte  
 Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen  
 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte  
 mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

**ANZEIGEN**  
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen  
 für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,  
 bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
**Leppiche, unbedeutende Farben-  
 fehler, für die Hälfte des Wertes.**  
 Gelegenheitskäufe. Vorhänge, Gardi-  
 nen, Steppdecken, Tischdecken,  
 Schlafdecken zu Schleuderpreisen.  
 Leppichhaus Adler, Königstr. 50,  
 gegenüber Rathaus. 17868\*

**Verkauf.**  
**Leppiche: (sehrschöne) in allen  
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes**  
 Leppichlager Brunn, Händeler  
 Markt 4, Bahnhofstraße. (Feier des  
 „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent  
 Rabatt.) Sonntag geöffnet.

**Leppiche: (sehrschöne) in allen  
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes**  
 Leppichlager Brunn, Händeler  
 Markt 4, Bahnhofstraße. (Feier des  
 „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent  
 Rabatt.) Sonntag geöffnet.

**Leppiche: (sehrschöne) in allen  
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes**  
 Leppichlager Brunn, Händeler  
 Markt 4, Bahnhofstraße. (Feier des  
 „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent  
 Rabatt.) Sonntag geöffnet.

**Leppiche: (sehrschöne) in allen  
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes**  
 Leppichlager Brunn, Händeler  
 Markt 4, Bahnhofstraße. (Feier des  
 „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent  
 Rabatt.) Sonntag geöffnet.

**Leppiche: (sehrschöne) in allen  
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes**  
 Leppichlager Brunn, Händeler  
 Markt 4, Bahnhofstraße. (Feier des  
 „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent  
 Rabatt.) Sonntag geöffnet.

**Wäschschlecken mit wunder-  
 vollen Fressung- oder Säureinhalten**  
 5,75, 6,85 bis 18.—, Flügelschlecken  
 1,50, 2,25 usw. Schlarfbige Kasse-  
 decken 0,95. Woll Leppichhaus,  
 Dresdenstraße 8 (Wollfabrik).  
 Abonnenten 10 Prozent Rabatt.\*

**Wäschschlecken mit wunder-  
 vollen Fressung- oder Säureinhalten**  
 5,75, 6,85 bis 18.—, Flügelschlecken  
 1,50, 2,25 usw. Schlarfbige Kasse-  
 decken 0,95. Woll Leppichhaus,  
 Dresdenstraße 8 (Wollfabrik).  
 Abonnenten 10 Prozent Rabatt.\*

**Wäschschlecken mit wunder-  
 vollen Fressung- oder Säureinhalten**  
 5,75, 6,85 bis 18.—, Flügelschlecken  
 1,50, 2,25 usw. Schlarfbige Kasse-  
 decken 0,95. Woll Leppichhaus,  
 Dresdenstraße 8 (Wollfabrik).  
 Abonnenten 10 Prozent Rabatt.\*

**Wäschschlecken mit wunder-  
 vollen Fressung- oder Säureinhalten**  
 5,75, 6,85 bis 18.—, Flügelschlecken  
 1,50, 2,25 usw. Schlarfbige Kasse-  
 decken 0,95. Woll Leppichhaus,  
 Dresdenstraße 8 (Wollfabrik).  
 Abonnenten 10 Prozent Rabatt.\*

**Wäschschlecken mit wunder-  
 vollen Fressung- oder Säureinhalten**  
 5,75, 6,85 bis 18.—, Flügelschlecken  
 1,50, 2,25 usw. Schlarfbige Kasse-  
 decken 0,95. Woll Leppichhaus,  
 Dresdenstraße 8 (Wollfabrik).  
 Abonnenten 10 Prozent Rabatt.\*

**Wäschschlecken mit wunder-  
 vollen Fressung- oder Säureinhalten**  
 5,75, 6,85 bis 18.—, Flügelschlecken  
 1,50, 2,25 usw. Schlarfbige Kasse-  
 decken 0,95. Woll Leppichhaus,  
 Dresdenstraße 8 (Wollfabrik).  
 Abonnenten 10 Prozent Rabatt.\*

**Möbel! für Brautleute günstigste  
 Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen.**  
 Mit kleinster Anzahlung gebe ich  
 Stube und Küche. An jedem Stad  
 deutscher Preis. Ueberbeteiligung  
 dabei ausgeschlossen. Bei Brandbeis-  
 fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
 größte Rückzahl. Möbelgeschäft R.  
 Goldhaus, Postenstraße 38. Ede  
 Greifenstraße. 29012\*

**Möbel! für Brautleute günstigste  
 Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen.**  
 Mit kleinster Anzahlung gebe ich  
 Stube und Küche. An jedem Stad  
 deutscher Preis. Ueberbeteiligung  
 dabei ausgeschlossen. Bei Brandbeis-  
 fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
 größte Rückzahl. Möbelgeschäft R.  
 Goldhaus, Postenstraße 38. Ede  
 Greifenstraße. 29012\*

**Möbel! für Brautleute günstigste  
 Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen.**  
 Mit kleinster Anzahlung gebe ich  
 Stube und Küche. An jedem Stad  
 deutscher Preis. Ueberbeteiligung  
 dabei ausgeschlossen. Bei Brandbeis-  
 fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
 größte Rückzahl. Möbelgeschäft R.  
 Goldhaus, Postenstraße 38. Ede  
 Greifenstraße. 29012\*

**Möbel! für Brautleute günstigste  
 Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen.**  
 Mit kleinster Anzahlung gebe ich  
 Stube und Küche. An jedem Stad  
 deutscher Preis. Ueberbeteiligung  
 dabei ausgeschlossen. Bei Brandbeis-  
 fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
 größte Rückzahl. Möbelgeschäft R.  
 Goldhaus, Postenstraße 38. Ede  
 Greifenstraße. 29012\*

**Möbel! für Brautleute günstigste  
 Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen.**  
 Mit kleinster Anzahlung gebe ich  
 Stube und Küche. An jedem Stad  
 deutscher Preis. Ueberbeteiligung  
 dabei ausgeschlossen. Bei Brandbeis-  
 fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
 größte Rückzahl. Möbelgeschäft R.  
 Goldhaus, Postenstraße 38. Ede  
 Greifenstraße. 29012\*

**Möbel! für Brautleute günstigste  
 Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen.**  
 Mit kleinster Anzahlung gebe ich  
 Stube und Küche. An jedem Stad  
 deutscher Preis. Ueberbeteiligung  
 dabei ausgeschlossen. Bei Brandbeis-  
 fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
 größte Rückzahl. Möbelgeschäft R.  
 Goldhaus, Postenstraße 38. Ede  
 Greifenstraße. 29012\*

**Fahrräder.**  
**Herrensahrrad, Damensahrrad,**  
 wie neu, 35.—, Holz, Blumen-  
 str. 44. 10938\*

**Fahrräder.**  
**Herrensahrrad, Damensahrrad,**  
 wie neu, 35.—, Holz, Blumen-  
 str. 44. 10938\*

**Fahrräder.**  
**Herrensahrrad, Damensahrrad,**  
 wie neu, 35.—, Holz, Blumen-  
 str. 44. 10938\*

**Fahrräder.**  
**Herrensahrrad, Damensahrrad,**  
 wie neu, 35.—, Holz, Blumen-  
 str. 44. 10938\*

**Fahrräder.**  
**Herrensahrrad, Damensahrrad,**  
 wie neu, 35.—, Holz, Blumen-  
 str. 44. 10938\*

**Fahrräder.**  
**Herrensahrrad, Damensahrrad,**  
 wie neu, 35.—, Holz, Blumen-  
 str. 44. 10938\*

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Admiralstraße 20, Oktober, Stube,**  
 Küche 27,00, 26,00, 20,00. 2698 b